
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
6'78
Preis 5,— Mark



Rekonstruktion in der Innenstadt von Suhl

Im Zuge der Rekonstruktion der historischen Innenstadt wurden 50 Gebäude der verschiedensten Baustile — des Rokokos, des Barocks, des Klassizismus, der „Gründerjahre" — und altfränkische Fachwerkhäuser einer umfangreichen Schönheitskur unterzogen. Gegenwärtig sind Handwerker und Spezialisten dabei, diese historischen Bauten mit dem heutigen Wohnkomfort einzurichten.



NOTIZEN

Magdeburger Industriebauer mit hohen Zielen bei der Materialökonomie

Für das Bauwesen sehen die Ziele des Fünfjahrplans von 1976 bis 1980 vor, jährlich den Zementverbrauch um 1,5 Prozent, die Verwendung von Schnittholz um 2,3 bis 2,5 Prozent, den Einsatz von Nichteisenmetallen um 2,6 Prozent und die Anwendung von Walzstahl um 2,7 Prozent zu senken. Exakte Materialverbrauchsnormen sichern den sparsamen Verbrauch wichtiger Roh- und Hilfsstoffe. Diese Normen werden jährlich auf ihre Aktualität überprüft und den veränderten wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Bedingungen angepaßt. 80 Prozent der geplanten Materialeinsparungen werden durch wissenschaftlich-technische Leistungen erreicht.

Im Bereich des Industriebaus verpflichteten sich zum Beispiel die Werktätigen des VEB Industriebaukombinat Magdeburg, im Jahr 1978 im sozialistischen Wettbewerb zur Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR Material in Höhe von rund 3 Millionen Mark einzusparen. Das ist gegenüber 1977 eine Steigerung um 21 Prozent. Der Verbrauch an Walzstahl wird 1978 um 3,7 Prozent, an Schnittholz um 3,6 Prozent, an Aluminium um 3 Prozent und an Zement um 1,9 Prozent gesenkt. Allein durch Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik werden Einsparungen an Material in Höhe von 2,5 Millionen Mark erzielt. Das ist, bezogen auf 1977, eine Steigerung auf 111 Prozent. Im einzelnen werden eingespart: rund 2300 Tonnen Zement, 400 Tonnen Walzstahl, 85 m³ Schnittholz, 213 000 kleine Wandbauelemente, 7200 m² Dachpappe, 4400 m Steinzeugrohre, 760 kg Astbestplatten, 500 kg Aluminium und 200 kg Plastrohre.

Wohnungsbau auf dem Lande

Bis Ende 1978 sollen planmäßig 7000 Wohnungen für Genossenschaftsbauern und Arbeiter neu errichtet und modernisiert werden.

Insgesamt werden für etwa 40 000 Bürger bessere Wohnverhältnisse geschaffen. Bis 1980 werden die Werktätigen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft mit eigenen Kapazitäten 70 000 Wohnungen errichten und modernisieren.

Mittelalterliches für den Neubau

Mittelalterliche Giebel, Dachhäuschen und Fensterformen gehören zu den Elementen, die Halberstadts Stadtplaner für den Wiederaufbau der Altstadt neu „entdeckt" haben. Obwohl 80 Prozent der mehrere hundert Jahre alten Fachwerkbauten in den nächsten Jahren durch industriell montierte Gebäude ersetzt werden, sollen die Bürger der Stadt doch die alten Straßenzüge wiedererkennen. Neben den 181 kulturhistorisch wertvollen Baudenkmalen, die schrittweise rekonstruiert werden, sollen der traditionellen Architektur angepaßte Bauten errichtet werden. Aus Abbruchgrundstücken geborgenes und erhaltenswertes Fachwerk soll die Fassade ebenso beleben wie auch vorspringende Geschosse.

Neue Technologien am Berliner Arnimplatz

Die Senkung des Bauaufwandes bei der Rekonstruktion von Altbaugebieten sieht eine Wettbewerbsvereinbarung zwischen der Bauakademie der DDR und dem Berliner Kombinat für Modernisierung vor. Durch die Einführung der Taktstraßentechnologie sollen durchschnittlich je Wohnung 200 Stunden Arbeitszeit eingespart werden. Nach dem Vorbild von Neubaustellen wird auch bei der Modernisierung die bautechnologische Versorgung verbessert und die Zulieferung mit Containern erprobt. Zeitsparend und detailgetreu sind vorgefertigte Gestaltungselemente für alte Fassaden, die von der Bauakademie entwickelt wurden und von Mitte 1978 an zum Einsatz kommen. Für 1979 ist auch die Anwendung von farbigem Putz geplant.

1978 fast 49 000 neue AWG-Wohnungen

Fast 49 000 Neubauwohnungen entstehen 1978 unter der Verantwortung der AWGs. 731 AWGs und 345 gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften verwalten zur Zeit rund 700 000 Wohnungen und damit jede zehnte Wohnung in der DDR. Das genossenschaftliche Vermögen umfaßt rund 15 Milliarden Mark.

Mehr Wohnungen für ältere Bürger

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms hat die Bereitstellung von Feierabend-, Pflege- und Wohnheimen mit altersgerechten Wohnungen einen besonders hohen Stellenwert. Waren in den Jahren von 1971 bis 1975 rund 12 900 neue Plätze in Feierabendheimen vorgesehen, so wird im Fünfjahrplan 1976 bis 1980 die Aufgabe gestellt, rund 30 000 Plätze in Feierabendheimen mit Pflegestationen und mindestens 10 000 Plätze in Wohnheimen für ältere Bürger neu zu schaffen. Ende 1977 konnte das Ziel insgesamt anteilig erfüllt werden. Nach den Ergebnissen des Jahres 1977 liegen gegenwärtig Berlin sowie die Bezirke Magdeburg und Suhl an der Spitze. Vom städtebaulichen Standpunkt wird angestrebt, die Wohnungen für Bürger im höheren Lebensalter sowie Feierabendheime so anzuordnen, daß sie in enger Beziehung zum gesellschaftlichen Zentrum des Wohngebiets, zu Erholungsanlagen und gepflegten Freiflächen stehen. Das Ministerium für Bauwesen nimmt Einfluß darauf, daß die Konzentration der Heimplätze an einem Standort nicht zu groß wird.

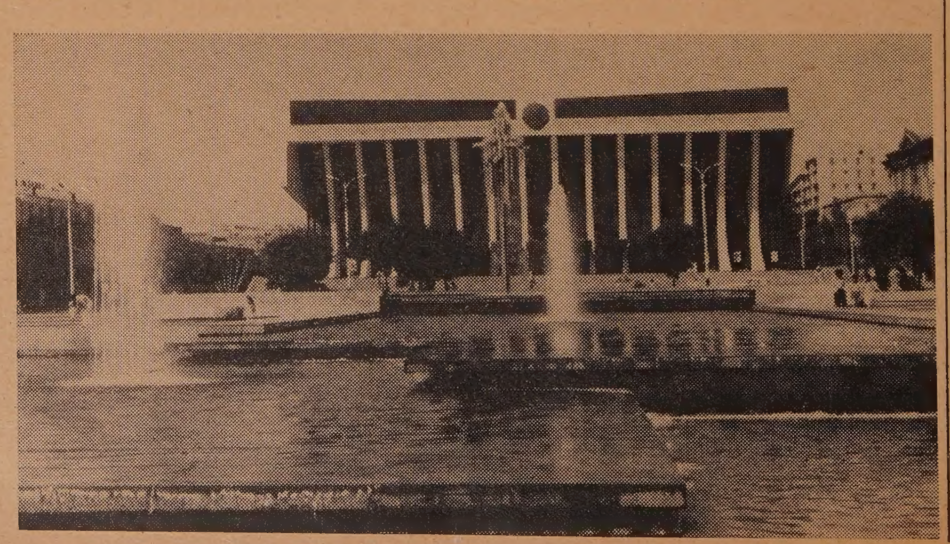
Gute Erfahrungen bei der Projektierung von Wohnheimen für Bürger im höheren Lebensalter ergaben sich in Gera und Rostock. So werden in Gera mit Elementen der Wohnungsbauserie 70 Heime mit je 130 Plätzen, davon 50 Prozent in Einraumwohnungen, gebaut. Für den Bau von Feierabendheimen mit Pflegestationen sind bereits die Forderungen der neuen Richtlinien bestimmend. In Halle wurde zum Beispiel ein Feierabendheim mit 140 Plätzen und einem Versorgungstrakt entwickelt, welches den neuen Erkenntnissen entspricht.

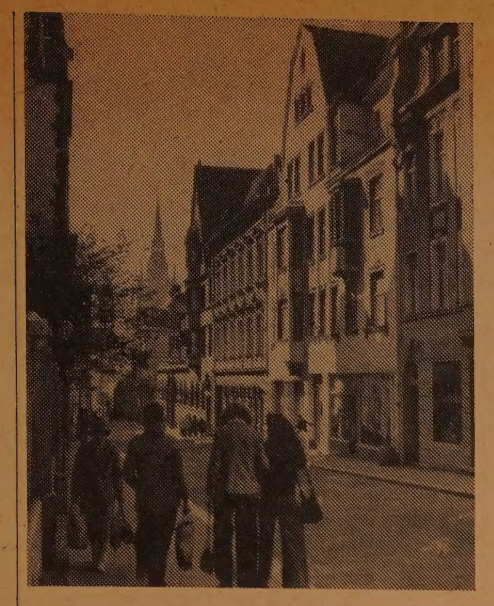
Autor gesucht

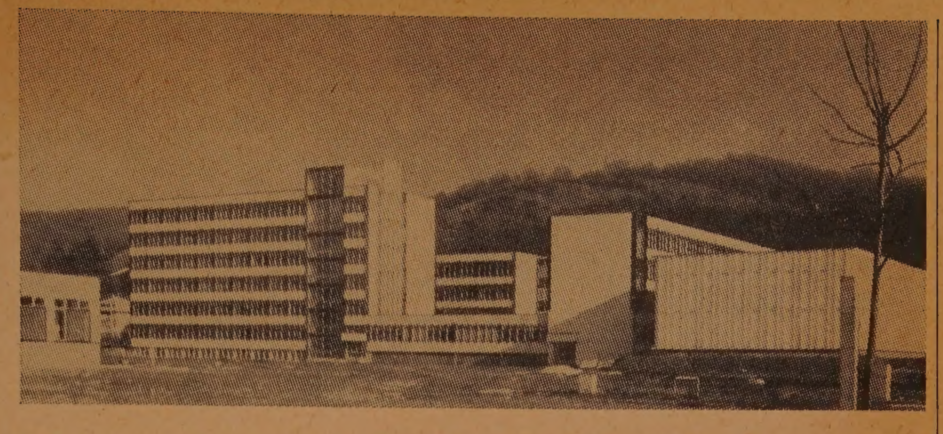
Einem Wunsch der Leser Rechnung tragend, möchten wir künftig in unserer Zeitschrift wieder Detailblätter veröffentlichen. Dafür sucht die Redaktion einen Autoren, der solche konstruktiven Details (z. B. für seine Lehrtätigkeit) sammelt und für unsere Zeitschrift nach einer gewissen Systematik zur Veröffentlichung vorbereiten würde. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion „Architektur der DDR", 108 Berlin, Französische Straße 13/14 (Telefon: 2 04 12 67 oder 2 68).

Rechts: Leninkulturpalast in Baku
Unten: Neuer Ferienkomplex bei Sotschi









Links: Rekonstruierte Rathausstraße in Halle. Im Hintergrund Roter Turm mit neuer Spitze

Oben: Neuer Schulkomplex mit 20 Klassen und Internatstrakt in Salgotarjan, UVR (Architekt: J. Scultety)



Links: Terrassenwohngebäude in Prag. Jede Wohneinheit umfaßt 36 Wohnungen (Architekt: V. Mulac)

Generalschema für saubere Umwelt Leningrads

Für den Schutz des Luftraumes in Leningrad wurde von Fachleuten und Wissenschaftlern des Leningrader Forschungsinstituts für Projektierung und verschiedenen anderen Forschungs-, Entwicklungs- und medizinischen Einrichtungen ein Generalschema erarbeitet.

Es soll in den Generalentwicklungsplan der Stadt, in die Programme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufgenommen werden. Durch die im Generalschema vorgesehenen komplexen Maßnahmen wird die Emission von Schadstoffen in die Atmosphäre stark verringert.

Viele Betriebe werden an den Stadtrand verlagert, in anderen Betrieben werden die technologischen Prozesse grundsätzlich neu konzipiert und neue Methoden für die Luftreinigung praxiswirksam erprobt.

Ebenfalls wird das Netz der Schnell- und Hauptstraßen ausgebaut; die Zahl der Kreuzungen wird stark reduziert. Auch den „Sauerstoffabriken", den Parks und Grünanlagen, wird große Aufmerksamkeit geschenkt.

Es ist geplant, für jeden Einwohner Leningrads rund 18 m² Grünfläche zur Verfügung zu stellen. Die Anlage des großen Waldparkgürtels um Leningrad wird abgeschlossen.

Appartementhaus Ocean-City, USA (Architekt: W. Morgan)



Seit 1976 6 Millionen neue Wohnungen in den RGW-Ländern

Rund 30 Millionen Bürger in den Ländern des RGW konnten in den vergangenen zwei Jahren neue Wohnungen beziehen. In diesen Ländern wurden vom 1. Januar 1976 bis zum 31. Dezember 1977 mehr als 6 Millionen Wohnungen gebaut. Dazu kam eine große Zahl von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, kulturellen Einrichtungen und Sportstätten.

In der Sowjetunion entstanden allein im vergangenen Jahr 2,2 Millionen neue Wohnungen. In der DDR wurden 1977 163 000 Wohnungen neu gebaut bzw. rekonstruiert. In Rumänien waren es 144 000.

„Kreuzung" zwischen Straßenbahn und Bus

Eine vielversprechende „Kreuzung" zwischen Straßenbahn und Bus hat jetzt auf einer Teststrecke in der Tokio benachbarten Präfektur Ibaraki allen Erwartungen der Konstrukteure entsprochen. Dieser Typ einer neuen Generation von Fahrzeugen für den Nahverkehr wurde in einem Institut für Verkehrsbauten entwickelt, das dem japanischen Bauministerium untersteht.

Die gummibereiften und elektrisch angetriebenen Fahrzeuge sollen außerhalb der Stadtzentren von einem Fahrer wie ein Bus gelenkt und betrieben werden. In den verkehrsdichten Stadtzentren bewegen sich die Wagen dann in zwei nur ihnen vorbehaltenen Betonrinnen, in denen sie automatisch geführt werden. Ein zentraler Computer übernimmt die Steuerung des gesamten Netzes und jedes einzelnen Fahrzeugs. Er bestimmt unabhängig vom Bedarf die Fahrtabstände und soll problemlos für verschiedene Varianten des Betriebs programmiert werden können.

Restaurierung des Londoner Towers

Im Rahmen eines langfristigen Planes zur Erhaltung und Instandsetzung des Londoner Towers wurde ein wesentlicher Teilbereich der Fünfeckanlage — der Bloody Tower (Blutturm) — restauriert. Vor der Restaurierung wies der Turm, verursacht durch den Tourismus, starke „Abnutzungserscheinungen" auf. Unter der Anleitung von Architekten und Archäologen wurden Mauerwerk und Wände ausgebessert und gereinigt, auch wurden die hölzernen Zwischendecken in ihrer ursprünglichen Form wiederhergestellt. Für die Ausstattung der Haupträume wurden Exponate gewählt, die der kulturgeschichtlichen Epoche der Entstehungszeit des Turmes entsprechen.

Größtes Holzbauwerk der Welt rekonstruiert

Die Rekonstruktion des größten Holzbauwerkes der Welt, des buddhistischen Todaiji-Tempels in der japanischen Stadt Nara, nähert sich ihrem Ende. Die Arbeiten begannen vor sieben Jahren, wobei das gesamte 57 Meter lange und 48 Meter hohe Dach der „Halle des großen Buddha" erneuert wird. Um die Last seiner Ziegel zu mindern, wurde eine leichtere und festere Art gebrannt.



Krankenhausprojekt in Motol, ČSSR

Die Straßenbahn — Massenverkehrsmittel mit Zukunft

In 27 Städten und Gemeinden der DDR verkehren Straßenbahnen. Dazu gehören die Hauptstadt sowie Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Halle, Erfurt, Jena und Dessau, aber auch Strausberg, Schöneiche und Woltersdorf.

Die Straßenbahnen haben eine Linienlänge von rund 1600 Kilometern. Gegenwärtig bestehen 147 Linien, davon in Berlin 26, in Dresden 19, in Leipzig 18, in Halle 11, in Magdeburg 9 und in Potsdam 7. Im vergangenen Jahr beförderten allein die Straßenbahnen 1,3 Milliarden Personen. Ihr Anteil an den Leistungen des städtischen Nahverkehrs, der Omnibusse und U-Bahn einschließt, betrug insgesamt 61 Prozent.

Straßenbahnen haben in der DDR auch in Zukunft als Nahverkehrsmittel besonders in Großstädten und Ballungsgebieten große Bedeutung. Durch den Einsatz von modernen Großraumwagen können viele Fahrgäste schnell und sicher befördert werden. Deshalb werden gegenwärtig und in den kommenden Jahren weitere große Neubaugebiete an das Straßenbahnnetz angeschlossen. Dazu gehören unter anderem Schwerin-Großer Dreesch, Halle Süd, Dresden-Prohlis, Leipzig-Grünau, das Fritz-Heckert-Wohngebiet in Karl-Marx-Stadt, neue Stadtteile in Erfurt, Cottbus sowie Berlin-Marzahn.

Hotelneubau „Murgawez" im Kurort Pamporovo, VR Bulgarien



Qualität und Effektivität in der Projektierung erhöhen

Rolf Kühnert

Die weitere erfolgreiche Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages, insbesondere die konsequente Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, erfordert wie in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft auch im Bauwesen, die Qualität und Effektivität der Arbeit noch entschiedener zu erhöhen. Durch Vertiefung der Intensivierung und Rationalisierung im großen Stil gilt es, im Sinne der Ausführungen des Genossen Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED überall das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis grundlegend zu verbessern und im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik verstärkt Reserven zu erschließen, um auch unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen unser Programm des Wachstums, des Wohlstandes und der Stabilität zu realisieren.

Für die Werktätigen im Bauwesen heißt das konkret, das Wohnungsbauprogramm als Kernstück unserer Sozialpolitik einschließlich der Aufgaben zur Erhaltung der Bausubstanz kontinuierlich zu erfüllen und zu überbieten, die Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, in hoher Qualität weiterzuführen, gleichzeitig aber auch alle geplanten Bauaufgaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis unserer Volkswirtschaft, insbesondere der Industrie, termin- und vertragsgerecht zu realisieren und die Investitionsobjekte möglichst vorfristig produktionswirksam zu machen.

In diesem Kampf haben die Kollektive in den Betrieben und Einrichtungen der bautechnischen Projektierung außerordentlich wichtige Aufgaben zu erfüllen. Im Beschluß der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED heißt es dazu: „Es gilt besonders dafür zu sorgen, daß die Projektanten im Sinne ihrer hohen gesellschaftlichen Verantwortung wirken, um bereits vom Projekt her zu sichern, daß jedes Investitionsvorhaben den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in die Baupraxis überführen hilft, den geplanten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt ohne Verteuerung erreicht und das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis bei hoher Qualität ausweist."

In der Tat ist es doch so, daß im Gesamtprozeß der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen die Projektierung eine ganz entscheidende Phase darstellt. Über das Projekt vollzieht sich ganz wesentlich die Umsetzung von wissenschaftlich-technischen Leistungen und der Anforderungen der künftigen Nutzer an die zu errichtenden Bauwerke zu konkreten Unterlagen für die Organisation der Bauproduktion. Qualität und Effektivität der künftigen Bauwerke werden in entscheidendem Maße durch die Arbeit in der Projektierung bestimmt. Mehr noch: die Ergebnisse der verantwortungsbewußten Tätigkeit der Architekten und Ingenieure beeinflussen im Zusammenhang mit den wachsenden Maßstäben unserer Bautätigkeit immer mehr die gebaute Umwelt, die städtebaulich-architektonische Gestalt, die Funktionstüchtigkeit und Ökonomie großer Bereiche unseres sozialistischen Lebensmilieus und wirken entsprechend der Langlebigkeit der Bauwerke weit in die kommunistische Zukunft.

Entsprechend der großen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Projektierung haben Parteiführung und Regierung im Frühjahr dieses Jahres wichtige Beschlüsse zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit, insbesondere zur Senkung des Projektierungsaufwandes und Rationalisierung der Projektierungsprozesse gefaßt, die es in allen Kollektiven der bautechnischen Projektierung im Interesse der Meisterung der qualitativ und quantitativ rasch anwachsenden Aufgaben verantwortungsbewußt und zielstrebig zu realisieren gilt.

Wachsende Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Qualität und Effektivität der bautechnischen Projektierung

Ausgangspunkt aller Überlegungen zur weiteren Verbesserung der Arbeit in der Projektierung sollte sein, sich in allen Kollektiven auf der Grundlage der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED volle inhaltliche und politisch-ideologische Klarheit über die Ziele und Aufgaben zu schaffen, die sich sowohl für die Erfüllung der Jahrespläne als auch auf weite Sicht für das Bauwesen aus der Verwirklichung der Hauptaufgabe ergeben. Das heißt in erster Linie, bei allen Planungen und Überlegungen entsprechend der Orientierung „auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität" (Programm der SED) konsequent davon auszugehen, **was der Mensch braucht** und wie die wachsenden Bedürfnisse der Menschen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit einem möglichst geringen Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit zu befriedigen sind. Zielkriterien und Bewertungsmaßstäbe gilt es immer wieder von dieser einfachen, dem humanistischen Grundanliegen unserer Gesellschaftsordnung entsprechenden Forderung abzuleiten. Die in der Hauptaufgabe formulierte Einheit des materiellen und kulturellen Lebensniveaus macht dabei deutlich, daß gute Architektur, die liebevolle künstlerisch-ästhetische Gestaltung des Notwendigen keine mehr oder weniger überflüssige Zutat, sondern integrierender Bestandteil der Bedürfnisbefriedigung ist.

Zugleich ist das Verständnis dafür zu vertiefen, daß die Arbeit in der Projektierung voll und ganz in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der **intensiv erweiterten Reproduktion** zu bringen ist. Nach den Worten des Genossen Erich Honecker ist „der vollständige Übergang unserer Volkswirtschaft auf die intensiv erweiterte Reproduktion ... keinesfalls einfacher als die Schaffung der sozialistischen Planwirtschaft". Entsprechend der spezifischen Rolle der bautechnischen Projektierung bei der Vorbereitung der Bautätigkeit, als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Technik, der technologischen Projektierung sowie der Investitionsplanung zur Bauproduktion hängt von der konsequenten Umsetzung dieser Orientierung in den Projekten ganz entscheidend Niveau und Tempo der Verwirklichung unserer Intensivierungsstrategie in der Baupraxis und in der Investitionstätigkeit ab.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, soll nachstehend charakterisiert werden, welche neuen Anforderungen bzw. qualitative Veränderungen sich für die Arbeit der Projektanten sowohl aus der Sicht der Intensivierung bei den künftigen Nutzern der zu projektierenden Bauwerke als auch aus der Sicht der Intensivierung und Leistungssteigerung im Bauwesen ergeben.

■ In der **Struktur der Bauaufgaben** vollziehen sich wesentliche Veränderungen.

So wächst z. B. entsprechend der Notwendigkeit der vertieften Intensivierung in der Industrie der Anteil von Rekonstruktions- und Rationalisierungsmaßnahmen an den Industrieinvestitionen rasch an. Das ist eine zwingende Schlußfolgerung aus der Erkenntnis, daß bei dem erreichten hohen Entwicklungsstand unserer Industrie das weitere Wirtschaftswachstum in erster Linie aus der durchgreifenden Rationalisierung bestehender Werke zu sichern ist. Wie vorliegende Untersuchungen zeigen – siehe dazu auch die Ergebnisse der 37. Plenartagung der Bauakademie der DDR – ist die Rekonstruktion vorhandener Anlagen in vielen Fällen auch weitaus effektiver als extensive Erweiterungen. Gegenüber Neubauten werden die angestrebten Effekte mit durchschnittlich 60 bis 70 Prozent des Bauaufwandes und in kürzeren Fristen erzielt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß solche Rekonstruktionsarbeiten mit wesentlichen Veränderungen in der Gewerkestruktur der Bauarbeiten verbunden sind. Es ist noch eine umfangreiche wissenschaftliche und praktische Arbeit zu leisten, um auch bei Rekonstruktionsbaumaßnahmen eine hohe Arbeitsproduktivität zu erzielen und vertretbare Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bauschaffenden zu garantieren.

Aber auch im Wohnungs- und Gesellschaftsbau ergeben sich im Zusammenhang mit der besonders nach 1980 verstärkt durchzuführenden Rekonstruktion innerstädtischer Altbaugebiete wesentliche Veränderungen. Immer mehr treten Aufgaben der Rekonstruktion und Modernisierung vorhandener Gebäude bzw. Ersatzneubau auf beengten Flächen an die Seite der Errichtung neuer Wohnkomplexe. Unausweichlich erhebt sich die Forderung, in den Bezirken, Kreisen und Städten das Wohnungsbauprogramm ausgehend von der Entwicklung der Produktivkräfte und der demographischen Struktur der Bevölkerung immer mehr als Reproduktion, Verbesserung und Erneuerung des Wohnungsbestandes in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung, Erhaltung und Ersatz zu planen und durchzuführen.

Das gilt analog für alle Gebiete der Bautätigkeit: Ehe eine extensive Erweiterung in Erwägung gezogen wird, gilt es verantwortungsbewußt zu prüfen, ob die angestrebten Ergebnisse nicht durch Rekonstruktion der vorhandenen Bausubstanz und effektive Nutzung des Baulandes erreicht werden kann. Das ist eine zwingende Forderung der Ökonomie, insbesondere wenn man die enormen Aufwendungen im Auge hat, die die Gesellschaft für den Bau und die Unterhaltung von Straßen, für Straßenbeleuchtung, öffentlichen Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie die vielfältigen anderen öffentlichen Dienste aufbringen muß. Die intensive Nutzung, Instandhaltung und planmäßige Reproduktion der vorhandenen Bausubstanz ist zugleich aber auch von eminenter Bedeutung für die Kultur und das Erscheinungsbild unserer historisch gewachsenen Städte und Gemeinden.

Die Veränderungen in der Struktur der

Bauaufgaben stellen ganz eindeutig höhere Anforderungen an das Leistungsvermögen der Projektierung, an Initiative, Schöpferkraft und Findigkeit der Architekten und Ingenieure. Die Rekonstruktion einer Industrieanlage oder ein Ersatzneubau auf beengtem Raum ist nun einmal, beginnend von der Aufnahme der vorhandenen ober- und unterirdischen Bausubstanz bis zur Anpassung des Neuen an das Vorhandene mit mehr Projektierungsarbeit pro Millionen Mark Bauleistungen verbunden als der Bau eines Industriekomplexes oder eines Wohngebietes auf grüner Wiese. Die fachlichen Fähigkeiten der Architekten und Ingenieure, ihre Kunst, unter den vorgefundenen Bedingungen optimale Lösungen zu finden, werden in einem weitaus breiteren Spektrum gefordert. Die Aufgaben werden umfangreicher und komplizierter, aber auch interessanter und reizvoller.

■ Für die erfolgreiche Weiterführung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die zielstrebige Verwirklichung der eingeleiteten Maßnahmen zur **Senkung des spezifischen Bauaufwandes** von außerordentlich großer Bedeutung. Nicht die Verausgabung von Investitionsmitteln schlechthin, sondern erst die Produktion von Gebrauchswerten bringt der Gesellschaft wie dem Einzelnen Nutzen. Eine anscheinend sehr simple Wahrheit, aber wie oft wird in der Praxis durch überhöhten Bauaufwand und zu lange Bauzeiten dagegen verstoßen.

Die Verringerung des Gesamtaufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeiter je Gebrauchswerteinheit durch progressive Projektlösungen, Umsetzung der fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse über das Projekt und Anwendung hochproduktiver Technologien muß deshalb immer mehr zu einem entscheidenden Kriterium für die Beurteilung der Projekte werden. Entsprechend den Erfahrungen mit staatlichen Aufwandsnormativen für den komplexen Wohnungsbau stellt die Ausarbeitung und Anwendung von Normativen und gebrauchswertbezogenen Preisen als Maß dessen, was die Gesellschaft in der gegebenen Entwicklungsetappe als gesellschaftlich notwendig anerkennt, dafür eine entscheidende Voraussetzung dar.

Mit dem Beschluß des Politbüros der SED zur Verbesserung der Leistungsbewertung im Bauwesen ist den Projektanten ein wichtiges Instrument in die Hand gegeben, um auf diesem Gebiet die gesellschaftlichen Interessen besser mit denen der Baukombinate und auch der Projektierungskollektive in Übereinstimmung zu bringen. Auf die seit vielen Jahren zu diesem Thema geführte Diskussion ist mit diesem Beschluß eine konstruktive Antwort gegeben worden.

Dabei sollte den Leitern und Parteiorganisationen stets bewußt sein, daß die Verwirklichung der im Beschluß zur Verbesserung der Leistungsbewertung im Bauwesen formulierten Grundsätze und Lösungswege sich nicht im Selbstlauf vollziehen wird. Es ist vielmehr unerläßlich, gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere auch dem Bund der Architekten der DDR und der Kammer der Technik eine kontinuierliche und vertrauensvolle politisch-ideologische Arbeit mit den Projektanten zu organisieren und ihre Initiativen im sozialistischen Wettbewerb darauf zu richten, auf der Grundlage sorgfältiger Gebrauchswert-Kosten-Analysen den spezifischen Bauaufwand ohne Beeinträchtigung der funktionellen und städtebaulich-architektonischen Qualität der Projekte jährlich um mindestens 1 bis 2 Prozent zu senken und insbesondere auch die Zielstellungen zur bedeutenden Reduzierung des Materialaufwandes voll zu realisieren.

Die Ergebnisse der Komplexuntersuchung zur Senkung des Stahlverbrauchs bei der WBS 70 belegen eindeutig, welche enormen Reserven bei zielstrebiger Arbeit auf diesem Gebiet erschließbar sind.

Im Kampf um die Senkung des Bauaufwandes sollte auch nicht übersehen werden, daß gegenwärtig noch ein beträchtlicher Anteil der Baukapazität und des Materials für Baustelleneinrichtungen, also für Provisorien zum Einsatz kommt. Es bringt unserer Volkswirtschaft großen Nutzen, wenn die Projektanten verstärkt darauf Einfluß nehmen, durch rationelle Gestaltung der Baustelleneinrichtungen, territoriale Rationalisierung und Zwischennutzung von Definitivbauten diesen Aufwand um mindestens 30 Prozent zu senken und so Jahr für Jahr für mehrere hundert Millionen Mark Baukapazität für die beschleunigte Fertigstellung von Investitionsvorhaben gewinnen helfen.

Nicht zuletzt sollten auch größere Anstrengungen unternommen werden, um Bauland rationeller zu nutzen. Bei nicht wenigen Planungen für den Wohnungsbau, für Industrieanlagen und landwirtschaftliche Produktionsbauten kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Auftraggeber, Städtebauer und Projektanten noch nicht in ausreichendem Maße verstanden haben, daß Grund und Boden und ganz besonders auch erschlossenes Bauland etwas sehr wertvolles ist, mit dem es sorgsam und haushälterisch umzugehen gilt. Neben der Erhaltung der bekanntlich nicht vermehrbaren land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche könnten größere Fortschritte auf diesem Gebiet wesentlich dazu beitragen, Disproportionen zwischen Hoch- und Tiefbau abzubauen und insgesamt mit den verfügbaren Bauaufkommen mehr Gebrauchswerte der Volkswirtschaft und der Bevölkerung zu übergeben.

■ Weitaus größere Aufmerksamkeit ist dem Problem der **Minimierung des Bewirtschaftungsaufwandes der künftigen Bauwerke** zu schenken. Wie die dazu durchgeführten Untersuchungen zeigen, übersteigen bei der Langlebigkeit der Erzeugnisse des Bauwesens bei einer angenommenen Nutzungsdauer von 80 bis 100 Jahren die Kosten für Werterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Heizung, Lüftung und Beleuchtung die primären Baukosten um ein Mehrfaches.

Es ist deshalb von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, durch gewissenhafte Einhaltung der sogenannten „anerkannten Regeln der Baukunst", sorgfältige Materialauswahl und Erhöhung der Dauerbeständigkeit der eingesetzten Konstruktionen, Einbauteile und der Oberflächen dafür zu sorgen, daß die Reparaturanfälligkeit der Bauwerke ganz entschieden verringert wird. Wie die Erfahrungen zeigen, ist dies keinesfalls automatisch mit höheren Aufwendungen verbunden.

Qualitätsarbeit, dauerbeständiges und instandhaltungsgerechtes Bauen ist auf längere Sicht gesehen auch der einzige gangbare Weg, um den Reparaturbedarf und das Leistungsvermögen des Bauwesens auf dem Gebiet der Werterhaltung in Übereinstimmung zu bringen. Die sich in den nächsten Jahrzehnten vollziehende Erneuerung der Bausubstanz bietet in Verbindung mit den durch die Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität der Zuliefererzeugnisse für das Bauwesen hierfür reale Möglichkeiten, die es unbedingt zu nutzen gilt.

Von mindestens ebenso großem volkswirtschaftlichem Gewicht ist die rationelle Senkung des Energieaufwandes bei der Nutzung der Gebäude. Zielstrebig ist darauf hinzuarbeiten, den spezifischen Energieeinsatz für Heizung, Lüftung bzw. Klimatisierung und Beleuchtung in den nächsten Jahren um rund 30 Prozent zu senken. Neben Maßnahmen des wärmedichteren Bauens, der Kompaktierung der Gebäude, der Anwendung rationeller Heizungs- und Beleuchtungssysteme geht es auch darum, neue wissenschaftlich-technische Lösungen der Energieanwendung und -umwandlung zu erproben und mit dem Plan Wissenschaft und Technik breitenwirksam zu machen.

■ Untrennbarer Bestandteil des Ringens um die höhere Effektivität der Projektlösungen ist und bleibt der Kampf um eine **hohe funktionelle und städtebaulich-architektonische Qualität der Bauwerke und Ensembles.** Mehr noch: In Anbetracht der Tatsache, daß mit den wachsenden Maßstäben unserer Bautätigkeit die unter sozialistischen Bedingungen geschaffene Bausubstanz immer mehr zum bestimmenden Element der baulichen Umwelt wird, (in einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren wird z. B. rund die Hälfte des Wohnungsbestandes erneuert bzw. rekonstruiert) erhält die Verantwortung der Städteplaner und Architekten, aber auch der staatlichen Organe, der Leiter und Parteiorganisationen der Baukombinate und der gesellschaftlichen Auftraggeber für Funktion und Bild der Städte, Gemeinden und der einzelnen Bauwerke ganz neue und größere Dimensionen.

Stets sollte man sich bewußt sein, daß z. B. die statistische Abrechnung der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms zwar eine sehr wichtige, aber eben doch nur die eine, die quantitative Seite der Verwirklichung der Parteibeschlüsse darstellt. Die andere, viel schwerer erfaßbare, aber für Glück und Wohlbefinden der Werktätigen nicht minder bedeutsame Frage ist, inwieweit die Wohnungen, gesellschaftlichen Einrichtungen und Ensembles tatsächlich voll und ganz den materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Leider ist nicht zu übersehen, daß neben vielen guten und ausgezeichneten Projektlösungen noch immer auch schwache und mittelmäßige Leistungen stehen. Deutlich zeigt sich, daß überall dort, wo es verstanden wurde, einen langfristigen städtebaulichen Vorlauf zu schaffen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Architekten, bildenden Künstlern, Landschafts- und Farbgestaltern, Bautechnologen und bauausführenden Kollektiven zu organisieren, auch die besten Ergebnisse bei der städtebaulich-architektonischen Meisterung des industriellen Bauens bei strikter Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative erzielt wurden. Besonders bewährt hat sich der Einsatz von Komplexarchitekten, die schon bei der Ausarbeitung der Bebauungskonzeptionen mitwirken, die Projektierung geschlossener Baugebiete leiten und ständig auf die qualitätsgerechte Baudurchführung bis zur kompletten Fertigstellung der Wohngebiete Einfluß zu nehmen.

Aber nicht nur im Vergleich städtebaulicher Ensembles, auch in den Grundrissen und Details zeigen sich z. T. beträchtliche Qualitätsunterschiede. So ist z. B. nach meiner Überzeugung bei einer Variante der WBS 70 mit direkter Zugänglichkeit aller Räume vom Flur, Eßplatz in der Küche und ausreichendem Abstellraum der Wohnwert für eine Arbeiterfamilie mit mehreren Kin-

dern wesentlich höher als andere Lösungen auf der gleichen Grundfläche, aber mit gefangenen Zimmern und ohne jede Abstellmöglichkeit. Der Aufwand für beide Varianten ist gleich – die Wirkung auf das Wohlbefinden der Bewohner aber sehr verschieden.

Wie bereits vom 7. Bundeskongreß des Architektenverbandes der DDR klar herausgearbeitet wurde, ist eben die Erreichung einer guten funktionellen und architektonischen Qualität nicht so sehr eine Frage der Mittel, sondern in erster Linie eine Frage der prinzipiellen Haltung zu Qualitätsfragen, des Könnens und des leidenschaftlichen Ringens um die funktionelle und künstlerische Beherrschung der Bauaufgaben.

Sicher wird die Qualität der Projekte am unmittelbarsten durch die Architekten und Ingenieure in den Projektierungsbetrieben beeinflußt. Aber sie allein können noch keine gute Architektur machen. In ihrer Arbeit müssen sie vielerlei objektive Bedingungen und Vorgaben beachten, die sich aus den realen technischen Möglichkeiten und den Erfordernissen der Gestaltung des Reproduktionsprozesses der Baukombinate ergeben.

Das zu beklagen oder gar die Architekten in eine Konfrontationsstellung zu den Leitern der Baukombinate zu bringen, wäre grundverkehrt. Die einzig richtige Konsequenz zur Meisterung der Probleme kann nur darin bestehen, daß sich die Leiter und die Parteiorganisationen der Baukombinate selbst an die Spitze des Kampfes um hohe Qualität stellen, mit den Architekten gemeinsam die besten Wege beraten, um industrielles Bauen, hochproduktive Technologien und strenge Sparsamkeit im Einsatz der Fonds mit den Forderungen der Gesellschaft nach hoher Qualität in Einklang zu bringen. Qualität des Gebauten im umfassenden Sinne muß immer mehr zur Ehrensache des Gesamtkollektivs der Baukombinate werden.

■ Höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit, an Qualität und Effektivität in der bautechnischen Projektierung ergeben sich aus den Erfordernissen der rationellsten Gestaltung des Reproduktionsprozesses der Baukombinate und -betriebe. Die erste und gewissermaßen grundlegende Anforderung an die Projektierungskollektive aus dem Blickwinkel der Sicherung der Bauproduktion besteht darin, **die Projektierungsleistungen so zu steigern, daß das gesamte geplante Bauvolumen ordnungsgemäß und rechtzeitig projektmäßig vorbereitet wird.** Diese Frage der proportionalen Entwicklung der Kapazitäten des Bauwesens wirkt sehr direkt auf die Sicherung der Planaufgaben in der Bauproduktion.

Bekanntlich gibt es in dieser Hinsicht – speziell bei Spezialprojektierungsleistungen – bestimmte Probleme. Charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist insbesondere die Tatsache, daß zwar die Ausführungsprojekte, wenn auch oftmals mit erheblichen Anstrengungen, noch rechtzeitig fertiggestellt werden, aber die Kräfte nicht ausreichen, um in den frühen Phasen der Projektierung, so bei der Mitwirkung an grundfondswirtschaftlichen Untersuchungen, den Investitionsvorentscheidungen und Grundsatzentscheidungen in ausreichendem Maße bei der Herausarbeitung optimaler Lösungen wirksam zu werden.

Zur vollständigen Abdeckung des rasch anwachsenden Projektierungsbedarfes in allen Phasen der Investitionsvorbereitung ist es deshalb unerläßlich, das Leistungsvermögen der bautechnischen Projektierung schneller als ursprünglich im Fünfjahrplan vorgesehen zu erhöhen. Das kann und muß in bestimmten Maße durch extensive Erweiterung, insbesondere über die gezielte Zuführung von Absolventen der Hoch- und Ingenieurschulen erfolgen. Der Hauptweg der Leistungssteigerung ist und bleibt aber auch in der bautechnischen Projektierung die Intensivierung, insbesondere durch Senkung des Projektierungsaufwandes und Rationalisierung der Projektierungsprozesse.

■ Mit den in den letzten Jahren erreichten hohen Zuwachsraten wurden gute Voraussetzungen geschaffen, um die höheren Zielstellungen in der Leistungsentwicklung der bautechnischen Projektierung zu erreichen. Dieses Potential gilt es insbesondere zu nutzen, um die **Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts** noch wirksamer zu fördern. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß ein großer Teil der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung erst mit der Einarbeitung in das Projekt die konkrete Gestalt annimmt, die ihre unmittelbare Wirksamkeit in der Produktion gewährleistet. Im Zusammenhang mit der zwingenden Notwendigkeit, die weitere dynamische Leistungsentwicklung des Bauwesens durch weitaus bessere Nutzung der qualitativen Wachstumsfaktoren zu sichern, wird die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Projekte in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Wissenschaft immer mehr zu einem ausschlaggebenden Faktor für die Sicherung der Planaufgaben der Baukombinate und -betriebe.

Das heißt z. B. konkret, daß die Auflagen zur Senkung des spezifischen Materialaufwandes für das Folgejahr zum größten Teil bereits mit den im Planjahr ausgearbeiteten Projekten zu erreichen sind. Das gilt in gleicher Weise auch für die Planziele zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Bauproduktion. Auch auf diesem Gebiet werden die Ergebnisse der Folgejahre in entscheidendem Maße bereits in den Projekten durch Anwendung progressiver Bauweisen und technologischer Verfahren und fertigungsgerechtes Konstruieren vorherbestimmt.

Eine spezifische Aufgabe der Projektierung bei der Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, noch unmittelbarer als für Forschung und Entwicklung, besteht darin, bei neuen Konstruktionen und Technologien von den im gegebenen Zeitraum im Kombinat real verfügbaren Materialien, Konstruktionselementen und Grundfonds auszugehen. Mit der Einbeziehung der Projektierungsbetriebe in die Baukombinate sind günstige Bedingungen geschaffen worden, um den gesamten Reproduktionsprozeß einheitlich zu planen und zu leiten. Je besser es die Leiter verstehen, durch klare Ziele und Vorgaben Initiative und Schöpferkraft der Architekten, Ingenieure, Technologen und Ökonomen in den vorbereitenden Bereichen auf die Ausarbeitung von Projekten und technologischen Vorbereitungsdokumentationen zu richten, die hohes wissenschaftlich-technisches Niveau mit Praxisbezogenheit vereinen, desto bessere Voraussetzungen werden für eine kontinuierliche, produktive Arbeit auf den Baustellen und in den Vorfertigungswerken geschaffen.

Zugleich aber – und das macht die Meisterung dieser Aufgabe nicht einfacher – tragen Forschung, Entwicklung und Projektierung über Betriebs- und Kombinatsgrenzen hinaus die Verantwortung dafür, die großen Möglichkeiten, die sich aus der Verwirklichung einer **einheitlichen, im RGW abgestimmten, wissenschaftlich-technischen Politik im Maßstab des gesamten Bauwesens der DDR** ergeben, in immer höherem Maße und immer effektiver zu nutzen. Analog zu den festgelegten Prinzipien der Erzeugnis- und Verfahrensverantwortung der Kombinate gilt es deshalb im Interesse der Ausarbeitung und Anwendung von Bestlösungen den Prozeß der Arbeitsteilung und Kooperation im Bereich der gesamten bautechnischen Projektierung weiter zielstrebig voranzutreiben.

Senkung des Projektierungsaufwandes und Rationalisierung der Projektierungsprozesse

Die Darlegung der wachsenden Anforderungen an das Leistungsvermögen und die Effektivität der Projektierung macht deutlich, daß sich in der Projektierung sehr viele und durchaus nicht immer konfliktlos miteinander zu vereinbarende Aufgaben kreuzen. Alle Versuche, und das zeigen auch internationale Literaturrecherchen – volkswirtschaftlich und betrieblich richtige Verhaltensweisen der Projektanten allein über Preisanordnungen und daran gebundene kollektive und individuelle Stimulierung zu beeinflussen, sind offensichtlich nicht gangbar. Die Ökonomie der Projektierung als eng mit der Produktion verbundene geistige Arbeit unterliegt speziellen Gesetzmäßigkeiten, die der Rationalisierungsstrategie zugrunde zu legen sind. Dabei ist an erster Stelle die bereits von Karl Marx beschriebene Tatsache zu nennen, daß „es sich mit der Wissenschaft wie mit Naturkräften verhält. Einmal entdeckt, kostet ... die wissenschaftliche Entdeckung ... keinen Deut."

Und weiter sagt er zur Anwendung einmal gewonnener wissenschaftlicher Erkenntnisse, daß „die Arbeitszeit, um sie (die Wissenschaft) zu reproduzieren, in gar keinem Verhältnis steht zu der Arbeitszeit, die zu ihrer Originalproduktion erforderlich ist" (Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, S. 407/408).

Dies macht deutlich, daß die Arbeitsproduktivität in der Projektierung und der gesellschaftliche Nutzen rationeller Projektlösungen nur sehr bedingt individuell oder betrieblich zu messen sind. „Erst bei großer Stufenleiter der Produktion (werden) die Ökonomien möglich, die aus der gemeinschaftlichen produktiven Nutzung hervorfließen". (Karl Marx: Das Kapital Bd. III, S. 113)

Aus diesen Erkenntnissen ist die Forderung abzuleiten, die Arbeit in der bautechnischen Projektierung, soweit es sich um die Entwicklung breit anwendbarer Projekte für Bauwerke, Gebäudeteile, Konstruktionselemente usw. handelt, immer stärker und im Maßstab der ganzen Republik (selbstverständlich unter Einbeziehung der fortgeschrittensten internationalen Erfahrungen) nach den Prinzipien der Wissenschaftsorganisation zu gestalten.

Das heißt

■ stärkere Konzentration der Kräfte von Wissenschaft und Projektierung auf die Ausarbeitung wiederverwendungsfähiger Projektlösungen, die gegenüber dem bisher üblichen Stand **wesentliche Fortschritte in Qualität und Effektivität** verkörpern und andererseits

■ generelle Erhöhung des Grades der Wiederverwendung von Projektlösungen und durchgängige Rationalisierung formalisierbarer Prozesse.

Es versteht sich von selbst, daß es dabei nicht schlechthin um die Erhöhung des Wie-

derholfaktors geht, sondern um die breite, in vielen Fällen sogar obligatorische Anwendung von **Bestlösungen.** Wiederverwendung allein senkt nur – so wichtig das ist – den Projektierungsaufwand. Der größte volkswirtschaftliche Nutzen aber entspringt erst in der massenhaften Anwendung von wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen.

Die Dialektik dieses Prozesses besteht zugleich darin, daß erst mit der weiteren beträchtlichen Senkung des Projektierungsaufwandes, insbesondere für Routineprozesse, die Kräfte und schöpferischen Potenzen freigesetzt werden, um eben die angestrebten Spitzenleistungen gemeinsam mit Forschung und Entwicklung auszuarbeiten und um in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung gemeinsam mit Auftraggebern, technologischen Projektanten und territorialen Organen die optimale Variante der Lösung einer Bauaufgabe zu bestimmen.

Dabei ist sowohl für das flexible Reagieren auf die unterschiedlichen Anforderungen an die Funktion der Bauwerke und für Variationsmöglichkeiten in der Gestaltung (Vermeidung von Monotonie) als auch für die Schaffung optimaler Bedingungen für eine hohe Arbeitsproduktivität in der Vorfertigung und Baudurchführung sehr wichtig, im Sinne der Verwirklichung einer einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik über **paßfähige, standardisierte Bausteine** zu verfügen, die zu Bauwerken und Ensembles zusammengefügt werden.

Die Richtigkeit eines solchen Vorgehens wird durch die vielfältigen **Erfahrungen fortgeschrittener Kombinate und Projektierungskollektive** nachdrücklich bestätigt:

■ Die breitenwirksame Anwendung der Katalogprojektierung für die Wohnungsbauserie 70 durch die Bauakademie der DDR und den Erzeugnisgruppenverband der Wohnungsbaukombinate führte bei Senkung des Projektierungsaufwandes zu größerer städtebaulicher Gestaltungsvielfalt, Austauschbarkeit von Projektlösungen und Bauelementen und hoher Breitenwirksamkeit bei der Einarbeitung von neuen wissenschaftlich-technischen Ergebnissen.

■ Die umfassende Nutzung der Katalogprojektierung im VEB Metalleichtbaukombinat, verbunden mit der Serienfertigung von Bauteilen und Baugruppen im Rahmen eines „Großbaukastens", führte bei hoher Arbeitsproduktivität im Projektierungsbetrieb zu einer schnellen Reaktionsfähigkeit auf die Anforderungen der Investitionsauftraggeber und trug wesentlich zur Rationalisierung und Teilautomatisierung der Produktion in den Betrieben des Kombinates bei.

■ Die Entwicklung einer technologischen Linie für die Projektierung von Entwässerungsnetzen im VEB Kombinat Tiefbau Berlin (mit Nutzung der EDV und automatisierter Zeichentechnik) ermöglichte bei Senkung des spezifischen Projektierungsaufwandes um 8 bis 9 Prozent eine beträchtliche Senkung des Bauaufwandes für die Erschließung von Wohngebieten, insbesondere mit Hilfe von Variantenberechnungen.

■ Die Rationalisierung der Projektierungsprozesse im VEB Ingenieurhochbaukombinat Gera führte bei umfassender Anwendung der Mikrofilm-, Foto- und Vervielfältigungstechnik zur Senkung des Zeitaufwandes in der Projektierung um 23 Prozent und zur Reduzierung des Papierverbrauchs bis zu 50 Prozent.

Die Aufzählung der Beispiele ließe sich fortsetzen. Ihre zielstrebige Verallgemeinerung ist offensichtlich eine der größten Reserven, um die Leistungsfähigkeit und Effektivität der bautechnischen Projektierung entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen rasch zu erhöhen.

Sowohl aus theoretischen Überlegungen als auch aus den praktischen Erfahrungen ergeben sich folgende **Hauptrichtungen für die weitere Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Projekte bei gleichzeitiger Senkung des Projektierungsaufwandes:**

■ Es gilt die Verantwortung der Projektanten für die **Senkung des Bau- und Materialaufwandes, für die Verwirklichung einer einheitlichen, auf hohe volkswirtschaftliche Effektivität gerichtete wissenschaftlich-technische Politik im Bauwesen und für die Umsetzung wissenschaftlicher Leistungen in die Baupraxis** über das Projekt noch stärker auszuprägen. Das erfordert, daß jedes Baukombinat seine ihm übertragenen Aufgaben entsprechend der festgelegten Erzeugnis- und Verfahrensverantwortlichkeit voll wahrnimmt. Dabei ist konsequent von dem Grundsatz auszugehen, die Projektierung als integrierenden Bestandteil des einheitlichen Reproduktionsprozesses der Baukombinate zu leiten und zu planen. Forschung und Entwicklung, Projektierung und technologische Vorbereitung sind zu einem durchgängigen Prozeß der komplexen Bauvorbereitung zu verschmelzen.

■ In engstem Zusammenwirken mit den Investitionsauftraggebern, den technologischen Projektanten und den territorialen Organen sind die Kräfte der bautechnischen Projektierung in weitaus stärkerem Maße auf die **Herausarbeitung optimaler Lösungen in den frühen Phasen des Projektierungsprozesses** zu konzentrieren.

Mit Hilfe von grundfondswirtschaftlichen Untersuchungen und Variantenvergleichen gilt es bei weitgehender Nutzung der vorhandenen Bausubstanz und Ausschöpfung aller Möglichkeiten der territorialen Rationalisierung die volkswirtschaftlich günstigsten Varianten für die Realisierung der Investitionsaufgaben zu bestimmen. Es ist ökonomisch, in diesen frühen Phasen mehr geistige Potenzen zu investieren, verschiedene Varianten zu entwickeln und zu vergleichen. Als unzweckmäßig erkannte Varianten in diesem Stadium der Investitionsvorbereitung zu verwerfen, hilft, volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden und ist deshalb keinesfalls als „verlorener Projektierungsaufwand" zu betrachten.

Ein solches Vorgehen schafft zugleich gute Voraussetzungen, fundierte Investitionsentscheidungen als Grundlage für die Einordnung der Vorhaben in die Pläne und Bilanzen und zur Sicherung einer konzentrierten Baudurchführung vorzubereiten. Es ermöglicht, den Projektierungsablauf zu vereinfachen und die Auslieferung der Ausführungsprojekte nach den Erfordernissen des Bauablaufes zu organisieren.

Mit der frühzeitigen Mitwirkung der Projektanten der Baukombinate an der Planung und Vorbereitung der Investitionen durch die Auftraggeber können die Projektanten zugleich wesentlich dazu beitragen, die durch die Baukombinate zu lösenden Bauaufgaben in ihrer Struktur langfristig zu erforschen und damit wichtige Daten für die Kapazitäts- und Gewerkeentwicklung der Baukombinate zu liefern, andererseits aber auch die Investitionsauftraggeber frühzeitig über die günstigsten bautechnischen Möglichkeiten der Realisierung ihrer Investitionsaufgaben zu beraten. Dies alles kann und muß dazu beitragen, verlorenen Projektierungsaufwand in der detaillierten Projektbearbeitung zu vermeiden.

Es lohnt sich unbedingt, dafür nach dem Beispiel des BMK Erfurt Projektanten mit langer Berufserfahrung in den Industriebauplanungsgruppen einzusetzen bzw. im Wohn- und Gesellschaftsbau wie im Bezirk Rostock das frühzeitige Zusammenwirken der örtlichen Organe der Staatsmacht, des Büros für Städtebau und der Baukombinate zu organisieren.

■ Der entscheidende Schwerpunkt für die unmittelbar wirksam werdende Senkung des Projektierungsaufwandes und die Rationalisierung der Projektierungsprozesse bei gleichzeitiger Breitenanwendung von Bestlösungen ist die **generelle Erhöhung des Anwendungsumfanges von wiederverwendungsfähigen Projektunterlagen** für komplette Gebäude, Funktionslösungen, Gebäudeteile und standardisierte Elemente bzw. von Rechenprogrammen für Statik und Konstruktion, Technologie und Ökonomie. Unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß die Baukombinate die im Plan Wissenschaft und Technik festgelegte Ausarbeitung von Angebotsprojekten in hoher Qualität realisieren und die VVB und Kombinate der Vorfertigungsindustrie das Angebot an standardisierten Elementen und Konstruktionslösungen weiter stabilisieren und in Katalogen anbieten, die geeignet sind, unmittelbar Projektbestandteil zu werden.

Eine hohe Verantwortung trägt die Bauakademie der DDR dafür, die Paßfähigkeit der durch die Baukombinate zu erarbeitenden und anzuwendenden Projektlösungen und Programme zu gewährleisten sowie eigenverantwortlich breit anwendbare Rationalisierungsmaßnahmen für die Projektierungsprozesse auszuarbeiten. Das gilt nicht nur für das Institut für Projektierung und Standardisierung. In allen Instituten der Bauakademie sind Maßnahmen einzuleiten, um wissenschaftliche Ergebnisse so aufzubereiten, daß sie möglichst ohne weitere Bearbeitung in die Projekte einfließen können.

■ Zur Sicherung der umfassenden Nachnutzung wiederverwendungsfähiger Projekte, Teilprojekte und anderer katalogisierter Projektierungsgrundlagen einschließlich des einheitlichen technischen Vorschriftenwerkes Bau ist der **Informations- und Beratungsdienst** für die Projektanten und Auftraggeber **weiter auszubauen und zu vervollkommnen.**

Dazu haben die zuständigen Leiter zu gewährleisten, daß die Informations- und Beratungsstellen bei den erzeugnisverantwortlichen Kombinaten, den Bezirksbauämtern und den Instituten der Bauakademie der DDR weiter ausgebaut und voll funktionsfähig gestaltet werden. Ein besonderer Schwerpunkt besteht darin, die Informationsversorgung und qualifizierte Beratung der kleinen Projektierungseinrichtungen im kreisgeleiteten Bauwesen sowie der Projektierungskapazitäten außerhalb des Bauwesens durch die Informations- und Beratungsstellen bei den Bezirksbauämtern zu sichern. Aber auch die VVB, Kombinate und Betriebe der Investitionsgüterindustrie sollten die Anstrengungen verstärken, ihr aktuelles Angebot an Ausrüstungen in projektierungsgerecht gestalteten Katalogen vorzustellen.

■ Großen Einfluß auf die Verringerung des Projektierungsaufwandes, insbesondere auf dem Gebiet der Mechanisierung und Rationalisierung, z. T. auch Automatisierung von Routineprozessen hat die **bessere Ausstattung der Projektierungsbetriebe mit lei-**

stungsfähiger Rechentechnik, Schreib- und Drucktechnik und Vervielfältigungsgeräten, die WAO-gerechte Arbeitsplatzgestaltung sowie die bedarfsgerechte Bereitstellung von Rationalisierungshilfsmitteln. Im Bauwesen selbst sind die Anstrengungen zu verstärken, um die vorhandene hochproduktive Projektierungstechnik, insbesondere die technologischen Linien mehrschichtig auszulasten und mit Hilfe des Eigenbaus von Rationalisierungsmitteln die Arbeit der Projektanten produktiver zu gestalten. Aber auch die zuständigen Kombinate und Betriebe im Maschinenbau, der Elektrotechnik, der chemischen Industrie und der bezirksgeleiteten Industrie sollten sich mit größerer Intensität darum bemühen, den Nachholebedarf an Projektierungstechnik und qualitativ hochwertigen Rationalisierungshilfsmitteln kurzfristig zu decken.

Niveau der Leitung, Planung und Organisation der Projektierung sowie der Aus- und Weiterbildung der Projektanten erhöhen

Die in den letzten Jahrzehnten, insbesondere aber nach dem VIII. Parteitag der SED erzielten Fortschritte dokumentieren auch auf dem Gebiet der Projektierung überzeugend die Vorzüge sozialistischen Wirtschaftens. Davon zeugen die hohen Zuwachsraten in der Leistungsentwicklung, das mit der Industrialisierung des Bauens eng verbundene hohe wissenschaftlich-technische Niveau der Projekte, die Fortschritte in der Rationalisierung der Projektierungsprozesse und nicht zuletzt die vielfältigen Initiativen der Projektanten im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages der DDR, mit Hilfe von persönlichen und kollektiven schöpferischen Plänen, von Projektpässen und anderen wertvollen Wettbewerbsformen Qualität und Effektivität der Arbeit zu erhöhen.

Dabei bestätigt sich immer wieder: Entscheidend ist der subjektive Faktor, das politisch bewußte Handeln eines jeden Werktätigen, die Schaffung einer Atmosphäre schöpferischer Arbeit. „Wir gehen immer davon aus, daß das, was der Sozialismus ist und wie er sich entwickelt, ... stets das Ergebnis kämpferischen Handelns ist. Durch diese kämpferische Position, die Vorzüge des Sozialismus immer wieder erneut wirksam zu machen, das bildet den wichtigsten Gegenstand in der politischen Führung durch die Partei und zugleich der staatlichen Leitungstätigkeit, wie der Arbeit der Gewerkschaften, des Jugendverbandes und aller Massenorganisationen" (G. Mittag, Rede an der Parteihochschule „Karl Marx" vom 6. 4. 1978).

Aufbauend auf den bisher erzielten Ergebnissen gilt es also, durch noch konsequentere und zielstrebige Nutzung der Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Reserven in neuen Dimensionen zu erschließen, um den dynamischen Leistungsanstieg des Bauwesens auch unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen durch gute Arbeit in der Projektierung aktiv zu unterstützen.

■ Unter Auswertung der positiven Erfahrungen der Einbeziehung der Projektierung in die Baukombinate ist die **Rolle und Verantwortung der Projektierungskollektive im einheitlichen Reproduktionsprozeß der Kombinate weiter zu festigen.** Zielstrebig sind die Kapazitäten so auszubauen, daß das gesamte Bauvolumen der Kombinate einschließlich der Mitwirkung an der Investitionsvorbereitung der Auftraggeber ordnungsgemäß vorbereitet werden kann. Schrittweise sollten die Bedingungen dafür geschaffen werden, die Kapazitäten von Forschung und Entwicklung, Projektierung und technologische Vorbereitung in komplexen Vorbereitungsbetrieben zu vereinigen. Im Zusammenhang mit der Herausbildung leistungsfähiger Kreisbaubetriebe ist auch im kreisgeleiteten Bauwesen die Konzentration der Projektierungskapazitäten bei diesen Betrieben weiter voranzutreiben. Das schafft günstige Bedingungen dafür, daß die Projektierung ihre Rolle bei der aktiven Einflußnahme auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Bauproduktion besser wahrnehmen kann. Zugleich werden durch die Konzentration der Projektierungskapazitäten die unerläßlichen Voraussetzungen geschaffen, den Arbeitsprozeß in der Projektierung selbst rationeller zu gestalten.

■ Ausgehend von den volkswirtschaftlichen Erfordernissen sowie den Anforderungen der Gestaltung des Reproduktionsprozesses der Baukombinate ist die **zentrale Leitung und Planung der bautechnischen Projektierung weiter zu vervollkommnen.** Insbesondere gilt es, die fortgeschrittensten Erfahrungen bei der Sicherung einer hohen Qualität der Projekte bei der Rationalisierung der Projektierungsprozesse systematisch zu verallgemeinern, Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation der Projektierungsbetriebe immer effektiver zu gestalten und die entscheidenden quantitativen und qualitativen Zielstellungen mit dem Plan verbindlich vorzugeben und abzurechnen.

Von besonderer Bedeutung für die Sicherung des Projektierungsbedarfes und zur Vermeidung verlorenen Projektierungsaufwandes ist die direkte Verknüpfung der Projektierungsbilanzen mit den Baubilanzen. Generell ist der Grundsatz zu verwirklichen, die Projektierungskapazitäten darauf zu konzentrieren, das, was in die Baubilanzen (einschließlich der Folgejahre) eingeordnet ist, rechtzeitig und in hoher Qualität vorzubereiten. Die Nutzung der „Erfurter Erfahrungen" im Industriebau und des Rostocker Beispiels zur Anwendung der Orjoler Erfahrungen im komplexen Wohnungsbau ist dabei von großer Bedeutung.

■ Durch **qualitative Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Kader in der Projektierung** sind die unerläßlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Qualität der Projekte zu erhöhen, die Projektanten mit den fortgeschrittensten Erfahrungen bei der Rationalisierung der Projektierungsprozesse vertraut zu machen und Disproportionen in der fachlichen Zusammensetzung der Projektierungskollektive zu überwinden.

Das betrifft nicht nur die Gestaltung der Ausbildungsprogramme an den Hoch- und Ingenieurschulen, in die mit Hilfe neuer Lehrmaterialien und Einsatz erfahrener Projektanten als Gastlektoren verstärkt die fortgeschrittensten Erfahrungen der Projektierungspraxis Eingang finden müssen.

Dringend notwendig ist auch, über die bisher existierenden Formen der Weiterbildung am Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur in Weimar und an den Weiterbildungslehrgängen der Bauakademie hinaus einen weitaus größeren Kreis von Projektanten in die systematische Weiterbildung einzubeziehen und die erfolgreiche Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zum festen Bestandteil der Entwicklung und Förderung der Kader in der Projektierung zu machen.

Im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz moderner Rationalisierungsmittel in der Projektierung, wie elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Foto-, Mikrofilm- und Vervielfältigungsanlagen sind für deren Nutzung, Pflege und Wartung Facharbeiter auszubilden bzw. zu qualifizieren.

Vertrauensvolle politisch-ideologische Arbeit fördert Verantwortungsbewußtsein und Schöpfertum

Jedes Bauvorhaben, jedes Ensemble entsteht gewissermaßen zweimal: Vor seiner Ausführung in Beton, Stahl, Stein, Holz und Glas entsteht es in den Köpfen und auf den Reißbrettern in der Projektierung. Diese geistige Vorwegnahme der materiellen Bautätigkeit bedeutet harte, angespannte Arbeit, ist aber auch für die Mehrzahl der in der Projektierung Tätigen weit mehr als bloßer Broterwerb, wird als Berufung, als Selbstverwirklichung im Schaffensprozeß empfunden. Immer mehr gehen die Architekten, Ingenieure und Ökonomen in den Projektierungskollektiven von der hohen Verantwortung aus, die sie als Angehörige der sozialistischen Intelligenz, als treue Verbündete der Arbeiterklasse für die umfassende Verwirklichung der Beschlüsse von Partei und Regierung tragen.

Entsprechend ihrer spezifischen Funktion im Reproduktionsprozeß haben sie sich gemeinsam mit den Auftraggebern als Sachwalter von Volksvermögen, als Gestalter der baulichen Umwelt zu bewähren, zugleich aber auch im Prozeß der Bauvorbereitung wichtige Voraussetzungen für eine hochproduktive, kontinuierliche Bauproduktion zu schaffen.

Alle Erfahrungen besagen: Um die vielfältigen Anforderungen an die Projektierung auf einen Nenner zu bringen, ist die weitere Qualifizierung der Leitung, Planung und Organisation der Projektierung sowohl im Maßstab der Betriebe und Kombinate, als auch im Rahmen des Bauwesens der gesamten Republik unerläßlich. Aber nicht alles läßt sich in Regelungen oder Kennziffern erfassen.

Unverzichtbar ist und bleibt die vertrauensvolle politisch-ideologische Arbeit der Leiter und Parteiorganisationen mit den Projektanten, die Entwicklung einer souveränen staatsbürgerlichen Einstellung zu ihrem Beruf und zu den ihnen übertragenen Aufgaben. Das schließt ein, selbst nach Vervollkommnung seiner politischen und fachlichen Qualifikation zu streben und mit überzeugenden Argumenten, aber auch mit Mut und Beharrlichkeit um die Durchsetzung optimaler Lösungen zu kämpfen.

Architektur-wettbewerb 1977

Zum elften Mal hatte die Zeitschrift „Architektur der DDR" einen Wettbewerb um das beste Bauwerk des Jahres, den „Architekturwettbewerb 1977", ausgeschrieben.

Die Beteiligung war mit 50 Arbeiten aus 13 Bezirksgruppen des BdA/DDR außerordentlich gut. Anfang des Jahres hat nun die Jury unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des BdA/DDR, Prof. Hans Gericke, getagt und über die Preise entschieden. Überschaut man die Gesamtheit der eingereichten Arbeiten, so ist eines unverkennbar: Das soziale Anliegen der Architektur, wie es sich aus der politischen Orientierung des IX. Parteitages der SED ableitet, tritt immer deutlicher hervor. Das wird vor allem in der Gestaltung der Wohngebiete, in der größeren Vielfalt unseres Wohnungsbaus hinsichtlich differenzierter Wohnbedürfnisse, in der höheren Qualität sozialer, medizinischer und kultureller Einrichtungen, in Fortschritten der Arbeitsumweltgestaltung, aber auch in neuen Einrichtungen für Freizeit, Erholung und Sport erkennbar, die unmittelbar dem Leben der Menschen dienen.

Für die Jury war die Entscheidung angesichts der Fülle niveauvoller Arbeiten nicht leicht. Sie erforderte teilweise sehr geist- und wortreiche Meinungsgefechte und in einigen Fällen, wo trotzdem keine übereinstimmende Meinung zu erzielen war, mußte durch Abstimmung eine Mehrheitsentscheidung gefällt werden. Manche Diskussionen waren genereller Natur und sicher sehr interessant, aber es hat sich nun einmal eingebürgert, über Diskussionen in Preisgerichten nicht aus der Schule zu plaudern. Aber soviel kann man wohl sagen: Wirklich herausragend und im wesentlichen unumstritten waren nur einige Arbeiten, darunter zum Beispiel das Wohngebiet „Halbe Stadt" in Frankfurt (Oder), das Kernkraftwerk Nord und der Fußgängerbereich Klement-Gottwald-Straße in Potsdam, also solche Arbeiten, die auch internationalen Vergleichen mit ähnlichen Bauvorhaben standhalten können.

Zieht man Vergleiche zu unseren Architekturwettbewerben in früheren Jahren, so fallen zwei Veränderungen ins Auge. Die erste ist ein gewisser Wandel im Leistungsniveau in den einzelnen Bezirken. Während zum Beispiel der Bezirk Rostock schon seit längerer Zeit in Fragen der architektonischen Qualität in der ersten Reihe rangiert, sind in den letzten Jahren auch Bezirke mit Beachtung verdienenden Leistungen in den Vordergrund getreten, die früher kaum mit Arbeiten vertreten waren, wie die Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder). Die Potsdamer Architekten lagen in diesem Wettbewerb im Hinblick auf die Anzahl der errungenen Preise und Anerkennungen überhaupt an der Spitze.

Das zweite, was deutlich ins Auge fällt, ist das hohe Niveau des spürbar gewachsenen Anteils von Arbeiten auf dem Gebiet der Rekonstruktion und Denkmalpflege. Hier wirken sich offensichtlich die insgesamt höhere Wertschätzung vorhandener Bausubstanz, die von unserer Baupolitik ausgeht, und das neue Gesetz über die Denkmalpflege sehr positiv aus.

Generell ist eines erfreulich zu sagen: Alle eingereichten Arbeiten lassen ohne Ausnahme das verantwortungsbewußte Streben der Architekten erkennen, die Qualität und Effektivität des Bauens zu erhöhen, das industrielle Bauen baukünstlerisch ausdrucksvoller zu meistern und durch gut durchdachte Projekte das Verhältnis zwischen Aufwand und gesellschaftlichem Nutzen immer günstiger zu gestalten. Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden also zweifellos beispielgebend auf weitere Fortschritte in unserem Architekturschaffen zum Wohle der Menschen wirken.

Allen Preisträgern gilt unser herzlicher Glückwunsch, allen Teilnehmern, den Bezirksvorständen des BdA/DDR, den Vorprüfern und allen anderen, die zum Gelingen beigetragen haben, unser herzlicher Dank für ihre Unterstützung des „Architekturwettbewerbes 1977". Prof. Dr. Gerhard Krenz

Jury des Architekturwettbewerbes 1977

Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke, Vorsitzender
Dr.-Ing. Isolde Andrä
Architekt Ekkehard Böttcher
Prof. Dr.-Ing. e. h. Edmund Collein
Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters
Dr. Dietmar Hanke
Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann
Dr.-Ing. Eberhard Just
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Prof. Dr. Gerhard Krenz
Dr. sc. techn. Kurt Lemcke
Prof. Dr.-Ing. Walter Niemke
Dr.-Ing. Peter Sniegon
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel



1. Preis

Wohngebiet „Halbe Stadt" in Frankfurt (Oder)

Autoren:

Dipl.-Ing. Manfred Vogler,
Stadtplanung und Entwurfsleitung
Dipl.-Ing. Bernd Beringschmidt,
Objektverantwortliche für Teilabschnitte
Dipl.-Ing. Rainer Zeletzki,
Freiflächen – Teilabschnitte und Baumschutz
Büro für Stadtplanung
beim Rat der Stadt Frankfurt (Oder)
Dipl.-Ing. Gudrun Grselka,
Objektverantwortlicher für Teilabschnitte
Dipl.-Ing. Günter Hartzsch,
städtebauliche Teilbearbeitungen
VEB Büro für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder)
Dipl.-Ing. Jochen Beige, Chefarchitekt
VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder), Betrieb Projektierung

Aus dem Juryprotokoll:

Mit dem weitgehend realisierten Wohngebiet „Halbe Stadt" wurde eine beispielhafte Konzeption für den innerstädtischen Wohnungsbau und die Stadterneuerung verwirklicht. Die interessante Gestaltung des Gebietes bereichert das neue Bild des Stadtzentrums und ermöglicht ein angenehmes Wohnen bei größter Nähe zu gesellschaftlichen Einrichtungen und zu vielfältigen Arbeitsstätten. Besondere Hervorhebung verdienen die wirksame Ausnutzung topographischer Gegebenheiten und die relativ hohe Bebauungsdichte bei sorgfältiger Erhaltung vorhandenen Baumbestandes.

1. Preis

Appartementhaus für ältere Bürger in Wismar

Autoren:

Architekt BdA/DDR Arno Claus Martin
Architekt BdA/DDR Herwig Kastenbein
Dipl.-Ing. Siegfried Fischer, Architekt BdA/DDR
VEB Ingenieurhochbaukombinat Rostock
Sitz Wismar, Projektierungsbereich Rostock

Aus dem Juryprotokoll:

Die Architektur dieses Gebäudes kann als ein hervorragendes Beispiel für die Entwicklung spezifischer altersadäquater Wohnformen gelten, wie sie in großem Umfang im Rahmen des sozialpolitischen Programms zu realisieren sind. Hervorhebung verdienen hier neben der anerkennenswerten funktionellen Lösung die Wohnbereichen angemessene Maßstäblichkeit der Baukörper und die ideenreiche Nutzung der gestalterischen Möglichkeiten der Großblockbauweise bei Einhaltung der vorgegebenen Kosten.



1. Preis

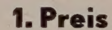
Kernkraftwerk Nord 1 in Greifswald

Autoren

Dipl.-Arch. Peter Flierl, Architekt BdA/DDR (Leitung)
Dipl.-Ing. Norbert Ruhe, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Klaus Franke, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Arch. Jochen Jentsch, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gabriele Koppe, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Udo Höfig, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Arch. Bernhard Brabetz, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gottfried Hein, Architekt BdA/DDR
Dipl. hort. Eberhard Schröder, Architekt BdA/DDR
Dipl. hort. Günter Gundelach, Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie Kombinatsbetrieb
Forschung und Projektierung Berlin
Produktionsbereich
Oberingenieur Manfred Durst, KDT

Aus dem Juryprotokoll:

Bei dieser modernen Industrieanlage ist es in beispielhafter Weise gelungen, die komplizierten technologischen Erfordernisse, die Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen und sozialer Einrichtungen mit einer klaren räumlichen Ordnung und einer charakteristischen architektonischen Gestaltung in Einklang zu bringen. Die Sparsamkeit in der Wahl der gestalterischen Mittel zugunsten einer harmonischen Gesamtgestaltung sind dabei besonders hervorzuheben.





1. Preis

Einkaufs- und Freizeitzentrum in Cottbus

Autoren:

Dipl.-Ing. Werner Fichte, Stadtarchitekt
Architekt Gerhard Guder,
Chefarchitekt im VE Wohnungsbaukombinat Cottbus,
Kombinatsbereich Projektierung
Dipl.-Arch. Ewald Jantke,
Objektverantwortlicher
VE Wohnungsbaukombinat Cottbus,
Kombinatsbetrieb Projektierung,
Projektierungsbereich Cottbus II

Aus dem Juryprotokoll:

Dieser neugestaltete Bereich im Zentrum von Cottbus zeichnet sich durch seine funktionelle Vielfalt, durch die angenehme räumliche Intimität und eine bis in die Details der Innenräume sorgfältig durchgearbeitete Gestaltung aus. Er erfreut sich großer Beliebtheit bei der Bevölkerung und stellt einen wichtigen Beitrag zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des Cottbuser Stadtzentrums dar.

1. Preis

Fußgängerbereich Klement-Gottwald-Straße in Potsdam

Autoren:

Dipl.-Ing. Werner Berg, Architekt BdA/DDR, Stadtarchitekt, Rat der Stadt Potsdam
Helmut Bierwagen, Gestalter, VBK-DDR
Heinz Fürstenberg, Gestalter, VBK-DDR
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Kölling, Architekt BdA/DDR, VEB Umweltgestaltung und bildende Kunst (B) Potsdam
Dipl.-Ing. Günter Köpping, Architekt BdA/DDR, Institut für Denkmalpflege Berlin
Gartenbauingenieur Klaus Modrach, Architekt BdA/DDR, VEB Wohnungsbaukombinat Potsdam
Dipl.-Ing. Peter Weiß, Architekt BdA/DDR Büro beim Stadtarchitekten Potsdam
Dipl.-Ing. Christian Wendland, Architekt BdA/DDR, VEB Gebäudewirtschaft Potsdam

Aus dem Juryprotokoll:

Die zu einem großen Teil realisierte Rekonstruktion der Klement-Gottwald-Straße in Potsdam und ihre Umgestaltung zu einem Fußgängerbereich ist eine hervorragende städtebaulich-architektonische Leistung. Sie ist ein überzeugendes Beispiel für die Wahrung des wertvollen historischen Erbes im Stadtbild und für die Umwandlung alter Bausubstanz mit neuen Funktionen. Dieser lebendige, attraktive und farbenfrohe Bereich mit seinen vielfältigen Funktionen und seiner zum Verweilen einladenden Gestaltung ist eine bedeutende Bereicherung des Stadtzentrums von Potsdam.



1. Preis

Rekonstruktion Kloster „Unser Lieben Frauen" in Magdeburg

Autoren:

Chefkonservator Dipl.-Ing. Hans Berger
Oberkonservator Dipl.-Arch. Reinhard Rüger
Institut für Denkmalpflege in der DDR, Arbeitsstelle Halle

Aus dem Juryprotokoll:

Die denkmalpflegerische Rekonstruktion des im Krieg weitgehend zerstörten Klosters, das zu den ältesten romanischen Baudenkmalen in der DDR zählt, und seine Gestaltung als Konzerthalle und Ausstellungszentrum wird als eine hervorragende architektonische Leistung gewertet. Bei sorgfältigster Achtung der historischen Substanz ist es gelungen, eine moderne Kulturstätte von hohem Rang und großer Anziehungskraft zu schaffen, die eine unserer Zeit gemäße vielfältige Nutzung ermöglicht. Eines der wertvollsten Elemente des Stadtbildes wurde damit wirksam in die Neugestaltung des Zentrums von Magdeburg einbezogen.



2. Preis

Gesellschaftliches Zentrum im Wohnkomplex Riethstraße in Erfurt

Autoren:

Komplexarchitekt: Bauingenieur Helmut Weingart, Architekt BdA/DDR, VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt
Projektarchitekt: Dipl.-Ing. Bela Dorka
DTV Debrecen, UVR
Stellvertretender Komplexarchitekt:
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Becker, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt
Innenarchitekt (Grundkonzeption): Dipl.-Arch. Peter Mohaci, DTV Debrecen, UVR
Landschaftsgestalter: Landschaftsarchitekt
Irmgard Senf, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt

Aus dem Juryprotokoll:

Die Gestaltung dieses Wohngebietszentrums verdient besonders im Hinblick auf das vielseitig nutzbare Funktionsangebot und auf eine sinnvolle Konzentration und Kombination gesellschaftlicher Einrichtungen hohe Anerkennung. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Erhöhung des Niveaus neuer Wohngebiete und zur Förderung der sozialistischen Lebensweise in der Wohnsphäre. Die vorgegebenen Kosten wurden, wie der Auftraggeber bestätigt, bei insgesamt hoher Qualität eingehalten.

2. Preis

Punkterschlossenes Wohngebäude in Ottendorf-Okrilla

Autor:

Dr.-Ing. habil. Manfred Zumpe
VEB Ingenieurhoch- und Tiefbau
Dresden/Ottendorf-Okrilla

Aus dem Juryprotokoll:

Die Jury würdigt die experimentelle Erprobung einer bezirklichen Entwicklung für ein punkterschlossenes, mehrgeschossiges Wohngebäude als Ergänzung des Angebots der WBS 70 für besondere Standorte. Anerkennung verdienen dabei die gute architektonische Gestaltung und die Wohnqualität des Versuchsbaus sowie das Bestreben des Autors, auf der Basis des hier erprobten Bauverfahrens vielseitige Grundrisse und Gebäudeformen zu entwickeln, die auch von kleineren Baubetrieben und mit einem relativ einfachen Grundmittelbestand realisiert werden können.



2. Preis

Eigenheime nach dem Angebotsprojekt ZV-1 in Eisenhüttenstadt und Schwedt

Autor:

Dipl.-Ing. Christoph Dielitzsch,
Architekt BdA/DDR

Aus dem Juryprotokoll:

Diese vom Autor im Rahmen von Aktivitäten der Bezirksgruppe des BdA/DDR entwickelte Projektreihe, die bisher über 250mal Anwendung fand, zeichnet sich durch sehr günstige Grundrisse und eine niveauvolle Gestaltung bei Unterbietung der vorgegebenen Kosten aus. Sie stellt mit ihrer vielseitigen Anwendbarkeit, auch für Formen des verdichteten Eigenheimbaus, einen wichtigen Schritt zur städtebaulich-architektonischen Weiterentwicklung auf diesem Gebiet unseres Wohnungsbauprogramms dar.





2. Preis

Produktionsstätte im VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde (Fertigmacherei)

Autoren:

Entwurf: Dipl.-Ing. G. Franke
Technologie: Ingenieur B. Maerten
VEB Bau- und Montagekombinat Ost, Betrieb Forschung und Projektierung, Betriebsteil Schönefeld

Aus dem Juryprotokoll:

Diese leistungsfähige Produktionsstätte eines Industriewerkes zeichnet sich durch ein hohes Niveau der architektonischen Gestaltung aus. Der Auftraggeber hebt als Vorzüge besonders die flexible technologische Nutzbarkeit und die günstigen Arbeitsbedingungen bei Einhaltung der vorgegebenen Kosten hervor. Die Arbeit ist ein bemerkenswerter Beitrag zur Entwicklung einer hohen Arbeitsproduktivität fördernden kulturvollen Gestaltung der Arbeitsumwelt.



2. Preis

Klinikum in Halle-Kröllwitz

Autor:

Leitarchitekt Dipl.-Ing. Horst Letzel
VEB Projektierung und Technologie Halle

Aus dem Juryprotokoll:

Diese im Rahmen des sozialpolitischen Programms errichtete moderne Einrichtung des Gesundheitswesens verdient durch ihre hohe funktionelle und gestalterische Qualität hohe Anerkennung. Ausgezeichnete Bedingungen für Diagnostik und Therapie, modernste Behandlungsmöglichkeiten und Organisationsformen sowie die günstigen Bedingungen für Patienten und Personal hebt der Auftraggeber als wichtigste Vorteile dieses realisierten Projektes hervor, das zugleich als Basisprojekt für fünf weitere Einrichtungen dieser Art in anderen Bezirken diente.



2. Preis

Gaststätte „Rübezahl" in Berlin

Autoren:

Dipl.-Arch. Werner Hoffmann, Architekt BdA/DDR
Hochbauingenieur Jutta Grodtke
VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Projektierung

Aus dem Juryprotokoll:

Diese neue, ständig viele Besucher anziehende und vielseitig nutzbare Ausflugsgaststätte im Berliner Naherholungsgebiet am Müggelsee zeichnet sich besonders durch eine originelle Innenraumgestaltung und die gelungene Einordnung in die Landschaft bei Anwendung von Elementen des komplexen Wohnungsbaus aus, die auch eine Unterschreitung der vorgegebenen Kosten und eine sehr kurze Bauzeit ermöglichten. Der Nutzer hebt besonders die funktionelle Variabilität und die Möglichkeit einer rationellen Bewirtschaftung hervor.



Anerkennung

Block 1.300/WBS 70 in Rostock-Evershagen

Autoren:

Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Dipl.-Ing. Christian Brümmer
Bauingenieur Erwin Wittenburg
Bauingenieur Wolfgang Bichowski
Innenarchitekt Helga Krause
VEB Wohnungsbaukombinat Rostock, Betrieb 5

Aus dem Juryprotokoll:

Dieser Versuch, die Formen des industriellen Wohnungsbaus weiterzuentwickeln und gleichzeitig die funktionelle Qualität der Wohnungen zu verbessern, verdient vor allem deshalb hohe Anerkennung, weil er Anregungen für eine vollkommenere Nutzung der gestalterischen Möglichkeiten der WBS 70 gibt.

Anerkennung

Bebaungskonzeption für das Wohngebiet Wilhelm-Külz-Straße in Potsdam

Autoren:

Dipl.-Ing. Werner Berg, Architekt BdA/DDR, Stadtarchitekt
Architekt BdA/DDR Horst Görl, Leiter des Büros beim Stadtarchitekten
Städtebaulicher Entwurf:
Dipl.-Ing. Peter Weiß, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Rainer Globisch, Architekt BdA/DDR
Grünplanung: Gartenarchitekt Dietrich Futterlieb, Architekt BdA/DDR
Verkehrsplanung: Dipl.-Ing. Wolfgang Riebau, KDT
Stadttechnik: Dipl.-Ing. Christel Müller
HLS-Ingenieur Ullrich Valjeur, KDT
Büro beim Stadtarchitekten der Stadt Potsdam
Hochbau (Neubauten): Dipl.-Ing. Dietrich Schreiner, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Potsdam

Aus dem Juryprotokoll:

Diese teilweise schon realisierte Bebauungskonzeption zeichnet sich durch eine gute städtebauliche Gestaltung differenzierter Wohnbereiche, eine günstige Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten für den Erholungswert und eine Unverwechselbarkeit des Ensembles aus.



Anerkennung

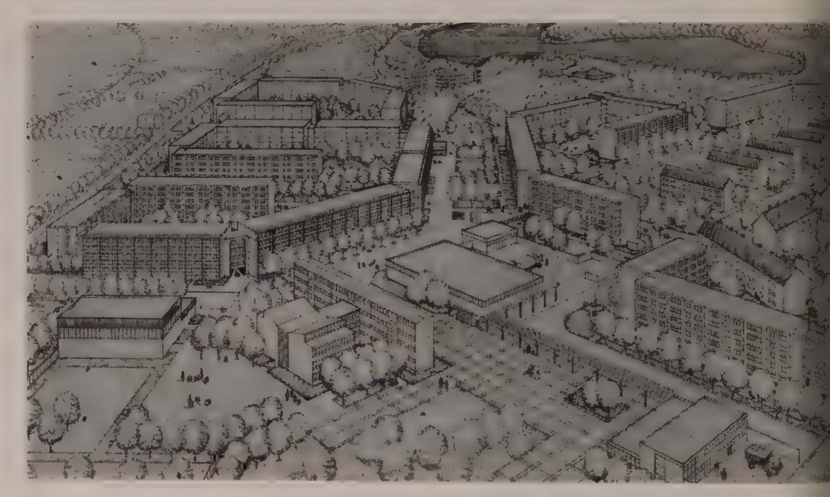
Bebauungskonzeption Erkner-Neubuchhorst

Autoren:

Dipl.-Ing. Ingrid Voll
Dipl.-Ing. Christian Petzold
Dr.-Ing. Wolfgang Töpfer
Dipl.-Ing. Gunter Kassner
VEB Büro für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder)

Aus dem Juryprotokoll:

Mit relativ einfachen Mitteln haben die Autoren eine anerkennenswerte Lösung mit einer differenzierten räumlichen Gestaltung der Wohngruppen und des Zentrums gefunden. Besonders hervorzuheben ist die fußgängerfreundliche räumliche Verflechtung des Neubaugebietes mit dem Ortskern und mit dem Naherholungsbereich. Bedenken hätte die Jury jedoch auch in diesem Falle gegen eine vorwiegend sechsgeschossige Bebauung, wenn nicht spezielle Lösungen zur Anwendung kommen, die dies vertretbar machen.





Anerkennung

Hauptgrünraum im Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen

Autoren:

Hauptarchitekt: Architekt BdA/DDR Erich Kaufmann
Projektverantwortlicher für die Außenanlagen:
Gartenarchitekt BdA/DDR Christian Jochmann
Projektverantwortlicher für die gesellschaftlichen Einrichtungen (Ecklösungen):
Architekt BdA/DDR Carl-Heinz Pastor
Architekt BdA/DDR Hans Fleischhauer
VEB Wohnungsbaukombinat Rostock
Städtebauliche Einordnung und Planung:
Architekt BdA/DDR Christoph Weinhold
Architekt BdA/DDR Winfried Hein
Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock

Aus dem Juryprotokoll:

Die hier realisierte Lösung eines zusammenhängenden, verschiedene Bereiche des Wohngebietes verbindenden und zum Verweilen einladenden Grünraums verdient hohe Anerkennung. Sie wird von den Bewohnern begrüßt und zeigt einen Weg, neue Wohngebiete mit solchen attraktiven Bereichen freundlicher und lebendiger zu gestalten.



Anerkennung

Sportkomplex im Wohngebiet Jena-Lobeda West

Autoren:

Architekt BdA/DDR Michael Hauptstock
Bauingenieur Helma Fuchs
Architekt BdA/DDR Claus Heer
VEB Wohnungsbaukombinat Gera, Bereich Projektierung, Abteilung 5, Jena
Die städtebauliche Lösung wurde in Form einer Studie durch das Kollektiv
Dr.-Ing. Karin Kirsch
Dr.-Ing. Arnold Körner
Dipl.-Ing. H. Macher
Dipl.-Ing. Ernst Mauke
erarbeitet.

Aus dem Juryprotokoll:

Durch die Konzentration verschiedenartiger Einrichtungen für den Schul- und Freizeitsport ist ein attraktives architektonisch gut gestaltetes Ensemble entstanden, das den Bewohnern des Wohngebietes Jena-Lobeda vielseitige Möglichkeiten für eine aktive, gesundheitsfördernde Erholung und für das gesellschaftliche Leben bietet.

Anerkennung

Rekonstruktion Porzellanmanufaktur in Meißen

Autoren:

Bauingenieur Christian Wiesenhütter, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Fritz Rosteck, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gudrun Mosig
Dipl.-Ing. Kurt Prantl
VEB Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie
Kombinatsbetrieb Forschung und Projektierung Dresden

Aus dem Juryprotokoll:

Die hier durchgeführte Rekonstruktion zur Intensivierung der Produktion verdient als bemerkenswerte architektonische Leistung hohe Anerkennung. Hervorhebung verdienen dabei sowohl die funktionelle Lösung als auch die erzielte Verbesserung der Arbeitsbedingungen.



Anerkennung

Milchviehanlage in Paulinenaue

Autoren:

Dipl.-Ing. Felix Hollesch
Architekt Wolfgang Stephan
Dipl.-Ing. Olivera Zierke
VEB Landbauprojekt Potsdam
Generalprojektant und Hauptprojektant Bau
Dipl.-Ing. Albert Mehler
Bauakademie der DDR,
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

Aus dem Juryprotokoll:

Diese leistungsfähige Anlage hat sich für die industrielle Milchproduktion sehr gut bewährt. Sie zeichnet sich durch eine gute Gestaltung des Produktionsbereiches, günstige Arbeitsbedingungen und durch die kompakte Anordnung durch eine sparsame Verwendung von Bauland aus. Sie ist ein Beispiel für moderne Anlagen der Landwirtschaft.



Anerkennung

Schuhfabrik in Schwedt (Oder)

Autor:

Bauingenieur Hubert Wegner, Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Ost
Betrieb Forschung und Projektierung
Betriebsteil Frankfurt (Oder)

Aus dem Juryprotokoll:

Diese neue Produktionsanlage zeichnet sich durch ihre klare Gestaltung, die rationelle, flexible Technologien erlaubende funktionelle Lösung und eine arbeitspsychologisch günstige Gestaltung der Arbeitsumwelt aus, wobei der Nutzer auch die sinnvolle Verbindung von Produktion und Produktionsvorbereitung hervorhebt.



Anerkennung

Kreiskrankenhaus in Schwedt

Autor:

Architekt BdA/DDR Egon Eichner, VEB Baukombinat Leipzig

Aus dem Juryprotokoll:

Diese modernen Gesichtspunkten der medizinischen Betreuung entsprechende Einrichtung zeichnet sich durch eine gute architektonische Gesamtgestaltung mit den Mitteln des industriellen Bauens, durch ihre zweckmäßige funktionelle Verbindung der verschiedenen Bereiche und günstige Bedingungen für die Patienten und das Personal aus und verdient hohe Anerkennung.



Anerkennung

Rekonstruktion Schloß Kochberg

Gesamtleitung:

Dr.-Ing. Jürgen Seifert (ab 1973)
Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar (NFG) Direktion Bau und Denkmalpflege

Nutzungsstudie und TOZ (Juni 1966):
Prof. Helmut Holtzhauer, Dipl.-Ing. Ulrich Betcke

Aufgabenstellung (Juni 1967):
Projektierungsbüro der Fakultät Bauwesen der TU Dresden
Arbeitsgruppe Dr.-Ing. Bernhard Klemm

Projekt (Hochbau und Innenraumgestaltung):
Dr.-Ing. Jürgen Seifert, Dipl.-Ing. Jürgen Beyer
Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar (NFG) Direktion Bau und Denkmalpflege

Aus dem Juryprotokoll:

Die denkmalpflegerische Rekonstruktion des Schlosses Kochberg ist eine architektonische Leistung von hohem Rang. Besondere Anerkennung verdient die beispielhafte Realisierung einer neuen Nutzungskonzeption unter sorgfältiger Wahrung und Wiederherstellung der kulturhistorischen Werte dieses bedeutenden Bauwerkes.

Anerkennung

Rekonstruktion Festsaal im Rathaus Rostock

Autor:

Innenarchitekt Fritz Hering, VEB Baureparaturen Rostock

◀



Aus dem Juryprotokoll: ▲

Die Wiederherstellung des Festsaales im Rathaus von Rostock stellt eine bemerkenswerte denkmalpflegerische Leistung dar. Sie ist ein Beispiel für die Restaurierung historisch wertvoller Innenräume unter Einfügung neuer, gut gestalteter Ausstattungselemente und unter Beachtung heutiger funktioneller Anforderungen.

Anerkennung ▶

Rekonstruktion Friedländer Tor in Neubrandenburg

Autor:

Architekt Josef Walter, Zentrum Bildende Kunst Neubrandenburg

Aus dem Juryprotokoll:

Diese denkmalpflegerische Rekonstruktion zeugt von großer Sorgfalt und architektonischem Einfühlungsvermögen des Autors, dem es mit der Einordnung neuer Funktionen gelang, dieses historische Bauwerk einer zeitgemäßigen Nutzung zu erschließen und zugleich einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung einer der bedeutendsten mittelalterlichen Stadtbefestigungsanlagen in der DDR zu leisten.



1

Ferienkomplex „Roter Oktober" in Zinnowitz

Chefarchitekt Johannes Haueisen,
Architekt BdA/DDR
Leitarchitekt Wolfgang Seifert, Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Süd,
Kombinatsbetrieb
Industrieprojektierung Zwickau

Am 1. Juli 1977 konnte der Industriegewerkschaft Wismut im Ostseebad Zinnowitz ein neuer Ferienkomplex zur Nutzung übergeben werden.

Diese Erholungseinrichtung ist ein Ergebnis der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen. Mit der gesamten Bettenkapazität wird eine wesentliche Verbesserung der Urlauberbetreuung im Ostseebad Zinnowitz erreicht.

Durch den Einbau gesundheitstechnischer Anlagen auch für prophylaktische Kuren ist die ganzjährige Nutzung effektiv gewährleistet.

Außer den Objekten der Hauptfunktion (wie Bettenhaus und Gaststätten) konnten gleichzeitig Unterkünfte mit Versorgungseinrichtungen für das Betreuungspersonal realisiert werden. In einer ersten Projektierungsphase wurden für die geforderte Bettenkapazität zwei vielgeschossige Pfeilhäuser mit funktionell gleichwertigen Bedingungen konzipiert.

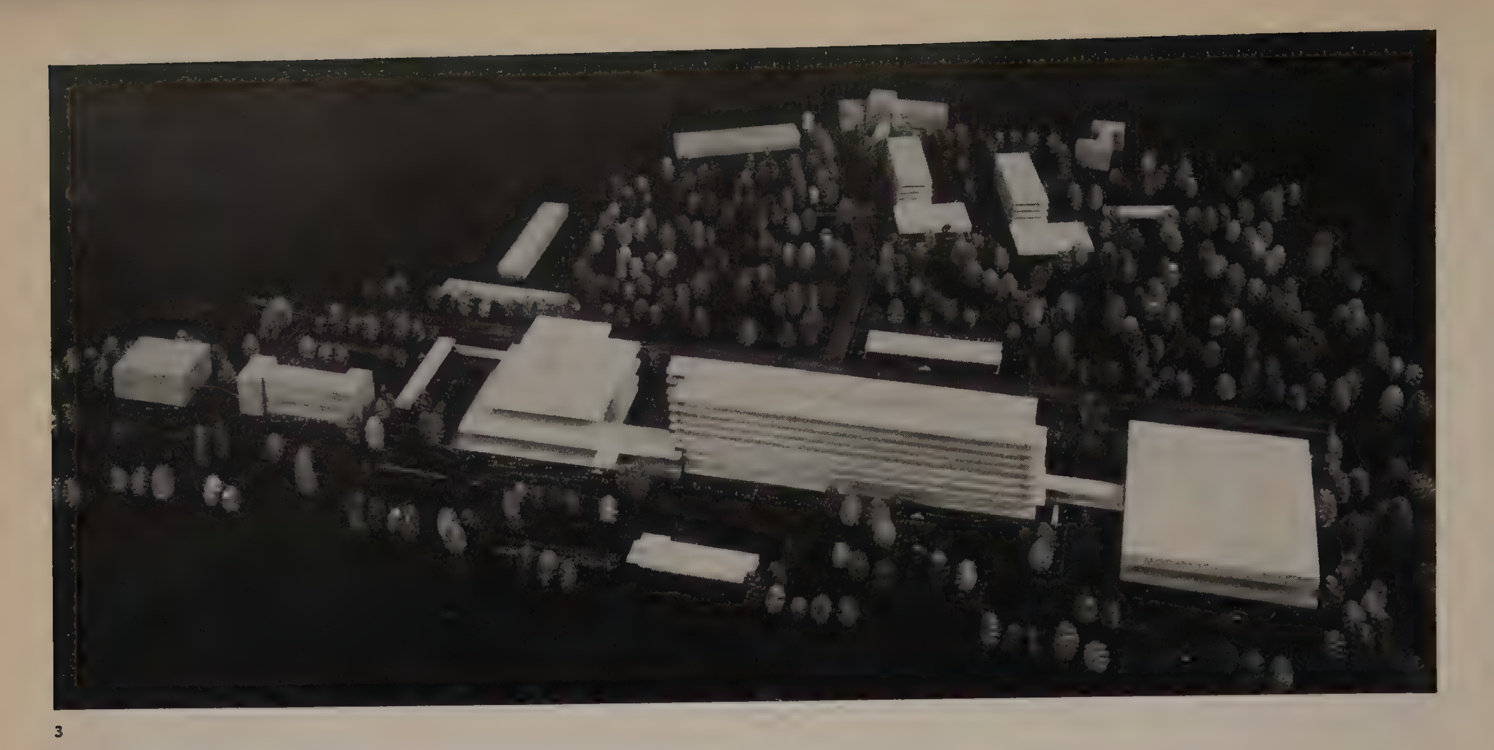
Aus ökonomischen Aspekten mußte sich diese Variante der realisierten Lösung unterordnen.

2

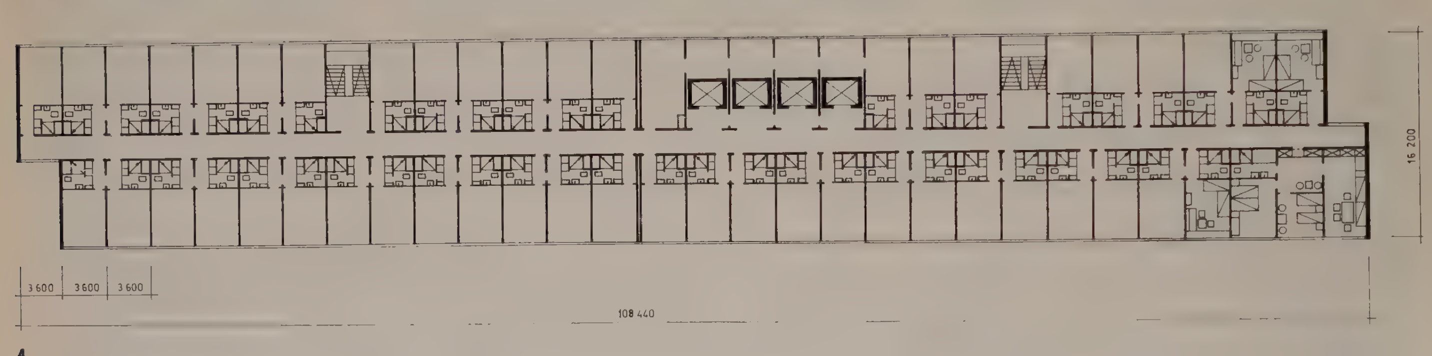


1
Blick auf den Gaststättenkomplex. Eingangssituation

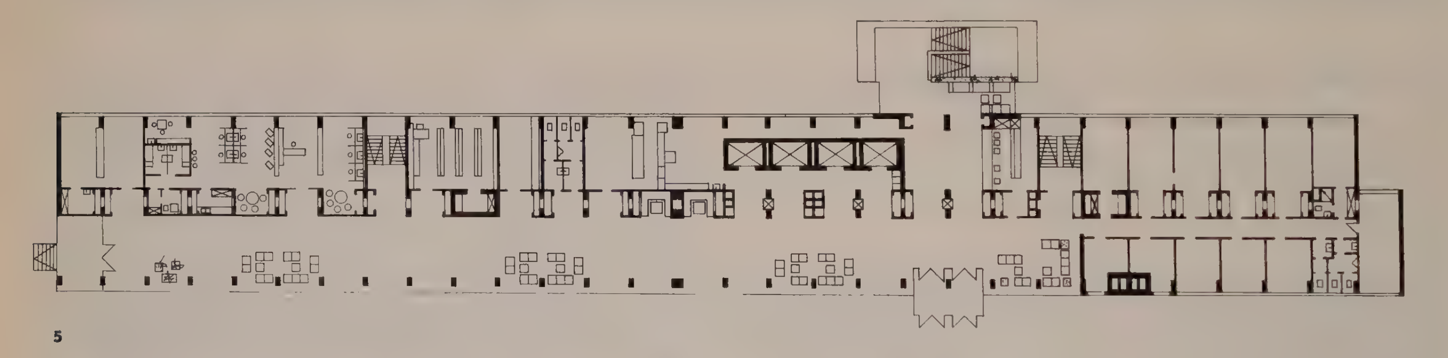
2
Foyer im Gaststättenkomplex



3



4



5

6



Autoren:

Bautechnischer Projektant:

VEB Bau- und Montagekombinat Süd,
Kombinatsbetrieb
Industriebauprojektierung Zwickau

Grundkonzeption:

Chefarchitekt Johannes Haueisen,
Architekt BdA/DDR

Architektonische Bearbeitung:

Leitarchitekt Wolfgang Seifert,
Architekt BdA/DDR

Mitarbeiter (Fachrichtung Entwurf):

Architekt BdA/DDR Hubertus Firlej
Leitarchitekt Wolfgang List, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Arch. Michael Lotzmann, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Roland Falck
Architekt Gottfried Wild

Freiraumgestaltung:

Prof. Dr.-Ing. Harald Linke, Dresden

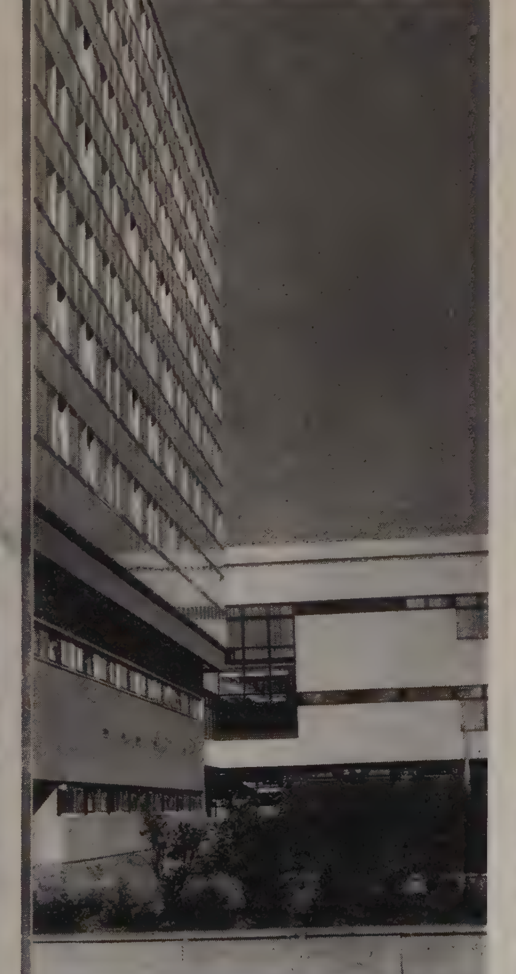
Innenraumgestaltung:

VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Rostock

Hauptauftragnehmer Bau:
BMB 17 Ronneburg

7

8



3
Modellaufnahme des gesamten Ferienkomplexes

4
Normalgeschoß Bettenhaus 1 : 600

5
Erdgeschoß Bettenhaus 1 : 600

6
Aufnahme vom Bauzustand des Bettenhauses

7
Durchblick vom Bettenhaus auf den Gaststättenkomplex

8
Blick auf das Bettenhaus

9
Milchbar

9



Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, den Komplex durch Errichtung eines Meerwasser-Hallenbades zu komplettieren.

Städtebau, Ver- und Entsorgung

Der Standort liegt im nordwestlichen Teil des Ostseebades Zinnowitz in unmittelbarer Strandnähe. Die fußläufige Erschließung erfolgt über die Promenade und ist vom PKW- und Güterverkehr getrennt.
Das dreigeschossige terrassierte Gaststättengebäude ist Bindeglied zwischen der vorhandenen Bausubstanz und dem vielgeschossigen Bettenhaus.
Anlagen des ruhenden Verkehrs wurden in angemessener Entfernung zur vorhandenen Siedlungsstruktur und dem Ferienkomplex in der Waldrandzone angelegt.
Die technischen Ver- und Entsorgungsanschlüsse erfolgten an vorhandene oder erweiterte Rohrsysteme und Anlagen.

Funktion

Das Vorhaben enthält nachfolgend beschriebene Objekte

- Bettenhaus mit Untergeschoß für Anlagen der technischen Versorgung, medizinischen Betreuung, Sporteinrichtung (Kegelbahn und Gymnastikraum), Kinderspielbereich und die Zone der Anlieferung für PKW- und Güterverkehr.

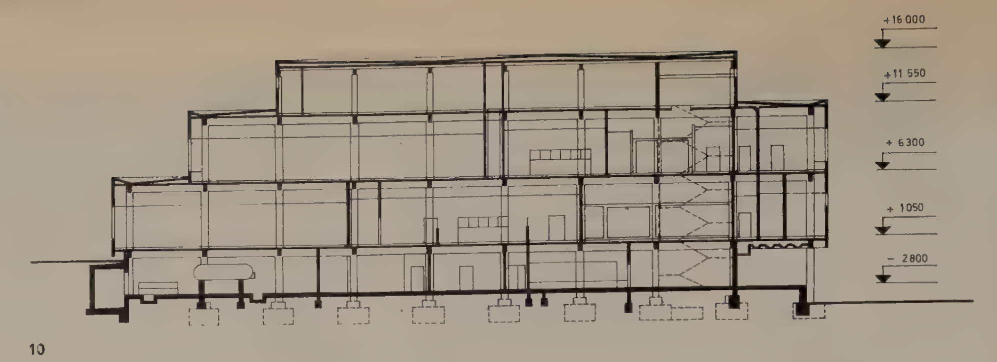
Im Erdgeschoß sind untergebracht:
Rezeption, Information, Dienstleistung, Verkaufseinrichtung, Büros der Leitung und Organisation und die Wandelhalle als Pufferzone mit direkter Anbindung zum Gaststättenkomplex. Die 6 bzw. 7 Obergeschosse enthalten die Wohn- und Schlafraumsektionen mit einer Kapazität von 950 Betten. Die Raumsektionen sind mit dezentralen sanitären Anlagen ausgestattet und bieten die Möglichkeit der Kopplung von je zwei Raumsektionen zu einer Funktionseinheit in zwei Geschossen. Diese Kombinatiosmöglichkeit wird vorwiegend für kinderreiche Familien genutzt.
Das Funktionsangebot der Vorlagerung von Loggien je Raumsektion als Erweiterung des Aufenthaltsbereiches konnte aus ökonomischen Erwägungen nicht berücksichtigt werden.

- Gaststättenkomplex

Untergeschoß:
Anlieferzone und Lager für die Vollküche, Anlagen der technischen Versorgung.
Erdgeschoß:
Foyer mit Zentralgarderobe und WC-Anlage, 4 Speiseräume, Klubräume und Vollküche
1. Obergeschoß:
Restaurant, Gesellschaftsräume – Tanz-/Milchbar kombiniert, Teilfunktionen der Küche, Lagerbereich, Sozialeinrichtungen und Büros der Beschäftigten dieses Bereiches
2. Obergeschoß:
Technische Versorgungseinrichtungen, Primär-Lüftungsanlage.

Gestaltung

Für die komplexe Gestaltung wurden außen drei Grundmaterialien verwendet:
Vorgehängte Wetterschalen aus Aluminium-Color-Lamellen am Gaststättenkomplex und Bettenhaus (im Bereich geschlossener Flächen) Aluminiumfenster oder deren Elemente, Granulatbeschichtung der Sockelzone.
Der Farbton der Wandflächen ist weiß, als Kontrast zum vorhandenen Grün der Kiefernwälder. Die Fenster sind dunkel abgesetzt. Holzpaneele, Fertigstuckdecken, Natursteinplatten bzw. Textilbeläge wurden vorwiegend im öffentlichen Bereich der Innenräume vorgesehen.



10

10
Querschnitt Gaststättenkomplex 1 : 600

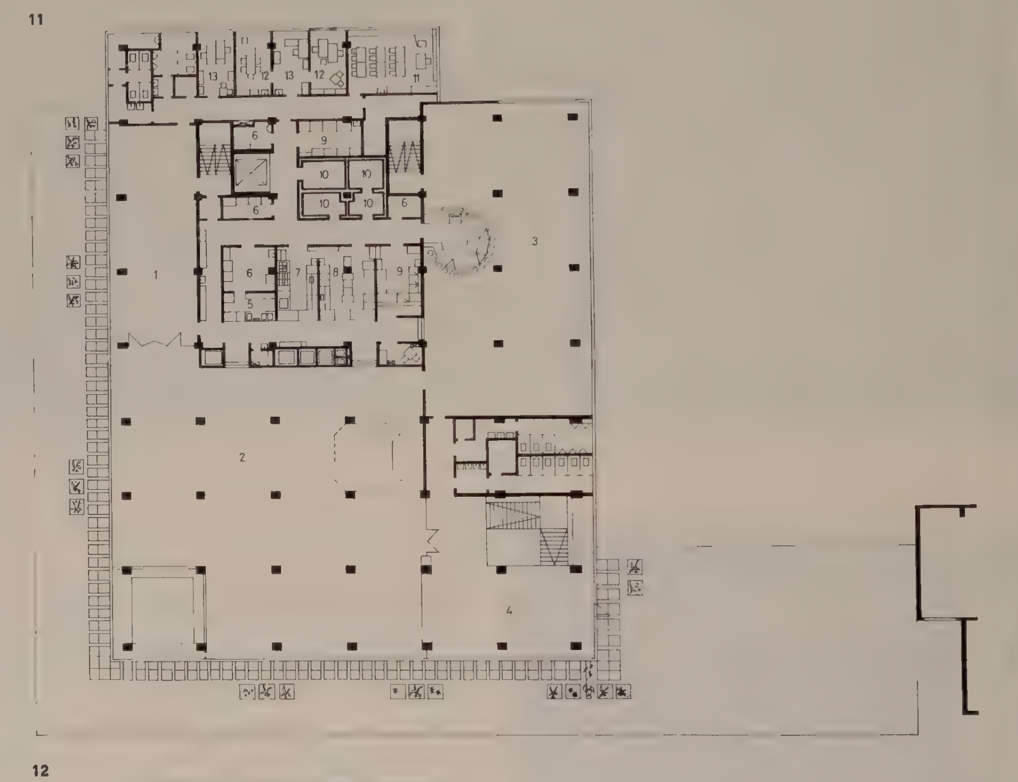
11
Obergeschoß Gaststättenkomplex 1 : 600
1 Gesellschaftsraum
2 Restaurant
3 Tanzbar
4 Foyer
5 Büfett
6 Lager
7 Warme Küche
8 Kalte Küche
9 Spüle
10 Kühlraum
11 Lehrkabinett
12 Ausbilder
13 Büro

12
Erdgeschoß Gaststättenkomplex 1 : 600
1 Zentralgarderobe
2 Foyer
3 Speisesaal
4 Klubraum
5 Ausgabe
6 Spüle
7 Warme Küche
8 Büfett
9 Lager
10 Kühlraum
11 Vorbereitung
12 Kalte Küche

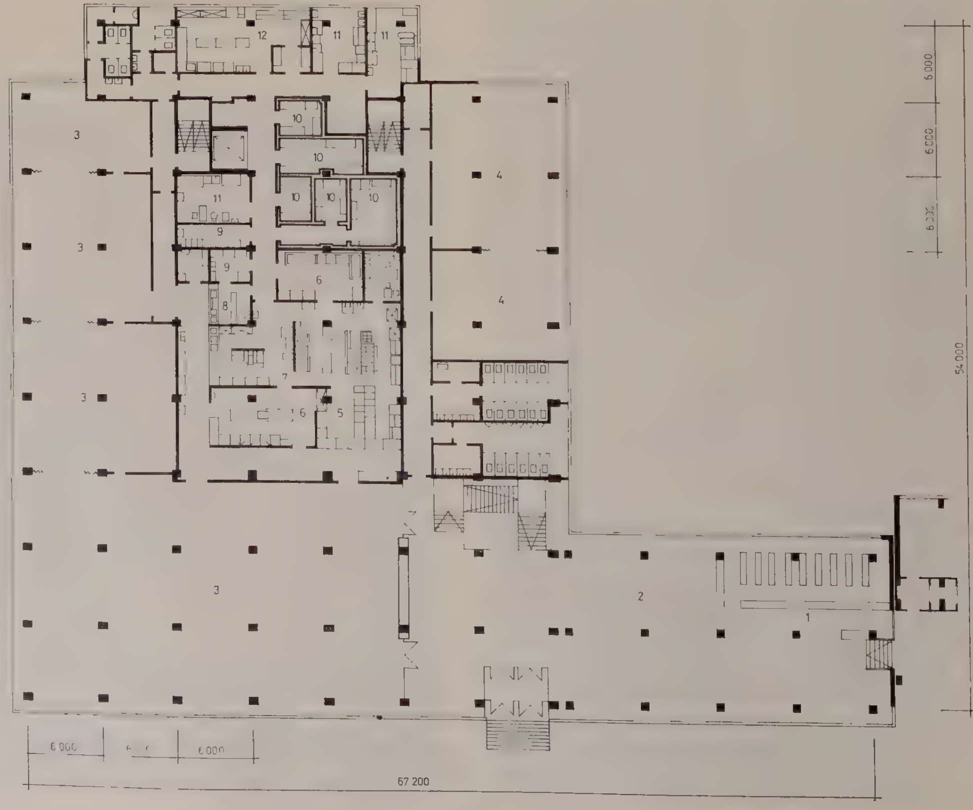
13
Restaurant

14
Speiseraum

11



12



Elemente der bildenden Kunst, der Grün- und Innenraumgestaltung sind harmonisch aufeinander abgestimmt. Bearbeitung, Abstimmung und Diskussion mit dem Auftraggeber und den Künstlern begannen bereits in einer Frühphase der Projektierung. In die Freiraumgestaltung wurde der erhaltene Baumbestand als wertvolles Gestaltungselement einbezogen. Gruppierungen und Bänder aus Findlingen heimischer Materialien ergänzen die Grünflächen. Die Grünflächen selbst wurden unter Verwendung vorgefertigter Rasenteppiche hergestellt.

Kinderspielanlagen sowie Sitzgruppen an windgeschützten Teilbereichen gehören mit zur Gesamtanlage.

Konstruktion

Für die Normalgeschosse des Bettenhauses standen Elemente der 0,8-Mp-Wandbauweise zur Verfügung.

Längsraster	3600 mm
Gebäudebreite	7000 mm + 2000 mm + 7000 mm
Geschoßhöhe	2800 mm

Im Unter- und Erdgeschoß sind die tragenden Elemente Stahlbetonrahmen.

Erdgeschoßhöhe einschließlich Installationsebene 5250 mm

Das Traggerüst des Gaststättenkomplexes besteht aus Stahlrahmen mit einem Grundraster von 6000 mm × 6000 mm

Geschoßhöhen 3850 mm und 5250 mm

Geschoßdecken in Ortbeton unter Verwendung großformatiger Schalungselemente.

Besonders hervorzuheben ist der Einsatz, die gute Zusammenarbeit und das Bemühen aller am Bau beteiligten Partner, den Nutzern eine angenehme Erholungseinrichtung zu übergeben.



13

14

1

2

FDGB-Erholungsheime „Fritz Weineck" in Oberhof und „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal

Architekt BdA/DDR Gerhardt Gabriel
Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier, Architekt BdA/DDR
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Im Auftrag des FDGB-Bundesvorstandes wurden vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle auf der Grundlage der generellen städtebaulichen Planungen für Oberhof und Oberwiesenthal sowie der Aufgabenstellung des Auftraggebers Studien und Funktionslösungen für das FDGB-Erholungsheim in Oberhof erarbeitet, die der Projektierung zugrunde gelegt wurden. Beide FDGB-Erholungsheime wurden Ende Dezember 1975 entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages fertiggestellt und wurden im Januar 1976 zur Nutzung übergeben. Das Erholungsheim „Fritz Weineck" in Oberhof wurde im Rahmen einer Interessengemeinschaft des FDGB mit den Chemiekombinaten des Bezirkes Halle errichtet. Das Erholungsheim „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal ist ebenfalls als Objekt einer Interessengemeinschaft errichtet worden. Bis Dezember 1977 fanden im FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg" bereits 40 600 Werktätige einen erholsamen und



KOMPLEMENT

HALLE

OKF 813.00

KERN

BETTENHAUS II

BETTENHAUS I

3

4



FDGB-Erholungsheim „Fritz Weineck“ in Oberhof

1
Gesamtansicht mit Haupteingangsbereich

2
Bettenhaus mit Sonnendeck

3
Lageplan 1 : 1250

4
Detail Eingangsbereich

5
Eingangshalle mit Raumteiler („Schneekristalle“: Volkhardt Precht, VBK-DDR)

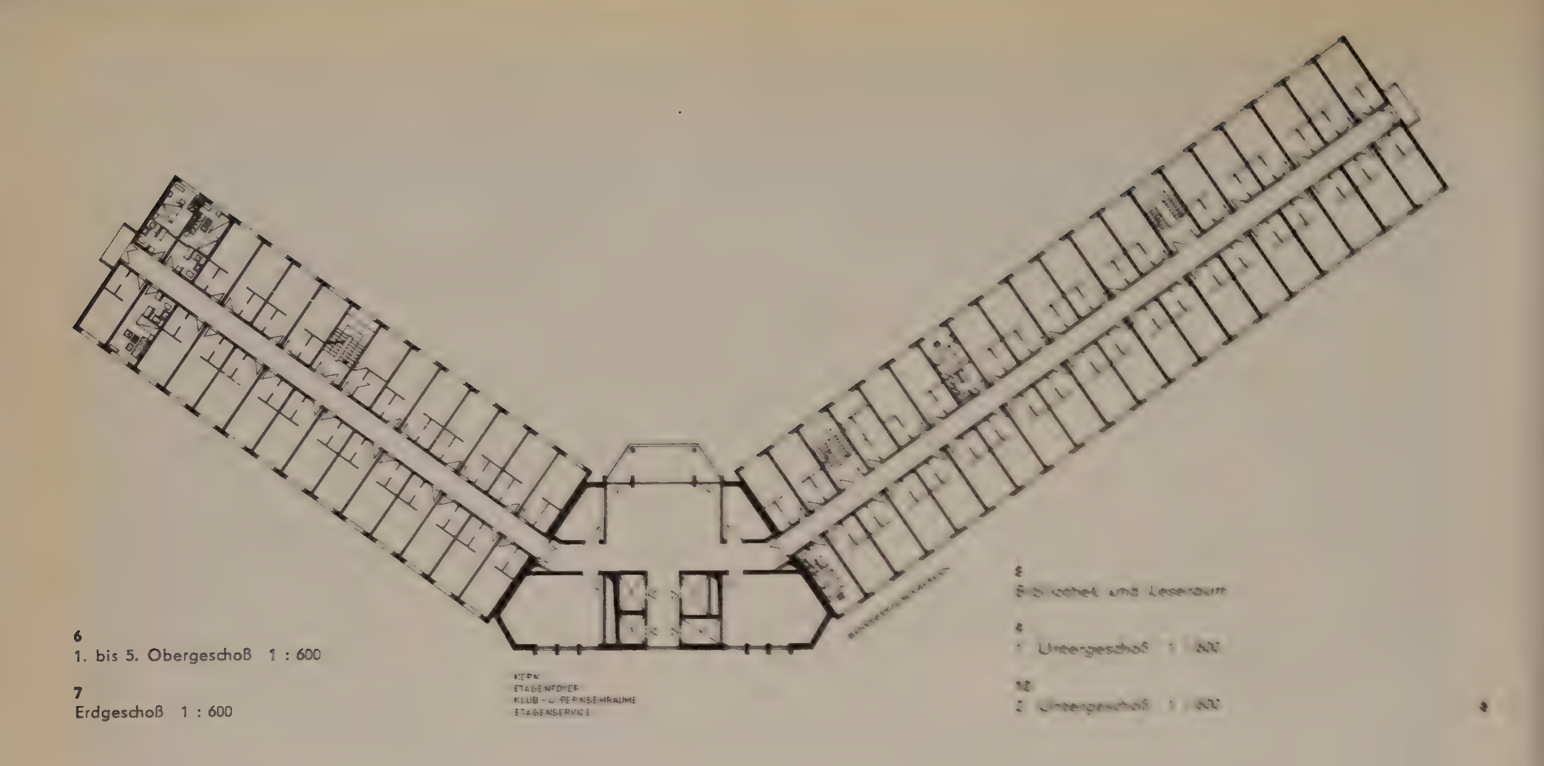
5



niveauvollen Urlaub in einer der landschaftlich schönsten Gegenden unserer Republik. Dieser Zeitraum läßt bereits eine Einschätzung der Funktionstüchtigkeit und des Gebrauchswertes zu. Die Planung für beide Erholungsheime berücksichtigte die Forderungen des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB, die steigenden Erholungsbedürfnisse der Werktätigen und ihrer Familien zu befriedigen.

Zu den wichtigsten neuen Aspekten der Planung gehören

- die Familienerholung mit mehreren Kindern, die in beiden Objekten unter anderem durch breite Variationsmöglichkeit der Nutzung der Bettenzimmer – einschließlich der Errichtung von Maisonettewohneinheiten – niveauvoll ermöglicht wird. Sie sind mit kompletten Sanitärzellen ausgestattet.
- die Schaffung von Sport- und Spielmöglichkeiten für die aktive Erholung durch die Einordnung von Räumen für Gymnastik,



6
1. bis 5. Obergeschoß 1 : 600

7
Erdgeschoß 1 : 600

8
Bibliothek und Leseraum

9
1. Untergeschoß 1 : 600

10
2. Untergeschoß 1 : 600

Tischtennis, Billard und Selbstbetätigung sowie für die Ausleihung von Wintersportgeräten in der Erdgeschoßzone der Bettenhäuser

■ die Schaffung von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen mit einem hohen Niveau der funktionellen und künstlerischen Gestaltung und Ausstattung, die eine abwechslungsreiche gastronomische Versorgung, kulturelle Betreuung und künstlerische Selbstbetätigung ermöglichen, indem vorwiegend im Komplement und im Kernbereich der Bettenhäuser ein breites Angebot an gastronomischen Einrichtungen, Klub- und Spielzimmern und Bibliotheken realisiert wurde. Zum Programm der Dienstleistungen gehören ein Kindergarten im Haus, die Arztpraxis, der Friseur und die Sauna. Jedem Urlauber wird ein Platz in den gesellschaftlichen Bereichen außerhalb seines Bettenzimmers im Hause garantiert.

■ die Realisierung der Objekte in wirtschaftlicher Größe, hoher Qualität, kurzer Bauzeit und mit geringen Kosten. Ein wesentlicher Faktor zur Erfüllung dieser Forderungen ist

die Anwendung von Montagebauweisen, die im Territorium vorhanden sind.
Mit solchen Bauweisen wurden die Gebäudeteile (Bettenhäuser, der Kernbereich, die Hotelhalle und das Komplementgebäude) errichtet.
Unter Ausnutzung der Topographie sind die beiden Bettentrakte I und II V-förmig als achtgeschossige Mittelganghäuser gebaut. Das Gelenk der Bettenhäuser ist ein Kern mit vier Aufzügen. Die Hotelhalle ist dem Kern vorgelagert und bildet mit ihm den Verteiler zu allen Funktionen, die im Erdgeschoß der Bettenhäuser sowie im dreigeschossigen Komplement vorhanden sind.

Städtebaulich-architektonische Gestaltung

Die Standorte für beide Erholungsheime waren in der Generalbebauungsplanung der Kurorte vorgesehen. Sie sind in beiden Fällen durch eine ausgeprägte Hanglage und außerordentliche architektonische Repräsentanz und Fernwirkung charakterisiert. Auf Grund der Hanglage wurde eine differenzierte Baumassengruppierung entwickelt, die auch den einzelnen Funktionsbausteinen des Gesamtobjektes entspricht.
Am Standort Oberhof, der einerseits einen starken Bezug zur Landschaft und zur Zentrumsbildung und andererseits zur Architektur der umgebenden Bebauung erforderte, wurden ortstypische Gestaltungselemente, wie zum Beispiel Satteldach, Holzverkleidungen, Natursteinverblendungen und Farbgestaltungen, gewählt. Am Standort Oberwiesenthal war eine Flachdachlösung der Bettenhäuser zur gestalterischen Bezugnahme auf die bereits zuvor errichteten Erholungsbauten gefordert. Mit der Anordnung großflächiger Fenster in den gesellschaftlichen Funktionsbereichen wurde dem Anliegen nach guter Beziehung zwischen Innen- und Außenraum und der Einbeziehung der landschaftlichen Situation in den Erlebnisbereich der Innenräume entsprochen.
Als erstes Objekt dieser Größenordnung ist das Erholungsheim „Fritz Weineck" in Oberhof einschienig mit Elektroenergie ausgestattet. Die Heizung erfolgt durch Nachtspeicheröfen und die Warmwasserbereitung mittels Elektrodenkessel.
Für das Erholungsheim „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal wurde als Heizmedium Gas gewählt. Die Warmwasserbereitung erfolgt durch ein Gasheizhaus, das als gesonderter Baukörper außerhalb des Objektes errichtet wurde.

Konstruktive Lösung

- Das Erdgeschoß des EH „Fritz Weineck" wurde in einer Stützen-Riegel-Konstruktion (5-Mp-Bauweise) errichtet. Die sechs Obergeschosse wurden mit Wohnbauelementen des Typs P2 (5-Mp-Bauweise) montiert.
- Das Erdgeschoß des EH „Am Fichtelberg" wurde in einer Stützen-Riegel-Konstruktion (5-Mp-Bauweise) errichtet. Die sieben Obergeschosse entstanden in einer 2-Mp-Wandbauweise (Gesellschaftsbau des Bezirkes Karl-Marx-Stadt).
- Kernbereich beider Objekte: Das Untergeschoß entstand monolithisch in Stahlbeton. Die neun Obergeschosse wurden in Gleitbauweise ausgeführt.
- Empfangshalle für beide Objekte und Komplement: Diese Bereiche wurden in einer Stahlbetonskelett-Montagebauweise mit einer monolithischen Stahldachkonstruktion montiert.

Funktionelle Lösung

- Bettenhäuser des Erholungsheimes „Fritz Weineck"

Die Bettenhäuser haben ein Achsmaß von 3000 mm. Im Erdgeschoß ist eine Vielzahl



8

9

10



11





12

Autoren

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Gerhardt Gabriel
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Generalprojektant für das FDGB-Erholungsheim „Fritz Weineck", Oberhof und Hauptprojektant für das FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg", Oberwiesenthal

Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Direktor

Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier, Architekt BdA/DDR, Bezirksarchitekt

Architekten

Architekt BdA/DDR Gerhardt Gabriel
Dipl.-Ing. Uwe-Osmar Grimm, Architekt BdA/DDR, stellvertretender Direktor
Architekt BdA/DDR Ludwig Brambach
Architekt BdA/DDR Christine Gabriel
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Generalprojektant für das FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg", Oberwiesenthal

VEB Bau- und Montagekombinat Süd
Kombinatsbetrieb Industriebauprojektierung
Karl-Marx-Stadt

Direktor

Oberingenieur Johannes Auerswald, KDT

Chefarchitekt

Karl Müller, Architekt BdA/DDR

Chefstatiker

Dipl.-Ing. Hellmut Wendrock, KDT

Projektanten für das Erholungsheim „Fritz Weineck" in Oberhof (Bettenhäuser I und II, Komplementtrakt und Hotelhalle)

Ingenieur Hasso Pahl, Leiter der Projektierung
Architekt Hans Jacobi, Gruppenleiter Entwurf
Dipl.-Ing. Jürgen Brückner, Architekt BdA/DDR
Ingenieur Hans-Georg Friedrich, Statik
Ingenieur Hans Hauck, Bauwirtschaft
VE Kreisbaubetrieb Quedlinburg,
Bereich Projektierung

Kernbereich:

Architekt BdA/DDR Gerhardt Gabriel
Dipl.-Ing. Uwe-Osmar Grimm, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Christine Gabriel
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Bauaufsicht

Staatliche Bauaufsicht des Rates
des Bezirkes Halle

Innenausbau

Innenarchitekt Lotte Mink, Architekt BdA/DDR
VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen

Küchentechnologie

Chefingenieur Helmut Wetschel
VEB Handelstechnische Anlagen Erfurt

Kältetechnisches Projekt

Spezialprojektant Ernst Szurpit
VEB Kühlanlagenbau Dresden

Sanitärtechnik

Oberingenieur Walter Knobloch, KDT
Oberingenieur Wolfgang Lindecke, KDT
VEB Technische Gebäudeausrüstung
„Michael Niederkirchner", Berlin

Elektroheizungs- und Elektroprojekt

Elektroingenieur Bernd Riede, KDT,
Außenstellenleiter
Elektroingenieur Eckhard Bergmann, KDT
VEB Kombinat TGA-Institut, Außenstelle Weißenfels

Lüftung

Dipl.-Ing. Werner Großklaus, KDT
VEB Lufttechnische Anlagen Dresden,
Außenstelle Karl-Marx-Stadt

Schwachstromtechnik

VEB Fernmeldeanlagenbau Leipzig,
Betriebsteil Erfurt

Freiflächengestaltung

Gartenarchitekt Kurt Brandenburger,
Architekt BdA/DDR
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Generalauftragnehmer

VEB Hauptauftraggeber Suhl

Hauptauftraggeber Bau

VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt,
Betriebsteil Zella-Mehlis

Hauptauftragnehmer Ausstattung

VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen

Hauptauftragnehmer Ausrüstung

VEB Technische Gebäudeausrüstung Karl-Marx-Stadt

Küchentechnologische Ausrüstungen

Ascobloc Dresden

Aufzüge

SBS Dresden (Personenaufzüge)
VEB Aufzugsbau Mylau (Vogtl.) (Lastenaufzüge)

Projektanten für das Erholungsheim „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal Bettenhäuser I und II

Architekt BdA/DDR Wolfgang Sehm
Dipl.-Ing. Karl Windisch, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Christian Weise, Statik
Bauingenieur Helmut Busch
VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt,
Kombinatsbetrieb Projektierung

Hotelhalle und Komplementtrakt

Ingenieur Hasso Pahl, Leiter der Projektierung
Architekt Hans Jacobi, Gruppenleiter Entwurf
Ingenieur Hans-Georg Friedrich, Statik
Ingenieur Hans Hauck, Bauwirtschaft

Kernbereich

Architekt BdA/DDR Gerhardt Gabriel
Dipl.-Ing. Uwe-Osmar Grimm, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Christine Gabriel
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Bauaufsicht

Staatliche Bauaufsicht des Rates
des Bezirkes Halle

Innenausbau

Innenarchitekt Lotte Mink, Architekt BdA/DDR
VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen

Küchentechnologie

Chefingenieur Helmut Wetschel
VEB Handelstechnische Anlagen Erfurt

Kältetechnisches Projekt

Spezialprojektant Ernst Szurpit
VEB Kühlanlagenbau Dresden

Sanitärtechnik

Oberingenieur Walter Knobloch, KDT
Oberingenieur Wolfgang Lindecke, KDT
VEB Technische Gebäudeausrüstung
„Michael Niederkirchner" Berlin

Lüftungstechnik

Ingenieur Jürgen Wendler
VEB Technische Gebäudeausrüstung
„Michael Niederkirchner" Berlin

Heizungstechnik

Dipl.-Ing. Siegfried Rößger, KDT
VEB Bau- und Montagekombinat Süd,
Kombinatsbetrieb
Industrieprojektierung Karl-Marx-Stadt

Elektroprojekt

Elektroingenieur Bernd Riede, KDT,
Außenstellenleiter
Elektroingenieur Eckhard Bergmann, KDT
VEB Kombinat TGA-Institut, Außenstelle Weißenfels

Schwachstromtechnik

VEB Fernmeldeanlagenbau Leipzig,
Betriebsteil Erfurt

Freiflächengestaltung

Gartenarchitekt Günter Helbig, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt

Generalauftragnehmer

FDGB-Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt,
Investbauleitung Oberwiesenthal

Hauptauftragnehmer Bau

VEB Bau- und Montagekombinat Süd,
Produktionsbereich Marienberg
Hauptauftragnehmer Ausstattung
VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen

Hauptauftragnehmer Ausrüstung

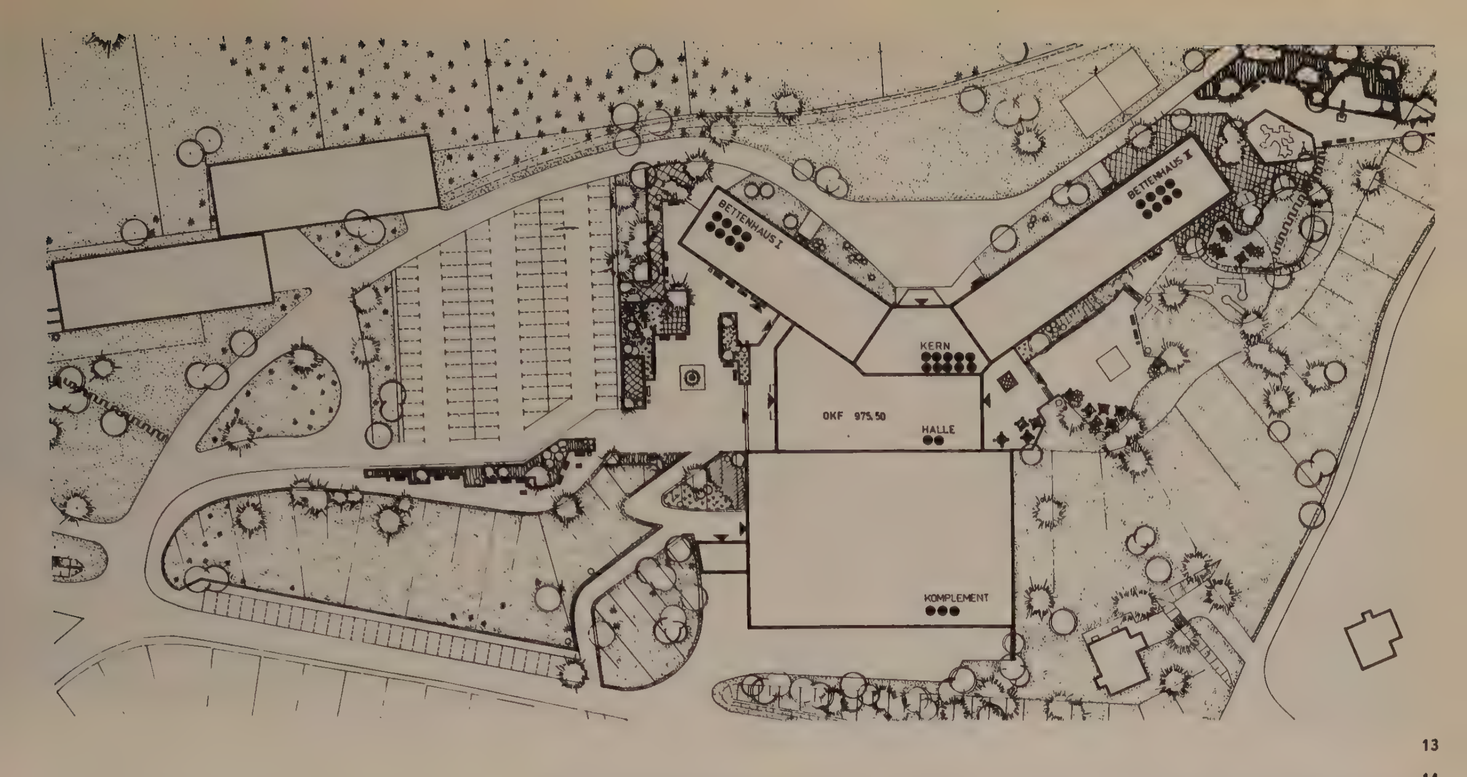
VEB Technische Gebäudeausrüstung, Karl-Marx-Stadt

Küchentechnologische Ausrüstungen

Ascobloc Dresden

Aufzüge

SBS Dresden (Personenaufzüge)
VEB Aufzugsbau Mylau (Vogtl.) (Lastenaufzüge)



13

14

von Dienstleistungseinrichtungen und Sporträumen enthalten. Als Beherbergungsbereich dienen die sieben Obergeschosse. Im sechsten und siebenten Obergeschoß wurden unter Ausnutzung des Steildaches Maisonette-Appartements für große Familien ausgebildet.

Sieben Zimmervarianten bieten eine optimale Belegung (vgl. auch Architektur der DDR, 2/77).

Im fünften Obergeschoß sind Appartements angeordnet, wobei jeweils zwei Einheiten mit einer Verbindungstür versehen wurden. Die Naßzellen beinhalten: Dusche, Waschbecken und WC.

Unter optimaler Raumausnutzung sind im Vorraum Einbauschränke angeordnet.

11
Alchimistenkeller

12
Blick auf den Kaminbereich im Alchimistenkeller (Entwurf und Ausführung: Hans Rothe, VBK-DDR)

FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal

13
Lageplan 1 : 1500

14
Blick von der Schwebebahn zum Erholungsheim

15
Haupteingangsbereich

15



16

▪ Bettenhäuser des Erholungsheimes „Am Fichtelberg"

Das Achsmaß beträgt ebenfalls 3000 mm. Im Erdgeschoß sind Dienstleistungs- und Sporteinrichtungen sowie eine Sauna untergebracht.

Die sieben Vollgeschosse sind für den Beherbergungsbereich mit neun Zimmervarianten ausgelegt. 24 Appartements sind für große Familien (mit bis zu vier Kindern) zu nutzen.

▪ Kern



Er bildet die vertikale Verbindung zu den Bettenhäusern durch vier Personenaufzüge. Vom ersten bis sechsten Obergeschoß sind jeweils ein Etagenfoyer, ein Fernsehraum, ein Klubraum für unterschiedliche Nutzung (Musik, Sport und Spiel) sowie zwei Serviceräume nutzbar.

Im siebenten Obergeschoß befindet sich das Wäschelager. Das Erdgeschoß des Kerns ist in die Eingangshalle integriert.

▪ Eingangshalle

Als zweigeschossiger Bauteil ist sie im Erdgeschoß der zentrale Bereich, von dem aus alle Funktionseinheiten zu erreichen sind. Ihre Größe wurde so gewählt, daß sie allen Anforderungen einer modernen Erholungseinrichtung gerecht wird.

Ein Raumteiler gliedert die Halle in einen Verkehrsbereich mit Rezeption, Empfang, Service, Information und Telefon, der Verbindung zum ersten Untergeschoß hat und in einer Ruhezone mit der Hallenbar. Dieser Bereich dient zugleich als Stauraum zum Speisesaal im Komplement. Im ersten Untergeschoß sind Technikerräume angeordnet.

▪ Komplement

Der dreigeschossige Baukörper ist im Erdgeschoß an die Eingangshalle angebunden. Ein Speisesaal, der für drei Durchgänge genutzt werden kann, und ein Restaurant sind die wichtigsten Funktionsbereiche im Erdgeschoß. Diese sind durch ein zentrales Office an den innenliegenden Küchenkomplex angebunden. Der Leseraum dient bei der Anreise als Empfangsraum.

Im ersten Untergeschoß ist eine Reihe von gastronomischen Spezialeinrichtungen vorhanden. Des weiteren sind hier der Personalspeiseraum und sämtliche Wasch- und Umkleideräume für das Personal angeordnet.

Im zweiten Untergeschoß befinden sich die Warenannahme, Lagerräume, Kühlräume, das Biertanklager und die Technikerräume.

Ausstattung und künstlerische Gestaltung

Mit dem Beginn der Projektierung wurde in Zusammenarbeit von Architekten, Innenarchitekten, Künstlern und Auftraggebern für jedes Objekt die Konzeption für die künstlerische Gestaltung erarbeitet. Der Bedeutung der größten Erholungsobjekte in den bekannten Wintersportorten Oberhof und Oberwiesenthal entsprechend, wurde der Synthese von Architektur, Ausstattung und bildender Kunst besonderer Wert beigemessen. Namhafte Künstler aus den Bezirken Halle, Karl-Marx-Stadt, Suhl und Leipzig schufen Kunstwerke in vielfältigen Tech-

17



18





19



20

Kapazitäten

FDGB-Erholungsheim Oberhof

Betten:	634	
Tagesliegen:	216	
Kinderbetten:	54	
insgesamt:	904	
Speisesaal:		354 Plätze
Restaurant:		168 Plätze
Klubraum (Café)		90 Plätze
Alchimistenkeller:		98 Plätze
Bar:		10 Plätze
Kaminbaude:		44 Plätze
Hotelhalle:		55 Plätze
Hallenbar:		12 Plätze
Leseraum:		52 Plätze
Personalspeiseraum:		104 Plätze
Etagenklubraum (Kern) je Geschoß:		36 Plätze
Etagenfoyer je Geschoß:		20 Plätze
Kindergarten:		30 Plätze
Friseur:		5 Plätze

Arztbereich, Sporträume/Gymnastikräume, Wintersportgeräteausleihe

FDGB-Erholungsheim Oberwiesenthal

Betten:	770	
Aufbettungen:	33	
Tagesliegen:	254	
Kinderbetten:	73	
insgesamt:	1130	
Speisesaal:		448 Plätze
Restaurant:		151 Plätze
Tagescafé		110 Plätze
Knappensaal:		88 Plätze
Bar:		13 Plätze
Steigerstube:		44 Plätze
Eingangshalle:		80 Plätze
Hallenbar:		15 Plätze
Leseraum:		72 Plätze
Personalspeiseraum:		104 Plätze
Etagenklubräume (Kern) je Geschoß:		44 Plätze
Etagenfoyer je Geschoß:		18 Plätze
Kindergarten:		30 Plätze
Friseur:		5 Plätze

Arztbereich, Sporträume/Gymnastikräume, Wintersportgeräteausleihe, Sauna

16
Gesamtansicht

17
Gleitprozeß und Montage für Halle und Bettenhäuser

18
Montage der Stahlbetonskelettkonstruktion für den Komplementbau

19
Restaurant. Wandbild „Freizeit – Sport – Erholung" (Carl-Heinz Westenburger, VBK-DDR)

20
Steigerstube

21
Speisesaal. Wandbild „Der Wald" (Carl-Heinz Westenburger, VBK-DDR)

niken. Wandbilder aus Emaille, in Malerei, Spritztechnik, Fliesenmalerei, Sprelacart-Lackmalerei, Plastiken, Kamine, Wandgestaltungen mit Grubenholz, Lampengestaltung und Raumteiler aus Edelstahl und Glas bieten ein Erlebnis an Kunstwerken und unterstreichen den Charakter dieser Erholungsbauten.

Technische Anlagen (Erholungsheim „Fritz Weineck" Oberhof)

Die wichtigsten technischen Bereiche sind in den Funktionsbausteinen Komplement und Halle angeordnet. Diese umfangreichen Anlagen sind für den Urlauber nicht sichtbar. Es gibt Zentralen für Heizung, Lüftung, Warmwasserbereitung und kältetechnische Anlagen.

Der Wärmebedarf in den Bettenhäusern wird durch Nachtstromspeicherheizgeräte gedeckt. Die Sanitärzellen sind an die zentrale Abluftanlage, die sich im achten Obergeschoß des Kerns befindet, angeschlossen (je Sanitärzelle 50 m^3/h). Die Zuluft wird über die Gänge und die Etagenfoyers aus den Klubräumen im Kern geführt. In den gastronomischen und gesellschaftlichen Bereichen ist die Grundwärme von rund 10 °C durch Nachtstromspeicherheizgeräte gedeckt. Die erforderliche Raumwärme wird durch Warmluftzufuhr über die Lüftungsanlagen durch Transmissionswärme erreicht.

Die gastronomischen und gesellschaftlichen Bereiche werden durch Zuluft über die untergehängten Deckenelemente und Abluft an den Raumbegrenzungsflächen klimatisiert.

Das Grundprojekt wurde in Funktionsbausteinen für das Erholungsheim „Fritz Weineck" in Oberhof erarbeitet und fand für folgende Vorhaben eine komplette oder teilweise Wiederverwendung: FDGB-Erholungsheim Oberwiesenthal, Erholungsheim des Ministeriums für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in Suhl-Ringberg und FDGB-Erholungsheim Schöneck „Auf der hohen Reuth".

21



1

FDGB-Erholungsheim „Zur Bleiche“ in Burg

Autoren des Projekts:
Dipl.-Arch. Ewald Jantke
Dipl.-Ing. Peter Kittel

Im Spreewald, einem der reizvollsten Erholungsgebiete der DDR, wurde für den FDGB das Erholungsheim „Zur Bleiche“ gebaut.
Dieses Ferienheim ist im Unterschied zu anderen Erholungsbauten, die in den letzten Jahren realisiert wurden, mit insgesamt 42 Gästebetten relativ klein und weniger kompakt, was aber den Wünschen vieler Urlauber sehr entgegenkommt.
Das Gebäude dient zugleich als Versorgungshaus für weitere geplante Bettenkapazitäten. Im Erdgeschoß befinden sich ein Speisesaal mit 70 Plätzen, eine Gaststätte mit 50 Plätzen, eine Küchenanlage als Vollküche zur Ganztagsverpflegung für maximal

2



160 Feriengäste sowie Sozialräume für das Personal.

Eine kleine Rezeption, eine Freizeithalle und Bettenzimmer für die Feriengäste sind im 1. Obergeschoß angeordnet. Weitere Bettenzimmer und eine Freizeithalle befinden sich im 2. Obergeschoß, während das 3. Obergeschoß mit Wohnräumen für das Personal ausgebaut wurde.

Das ganze Gebäude wurde in monolithischer Bauweise errichtet. Die tragenden Wände bestehen aus Mauerwerk. Die nichttragenden Innenwände sind als Holzständerwände mit Gipskartonbeplankung ausgeführt worden.

Die Decke über dem Erdgeschoß besteht aus Stahlträgern mit Stahlbetonhohldielen. Alle anderen Geschoßdecken und der Dachstuhl wurden als Holzkonstruktionen ausgeführt.

Von den Autoren wurde eine architektonische Gestaltung angestrebt, die sich gut und unaufdringlich in das Landschaftsbild des Spreewaldes einfügt. Das in dieser Gegend traditionelle Steildach, dessen große Dachflächen durch Gaupen gegliedert sind, geputzte und in einem hellen Farbton gestrichene Außenwände und die Anwendung von Holz als Gestaltungselement sollen den Charakter eines Gebäudes zur Erholung in der natürlichen Landschaft des Spreewaldes unterstreichen.

Ein solches kleines Erholungsheim kann zwar nicht als generelle Alternative zu den großen Ferienobjekten des FDGB angesehen werden, die bei dem starken Bedürfnis nach Erholungsplätzen für die Werktätigen ein wichtiges sozialpolitisches Anliegen erfüllen. Aber es kann doch eine sinnvolle Ergänzung des Angebots an Ferienplätzen darstellen.

(Nach Materialien des Architekturwettbewerbs 1977)

3



4



5



6

1
Nordfassade des Ferienheims „Zur Bleiche"

2
Eingangsseite mit Terrasse im 1. Obergeschoß

3
Treppenhalle im 1. Obergeschoß

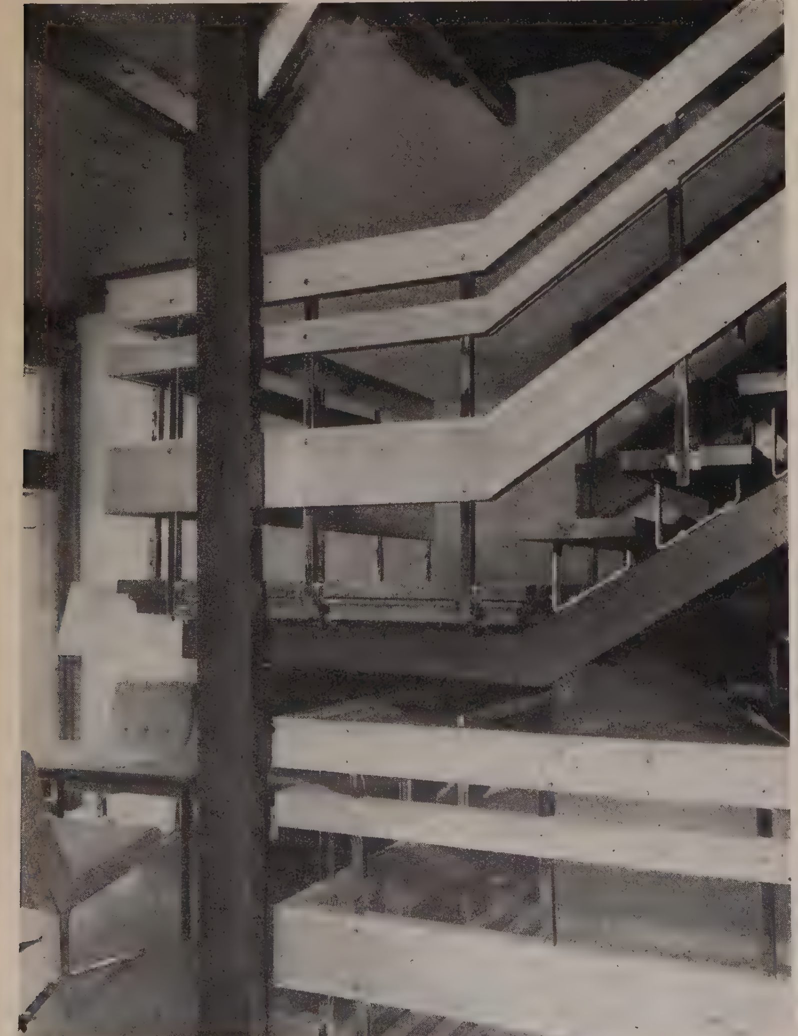
4
Grundriß 1. Obergeschoß
1 Rezeption
2 Lager
3 Bügelraum
4 Terrasse

5
Grundriß Erdgeschoß
1 Speisesaal
2 Klubraum
3 Hausanschluß
4 Lager
5 Kühlräume
6 Vorbereitung
7 Vorbereitung
8 Warenannahme
9 Lager
10 Lager
11 Lager
12 Kalte Küche
13 Warme Küche
14 Topfspüle
15 Küchenleiter
16 Lager und Kellerabgang
17 Kellneroffice
18 Spüle
19 Büfett
20 Gaststätte

6
Schnitt

7

8



7
Speisesaal

8
Detail des Treppenaufgangs

9
Speisesaaldecke (Ausschnitt)

9



1

Clubgaststätte System Berlin

Aus dem Projektangebot des
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung
Produktionsbereich Entwurf II

1
Clubgaststätte Berlin. Gesamtansicht
2
Detail der Clubgaststätte



2

Funktionelle Lösung

Ausgehend von der Funktion der Clubgaststätte und den zu berücksichtigenden städtebaulichen Faktoren wurde das Bauwerk als eingeschossiger, teilweise unterkellerter quadratischer Körper entwickelt.
Durch die Anwendung des Bausystems SK 72 Berlin ergeben sich folgende Abmessungen:

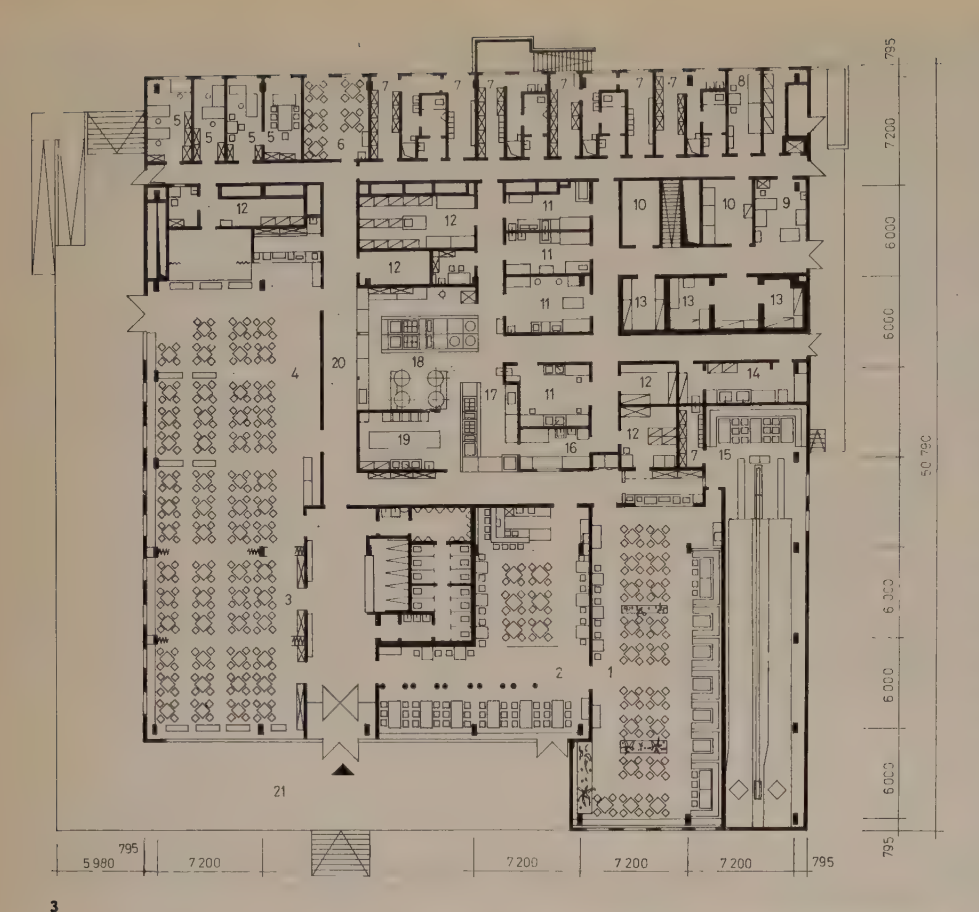
Länge:	50 970 mm
Breite:	44 790 mm
Höhe über OF Terrain:	6200 mm
Systemlänge:	49 × 200 mm
Systembreite:	43 × 200 mm
Geschoßhöhe 1. Geschoß:	3600 mm
Geschoßhöhe Kellergeschoß:	3600 mm

Die Clubgaststätte gliedert sich in folgende funktionelle Bereiche:

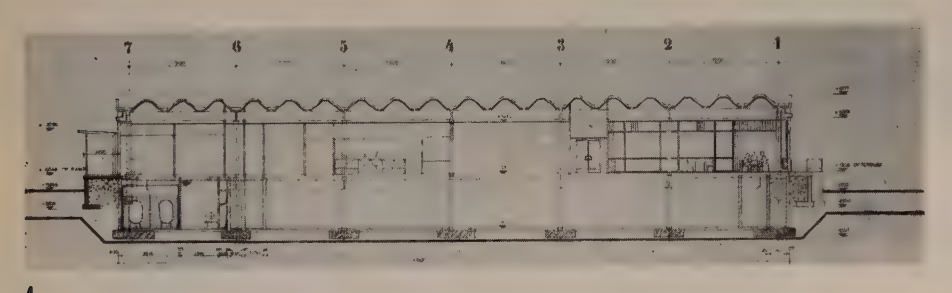
- Foyer, Garderobenbereich für 250 Personen
- Café und Trinkbar für 77 Personen
- Speiserestaurant für 123 Personen
- zweiläufige Kegelsportanlage (Bowling mit Kegelaufsetzautomatik, Bahnlänge: 24,6 m)
- Mehrzweckraum (je nach Art der Nutzung für rund 200 Plätze mit Bühnenbereich). Durch Faltwände können zwei Clubräume mit je 40 Plätzen abgeteilt werden. Für die Schulspeisung können im Mehrzweckraum 250 Plätze genutzt werden
- Im Sommer stehen auf der Außenterrasse 40 Plätze zur Verfügung
- Personaleingang/Sozialbereich
- Küchentrakt als Kombinationsküche mit 2500 Essenportionen je Tag. (1000 Portionen für die Schulspeisung im Mehrzweckraum; 1000 Essen, die in Thermophoren an Schulen im Wohngebiet geliefert werden; 500 Essen für die öffentlichen Gaststättenbereiche)
- überdachte Anlieferungsrampe mit eingehausten Müllcontainerboxen
- Sozialbereich mit Büroräumen, Umkleide-, Wasch-, Dusch- und WC-Räumen, Personalaufenthaltsraum, Frauenruheraum, Raum für Erste Hilfe
- Im Kellergeschoß: Haustechnik, Biertank und AFG-Tank sowie Weinlager.

Der Besucher erreicht den Haupteingang der Clubgaststätte über eine vorgelagerte Freitreppe und Terrasse. Dahinter befinden sich im Foyer die Zentralgarderobe, das Gäste-WC sowie die Zugänge zum Mehrzweckraum (Clubräume) und das Café. Vom Café aus führt ein Zugang zum Speiserestaurant sowie ein gesonderter Ausgang auf die Freiterrasse. Vom Speiserestaurant ist über einen gesonderten Zugang auch die Kegelbahn zu betreten. Die Ausgabe von Getränken für die Besucher der Kegelbahn erfolgt über die Durchreiche am Restaurantbüfett. Der Mehrzweckraum ist je nach Art der Nutzung in zwei kleinere Räume abteilbar, die über eigene Zugänge zum Foyer verfügen. Der Mehrzweckraum besitzt einen direkten Ausgang ins Freie. Der Einbau einer Trinkbar im Café, von Sitznischen im Restaurant, Faltwänden und Bühnenzubehör im Mehrzweckraum sowie variabler Raumteiler für sämtliche Gasträume dienen der flexiblen Nutzung der Bereiche.

- Zur Schulspeisung werden die Schüler über den Hauptzugang der Gaststätte in das Foyer (zur Ablage der Kleidung) und von dort über einen gesonderten Zugang



3



4

Autoren

Leiter des Produktionsbereichs Entwurf II
Bauing. H. Kasper

Entwurf/Projektierung:
Dipl.-Arch. W. Hoffmann, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. M. Hörner, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. J. Rohrlach, Architekt BdA/DDR

Handelstechnologie:
Dipl.-Ök. G. Eckhardt
Büro für Rationalisierung der Bezirksdirektion des VE Einzelhandels (HO) Berlin

Statik und Konstruktion:
Ingenieur M. Heuchling
Ingenieur M. Weisser

Heizungsanlage:
Ingenieur Ilona Becker

Lüftungsanlage:
Ingenieur B. Meyer

Sanitäranlage:
Ingenieur Renate Weber

Starkstromanlage:
Ingenieur O. Ulrich

Informationsanlagen:
Ingenieur M. Wandrey

Investitionsökonomie:
Ing. Arch. H. Röhricht, Architekt BdA/DDR

An der Bearbeitung des Clubgaststättenprogramms haben folgende Partner konsultativ mitgewirkt:

Magistrat von Groß-Berlin
– Abteilung Volksbildung
– Abteilung Kultur
– Abteilung Jugendfragen, Körperkultur und Sport
Bezirkshygieneinspektion Berlin
HO-Gaststättenorganisation Berlin
Konsumgenossenschaft Berlin

Kapazitäten:

Nutzfläche	2391,37 m²
Restaurantplätze	123
Caféplätze	77
Schülerspeiseplätze	250
Plätze für öffentliche Nutzung im Mehrzweckbereich	200
Terrassenplätze	40

zum Kellnergang (zum Essenempfang) geführt.

■ Die Waren und Speisethermophoren werden über eine Rampe angeliefert.
In der Warenannahme erfolgt die Warenkontrolle und Verteilung auf die Lager- und Kühlräume. Zur Speisenvorbereitung werden die Waren den Küchenvorbereitungsräumen zugeführt. Ein winklig angeordneter Kellnergang verbindet Gasträume und Ausgabebereiche der Warmen und Kalten Küche. Die Rückführung von Küchenabfällen erfolgt getrennt von der Warenannahme in einen Raum, der nur von der Rampe aus zugänglich ist. Für sonstige Abfälle wurden Containerboxen in der Anfahrtshöhe der Rampe eingebaut.

■ Im Sozialbereich befinden sich Büroräume, Umkleide-, Wasch- und Sanitärräume.
Über eine Innentreppe im Bereich der Warenannahme sind die technischen und Versorgungsbereiche zum Zweck der Wartung zu erreichen.

Gestalterische Lösung

Die Clubgaststätte ist ein freistehender rechteckiger, eingeschossiger Baukörper mit Teilunterkellerung. Ein direkter Anschluß an andere vorhandene oder geplante Gebäudeteile ist nicht vorgesehen.
Die Klarheit der Gliederung des Baukörpers wird durch die Sichtbarmachung des Tragwerkes und der VT-Faltenüberdachung als Sichtelemente bestimmt. Die vorgefertigten, geschoßhohen Außenwandelemente mit der oberflächenfertigen Struktur und der raumhohen Verglasung im Gaststättenbereich verdeutlichen die Funktion und die Zweckmäßigkeit der gewählten architektonischen Form.
Der Erdgeschoßsockel der Clubgaststätte wurde auf 1200 mm über OF Terrain angehoben, um mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet eine städtebauliche Übereinstimmung zu erreichen.
Für körperbehinderte Gäste wurde im Bereich der Freiterrasse eine befahrbare Rampe angeordnet.

Einsatz der bildenden Kunst

Die Einordnung der Clubgaststätte am Einzelstandort sowie in der Kombination mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet erfordert im Erlebnisbereich den Einsatz von Elementen der bildenden Kunst. Auswahl und Aufstellung werden unter Mitwirkung von Vertretern des VBK-DDR festgelegt.

Konstruktive Lösung

Die Wohngebietsgaststätte ist ein Skelettbau (SK Berlin 72) mit Fertigteilstützen, -riegeln und -deckenplatten sowie VT-Falten als großflächige Dachkonstruktion. Die Stabilisierung des Gebäudes erfolgt durch die in Hülsenfundamente eingespannten Stützen (Aufnahme der Horizontalkräfte).
Ausgehend von früheren Lösungen (Achse D-G) erfolgte eine entsprechende Erweiterung von Achse D nach A sowie von Achse G nach I. Zwischen den Achsen G und I ist das Gebäude unterkellert.
Die vorgesehene Systemlänge der Decken von 7200 mm mit 3000 mm hohen Wänden ließ nur die Anwendung einer Fertigteilrippendecke und damit ein 2-Riegelsystem zu.
Im nichtunterkellerten Teil wie auch im Kellerbereich kommen eingespannte Stützen der SK-Serie mit 6000 mm Systemlänge zur Anwendung.
Die Auflagerung der VT-Falten auf der Unterkonstruktion erfolgt beidseitig fest. Hohe Wandlasten und schwere Fußbodenaufbauten ließen nur die Verwendung der höchsten Laststufe der Rippendecke zu. Im Bereich der Naßräume reichte auch die Tragfähigkeit der Rippendecke nicht mehr aus; es mußten monolithische Streifen eingezogen werden.
Die 6000-mm-Riegel in Achse I und teilweise in Achse H lagern auf den Hülsenfundamenten auf.
Die Kelleraußenwände tragen ihre Lasten zwischen den Hülsenfundamenten ab. Die Wände dürfen erst hinterfüllt werden, wenn der Kellerfußboden und die Kellerdecke eingebracht sind und ihre Eignungsfestigkeit gewährleistet ist.
Im nichtunterkellerten Teil wird der Fußboden aus 200 mm starkem Beton ausgeführt, um die Wandlasten aufzunehmen. Die Stützwand bei Achse G dient gleichzeitig als Kelleraußenwand und als Auflager für die Rippendecken. Die Verfüllung hinter der Wand erfolgt erst nach Einbringen der Deckenplatten des unterkellerten Bereiches sowie des Ringankers und des Kellerfußbodens.
Die Stützwände für den Haupt- und Perso-

naleingang sind erforderlich, wenn der Unterschied zwischen OF-Fußboden und OF-Terrain rund 1200 mm beträgt.
Für den Gebäudeausbau wurden Materialien eingesetzt, die einen geringen Verschleiß haben, widerstandsfähig gegen Feuchtigkeit sind sowie geringe Pflege- und Wartungseigenschaften aufweisen.
Die Auswahl der Farben der Materialien wurde im wesentlichen durch die Gestaltung der Erlebnisbereiche in den Gaststättenräumen bestimmt.

■ Fenster und Fassadenelemente im Bereich der Betonaußenwandelemente bestehen aus vorgefertigten Stahl-Aluminium-Elementen mit Sonnenschutzverglasung im Gaststättenbereich und in den übrigen Bereichen. Die Hauptein- und -ausgänge sind mit Mehrscheibensicherheitsglas verglast.

■ Die Trennwände werden im Erdgeschoß überwiegend aus 115-mm-Mauerwerk errichtet. Zur Aussteifung von Längswänden werden in den erforderlichen Abständen Stahlprofile eingesetzt und im Fußboden verankert.
Die Wände werden bis zur untergehängten Kasettendecke hochgemauert. Wände im Bereich luftführender Kanäle werden bis in die VT-Falte luftdicht geschlossen.

■ Fußböden
Sämtliche Naßräume im Keller- und Erdgeschoß erhalten eine Sickerwasserdichtung geklebt mit Gefälle. Sämtliche Räume im nichtunterkellerten Teil wurden durch eine Klebung aus zwei Lagen DP 500 gegen aufsteigende Feuchtigkeit isoliert.
Gaststättenbereiche, Foyer, Kellnergang und Lagerräume wurden mit Betonwerksteinplatten belegt. Der Wirtschaftsbereich wird mit genoppten Fliesen ausgelegt.
Die Büroräume des Sozialbereiches erhalten einen PVC-Belag.

■ Decken
Die Decken im Kellergeschoß bilden die Unterseite der Rippendecke.
Die Decken im Erdgeschoß sind untergehängte schallabsorbierende Decken aus Metall oder wurden als Stuckkassettenelemente ausgebildet. Die Decken werden als geschlossene oder luftführende Decken ausgeführt. Für die Abhängung der Decken, Lüftungskanäle und Beleuchtungskörper sind Abhänger im Unter- und Obergurtbereich der VT-Falten verankert.



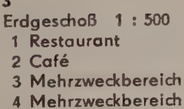
5



6

7





3
Erdgeschoß 1 : 500
1 Restaurant
2 Café
3 Mehrzweckbereich
4 Mehrzweckbereich
5 Büro
6 Personalspeiseraum
7 Umkleideraum
8 Frauenruheraum
9 Warenannahme
10 Leergut
11 Küchenvorbereitung
12 Lager
13 Kühlraum
14 Spüle
15 Kegelbahn
16 Kalte Küche
17 Küchenausgabe
18 Warme Küche
19 Geschirrspüle
20 Kellnergang
21 Terrasse

4
Schnitt CC 1 : 500

5
Blick in den Gaststättenbereich

6
Blick auf das Büfett und den Zugang der Kegelbahn

7
Teilbereich Café

1

Gaststätte „Rübezahl" in Berlin

Dipl.-Arch. Werner Hoffmann, Architekt BdA/DDR
Hochbauingenieur Jutta Grodtke
VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau
Berlin, Betrieb Projektierung

Der Beschluß des Magistrats der Hauptstadt der DDR, Berlin, über den Neuaufbau des Gaststättenkomplexes „Rübezahl" am alten Standort sah den Bau eines ganzjährig zu nutzenden Gaststättengebäudes sowie die Anlage eines Sommerrestaurants mit rund 1500 Außensitzplätzen vor.
Auf Grund des kurzfristigen Neuaufbaus war festgelegt, für das Gaststättengebäude das WV-Projekt Clubgaststätte in SK Berlin 72 anzuwenden (s. S. 353 bis 355).

Städtebauliche Einordnung

Bei der städtebaulichen Einordnung des Gaststättenkomplexes bestanden nachfolgend aufgeführte Prämissen, die zu einer guten räumlichen, landschaftsgebundenen Komplexgestaltung beitrugen:

1. Anordnung des Gaststättengebäudes (WV-Projekt) oberhalb der vorhandenen Geländeböschung zur Vermeidung einer aufwendigen Wannenkonstruktion für den unterkellerten Teil
2. Beibehaltung oder Neuanlage des direkten Wanderweges vom Müggelheimer Damm zum Anlegesteg der „Weißen Flotte" außerhalb des Objektes
3. Zur Gewährleistung des parallelen Baubeginns durften die vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen nicht überbaut werden.

Das Gaststättengebäude ist parallel zum vorhandenen befestigten Seeufer mit Lage

2



Autoren:

Bautechnischer Projektant:
VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Projektierung
Produktionsbereich Entwurf II
Leitung: Bauing. Horst Kasper

Autoren (Entwurf und Komplexgestaltung):

Gesamtleitung:
Dipl.-Arch. Werner Hoffmann, Architekt BdA/DDR

Projektleitung:
Hochbauingenieur Jutta Grodtke

Mitarbeiter Entwurf:
Bauingenieur Erwin Lehmann
Bauingenieur Marion Trotzowski

Freiflächen:
Dipl.-Ing. Hubert Matthes, Architekt BdA/DDR
Gartenbauingenieur Margot Thomas, Architekt BdA/DDR

Farbprojekt und Wandmalerei:
Prof. Werner Nerlich, VBK-DDR

Keramische Reliefs:
Diplombildhauer Fritz Ritter, VBK-DDR
Holzrelief und Raumteiler:
Diplomholzgestalter Lüder Baier, VBK-DDR

Schriftgestaltung:
Grafiker Gisela Kurkhaus-Müller, VBK-DDR

Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Michael Weißer

Kapazitäten:

Gaststättengebäude:	437 Innenplätze 150 Terrassenplätze
Terrassenrestaurant:	48 Innenplätze 1350 Terrassenplätze
Parkplatz:	Stellplätze für 120 Pkw und 12 Busse
Sportbootshafen:	3 Stege für 50 Boote

1
Südansicht. Teilansicht mit Eingangspforte

2
Lageplan
1 Gaststättengebäude
2 Versorgungstrakt
3 Sozialgebäude
4 Technikgebäude
5 Wohnhäuser

3
Blick von der Gaststättenterrasse auf das Eingangsbauwerk mit Souvenirstand

4
Blick in den Holzfällerraum

5
Jägerbar

6
Sitznischen im „Rübezahl"-Gastraum

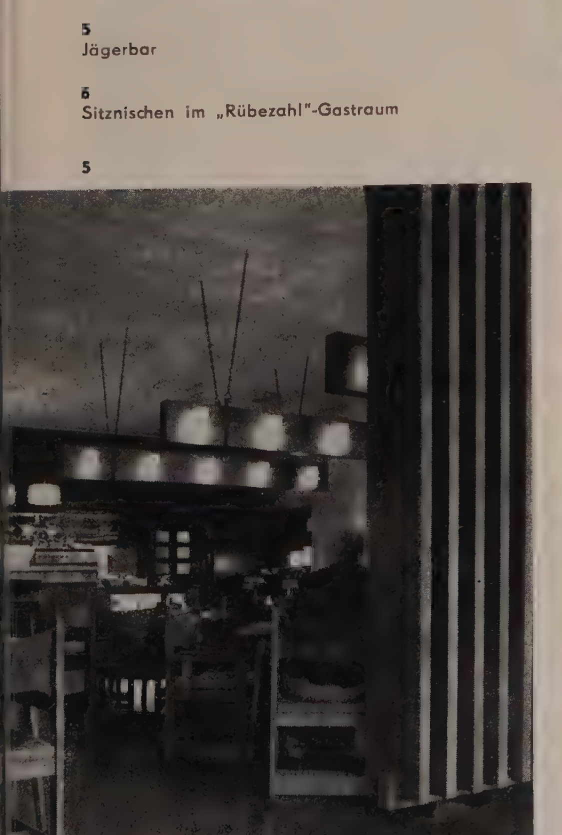


3

4



5



6



der Hauptterrasse zum Müggelsee eingeordnet. Dazu sind die Versorgungsgebäude für das Terrassenrestaurant auf der Westseite in geöffnetem Winkel zum See angelegt. Das Sozialgebäude schließt sich daran am Uferweg rechtwinklig an.

Aus funktionstechnologischen und versorgungstechnologischen Gründen wurden diese Objekte einseitig kompakt in den Komplex eingegliedert.

Im gleichen, zum See geöffneten Winkel, wird die Ostseite des Komplexes vom öffentlichen Wanderweg begrenzt, so daß die Gesamtanlage sich zum Müggelsee öffnend in das Waldgebiet organisch einfügt.

Die vorhandene Hanglage wurde genutzt, um das Terrassenrestaurant in drei Ebenen zum See hin abgestuft anzulegen. Der Uferbereich, der in sich nochmals zur Uferbefestigung hin großzügig abtreppt, bildet dazu die vierte Ebene. In diesem Bereich befindet sich der objekteigene Sportboothafen.

Die Einordnung des Technikgebäudes sowie der Wohnhäuser für Angestellte erfolgte an der damit als Wirtschaftsbereich ausgebildeten Westseite des Komplexes. Über eine Stichstraße von der Zufahrtsstraße zum Müggelheimer Damm ist dieser Bereich erschlossen.

Die Ostseite des Komplexes begrenzt ein großzügiges keilförmiges Hochbeet mit eingeschobenem Musikpavillon. Jenseits des daran anschließenden Wanderweges befindet sich ein geräumiger Abenteuerspielplatz. Der objekteigene Parkplatz wurde unmittelbar am Müggelheimer Damm angelegt, so daß der Erholungskomplex von Pkw und Bussen frei bleibt.

Funktionelle Lösung

Die Erschließung des Ausflugskomplexes für Naherholung und Tourismus erfolgt gleichrangig von der Land- und von der Wasserseite.

Zwischen Müggelheimer Damm und dem Anlegesteg der „Weißen Flotte" führt ein direkter Wanderweg am Komplex vorbei.

Der Ausflugskomplex erfüllt die Funktion der gastronomischen, kulturellen und sportlichen Betreuung der Erholungsuchenden.

Im ganzjährig genutzten Gaststättengebäude, in dem sich eine Kegelbahn befindet, erfolgt eine individuelle Bedienung der Gäste. Dazu kommen in den Sommermonaten die 150 Plätze auf der zweiseitig angeordneten Gebäudeterrasse. Die Gasträume sind auch für Betriebs-, Brigade- und Familienfeiern nutzbar.

In den Sommermonaten steht den Gästen das attraktive Terrassenrestaurant mit separaten Versorgungsgebäuden zur Verfügung. In diesem Bereich erfolgt Selbstbedienung. Unmittelbar mit der Funktion der Versorgungsgebäude verbunden, schließt sich dazu am Uferweg das Sozialgebäude mit den Gäste-WC-Anlagen für das Terrassenrestaurant an. Alle Terrassenebenen sind zur Gewährleistung einer maschinellen Abräumtechnologie durch Schrägrampen miteinander verbunden, die ebenso zum Befahren mit Kinderwagen und Krankenfahrzeugen nutzbar sind.

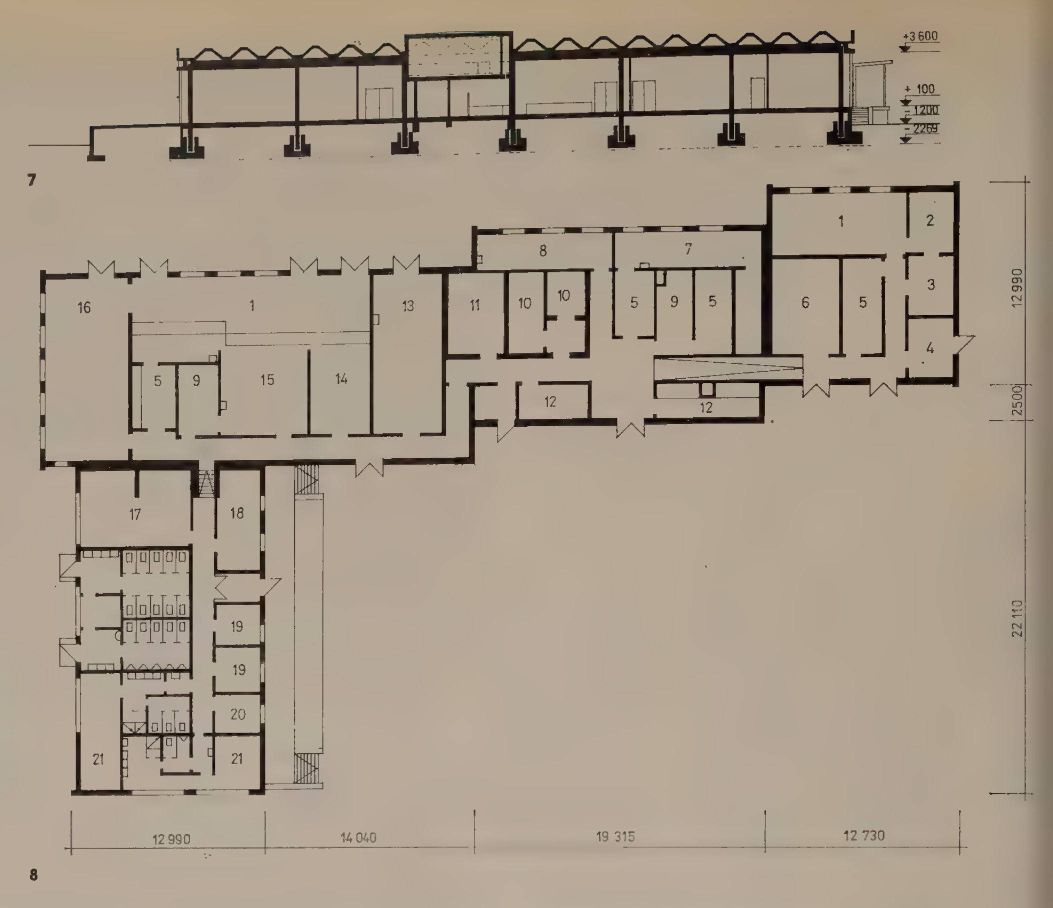
Hinter den Versorgungsgebäuden des Terrassenrestaurants und an der Westseite des Gaststättengebäudes erstreckt sich der Wirtschaftsbereich des Komplexes mit Zufahrtsstraßen für die Anlieferung sowie den Abtransport von Leergut und Müll.

Innerhalb dieser Wirtschaftszone ist der technische Gebäudekomplex angeordnet, der über dieselben Zufahrtsstraßen erschlossen ist.

Dem Kesselhaus zugeordnet, befindet sich westlich des Gebäudekomplexes die Flüssiggasanlage zur heizungstechnischen Versorgung des Gaststättenkomplexes mit separaten Zu- und Abfahrten für Tankfahrzeuge.

Nördlich dieses Wirtschaftskomplexes sind die zur Gesamtfunktion erforderlichen Wohnhäuser, als ständiger Wohnsitz des Objektleiters sowie zur Unterbringung von Angestellten der Spätschicht, eingeordnet.

Zur kulturellen Betreuung der Besucher befindet sich innerhalb der Terrassenanlage





9

7
Schnitt Gaststättengebäude 1 : 500
(Grundriß siehe auch S. 354)

8
Grundriß Versorgungstrakt und Sozialgebäude
1 : 500

1 Verkaufsraum
2 Eisküche
3 Eisspüle
4 Leergut
5 Lager
6 Warmwasserbereiter
7 Bratstand
8 Getränkestand
9 Vorräte
10 Kühlraum
11 Tanklager
12 Kältemaschinen
13 Geschirrücklauf
14 Warme Küche
15 Kalte Küche
16 Jagdschänke
17 Lüfterzentrale
18 Aufenthaltsraum
19 Büro
20 Frauenruheraum
21 Umkleideanlagen

9
Blick von der Seeseite auf die Terrassen und das Gaststättengebäude

10
Teilansicht des Versorgungstraktes für das Terrassenrestaurant

11
Blick zum Müggelsee mit Dampferanlegestelle der „Weißen Flotte".
Rechts: Musikpavillon mit Tanzterrasse

12
Blick über die Terrassenanlage zum Müggelsee

ein Musikpavillon mit vorgelagerter Tanzfläche.

Im Osten des Komplexes ist getrennt von der gastronomischen Einrichtung ein geräumiger Abenteuerspielplatz angelegt.

Der objekteigene Parkplatz und der Sportbootshafen tragen zur Gewährleistung der Gesamtfunktion bei.

Gestalterische Lösung

Die Gestaltung des Erholungskomplexes Gaststätte „Rübezahl" erfolgte traditions- und standortspezifisch. Zur Erzielung eines landschaftsgebundenen Charakters wurden für alle Gebäude und Anlagen einheitliche Gestaltungselemente und Materialien, bestehend aus Holz (natur, lackiert) und Naturstein (Schiefer) festgelegt.

Den Komplexzugang von der Landseite bildet das Eingangsbauwerk, bestehend aus Eingangspforte mit Souvenirstand. Die Stützen der Eingangspforte sowie die Dachplatten von Eingangspforte und Souvenirstand wurden holzverschalt und der Sockelbereich mit Schieferverkleidung ausgeführt. Zur Erzielung des standortspezifischen Charakters wurden die Versorgungsgebäude für das Terrassenrestaurant, das Sozialgebäude sowie das Technikgebäude als individuell gestaltete Gebäude unter Berücksichtigung der Funktion errichtet.

Das Dach der Gebäude wird durch asymmetrische Flachdachbinder gebildet. Bei dem Versorgungsgebäude für das Terrassenrestaurant wurde an der Längsfront zur Terrassenseite ein 2 m auskragender, holzverschalter Dachüberstand ausgeführt. Die Deckung erfolgte mit Glasvliesschindeln.

Die gestaffelten Giebel und ein 300 mm hoher Sockel an den Längsseiten erhielten eine Bossen-Schieferverkleidung sowie Holzverschalungen. Türen und Fensterläden sind in Massivholz ausgeführt.

Der individuelle, in Stahlbeton ausgeführte Musikpavillon wurde gleichfalls mit Holzverschalungen und Schieferverkleidung gestaltet.

Zur komplexen gestalterischen Einbeziehung des WV-Gaststättengebäudes wurde die Gebäudeterrasse erweitert und die nunmehr zweiseitige Gebäudeterrasse umlaufend mit einer aus Massivholz gestalteten Pergola versehen. Hierbei wurde ferner das Gestaltungselement Schiefer als Wandverkleidung im Foyer aufgenommen sowie eine traditions- und standortspezifische Gestaltung in den Gasträumen durchgesetzt.

Innerhalb der Terrassenanlage werden die einzelnen Ebenen durch großzügig angelegte Hochbeete begrenzt. Sämtliche Stützmauern und Beetbegrenzungsmauern tragen Schieferabdeckungen.

Die Bepflanzung mit vorwiegend immergrünen Gehölzen unterstreicht die Waldlage des Komplexes.

An drei Standorten wurden stationäre rustikale Holzbänke eingegliedert.

Innerhalb der gesamten Anlage sind attraktive dreiarmige Kugelleuchten angeordnet. Die Gestaltung des Kinderspielplatzes erfolgte mit massiven Holzkletter- und Spielgeräten.

Im gesamten Komplex wurde der Baumbestand weitestgehend erhalten und in die Gestaltung einbezogen. Darüber hinaus werden innerhalb der Terrassen noch schattenspendende Großbäume gepflanzt.

Auf der Eingangspforte zur Landseite und auf dem Gaststättengebäude zur Seeseite wurde die Leuchtwerbung – Gaststätte Rübezahl – vorgesehen.



10

11



12





1

Sportkomplex im Wohngebiet Jena-Lobeda West

Architekt BdA/DDR Michael Hauptstock
VEB Wohnungsbaukombinat Gera
Bereich Projektierung, Abteilung 5 Jena

Autoren:

Städtebauliche Lösung (Studie):

Dr.-Ing. Karin Kirsch
Dr.-Ing. Arnold Körner
Dipl.-Ing. H. Macher
Dipl.-Ing. Ernst Mauke
Büro für Architektur und Städtebau Jena

Ausführungsprojektant und Generalprojektant:

VEB Wohnungsbaukombinat Gera, Bereich Projektierung, Abteilung 5 Jena

Entwurf:

Hauptbearbeiter: Architekt BdA/DDR Michael Hauptstock
Bearbeiter: Bauingenieur Helma Fuchs, Architekt BdA/DDR Claus Heer

Konstruktion:

Hauptbearbeiter: Bauingenieur Joachim Rabovsky
Bearbeiter: Dipl.-Ing. Eduard Ternes
Bauwirtschaft: Bauingenieur Egon Heinecke †

Im Neubaugebiet Jena-Lobeda West wurde zwischen zwei polytechnischen Oberschulen ein Sportkomplex geschaffen, der neben dem obligatorischen Sportunterricht auch als gesellschaftlicher Bereich für Bevölkerung und Sportler dient und in naher Sichtbeziehung zum Wohnkomplexzentrum steht.

Ein zuvor konzipierter Kompaktbau wurde, bedingt durch seinen raumbildenden Baukörper und eine zu große Kubatur, als unrationell verworfen und durch eine durch das Büro für Städtebau Jena erarbeitete Studie mit einer aufgelösten Bauweise ersetzt.

Durch die Anordnung der einzelnen Baukörper mit der Sporthalle als Mittelpunkt seitlicher Abschirmung durch die zweiseitig verglaste Schwimmhalle sowie durch die vor den Turnhallen vorgelagerten Grünflächen wurde ein Platz geschaffen, der durch seine Absenkung gegenüber den tangierenden Verkehrsflächen der Gesamtanlage eine optische Trennung verleiht.

Eine Fußgängerverbindung wurde über den Vorplatz und die Treppenanlage im Bereich des Zwischenbaus 1 zum Sportplatzgelände und zum Saaleufer geschaffen.

Funktionelle Lösung

Die drei Hauptbaukörper mit Verbindungsbauten entsprachen der unterschiedlichen Nutzung:

- Der Schulsport erfolgt in den Turnhallen, der Sporthalle und der Schwimmhalle.
- Auch der Wohngebietssport wird außerhalb des Unterrichts in diesen Hallen abgewickelt; zusätzlich wird noch die Sauna genutzt.
- Dem Leistungssport ist vorwiegend die Sporthalle vorbehalten.
- Öffentliche Veranstaltungen finden ebenfalls in der Sporthalle statt.

Die vorgenannte Nutzung erfordert eine gemeinsame Erschließung. Dies wurde durch die realisierte Lösung erreicht, eine klare Funktionstrennung und Funktionsüberlagerungen sind möglich. Da sich in den Zwischenbauten neben den Technikräumen vorwiegend Umkleide- und Sanitärräume befinden, können diese Räumlichkeiten

1
Gesamtansicht

2
Ansichten der Sporthalle

3
Treppenanlage zur Dachterrasse am Zwischenbau 2

Die Beheizung erfolgt über die zentrale Wärmeversorgung des Wohngebietes.

Gestaltung

Die drei Hallenkörper dominieren in der Gestaltung durch großflächige Fensterbänder. Eine Stahlfensterfassade mit zwei unterschiedlichen sich entsprechend der Hallenhöhe wiederholenden Fensterbändern aus Thermoscheiben im Raster von 1,50 m lassen die Stahlstützen von außen unsichtbar. Den Abschluß der Fensterbänder bildet eine stahlblaue Attikaverkleidung aus PUR-beschichteten Elementen. Die Giebelscheiben und die unterschiedlichen Brüstungshöhen wurden mit rotbraunen Klinker-Spaltplatten verkleidet.

Die Zwischenbauten wurden mit einem hellen Edelputz versehen.

Bei der Sport- und den Turnhallen wurde innen eine 2,0 m hohe Brüstung mit Klinker-Spaltplatten angeordnet, darüber ist Putz mit wischfestem Anstrich vorgesehen.

Vor dem Hauptgebäude, der Sporthalle, ist eine Sportplastik geplant.

In den Innenräumen wurde auf eine aufwendige künstlerische Gestaltung verzichtet.

Freiflächen

Der abgesenkte Vorplatz soll verschiedenen Verwendungszwecken dienen, so unter anderem als Freizeitspielplatz, Appell- und Versammlungsplatz.

Die Hochbeete vor der Glasfassade der Schwimmhalle sind mit Sitzbänken versehen. Vor den Turnhallen ist eine Grünfläche vorgelagert, und auf der unteren Ebene wurde eine Sportfläche (Hartplatz) für Gymnastik und Leichtathletik geschaffen.

Eine Verbindung zu den benachbarten Schulen wird durch die Pausenhöfe geschaffen.

wechselweise von zwei angrenzenden Hallen genutzt werden.

Besonders wichtig ist die Funktionsüberlagerung, weil die Sporthalle tagsüber für den Schulsport, abends und am Sonntag aber für den Wohngebiets- und Leistungssport benutzt wird.

Der Eingang im Zwischenbau 2 zwischen Sport- und Schwimmhalle ist vorwiegend der Öffentlichkeit vorbehalten. Von hier aus erreicht man die Schwimmhalle, die Gaststätte sowie über eine Geschoßtreppe die Sauna. Die Dachterrasse ist als Aussichtsfläche und als Pausenfläche für die Zuschauer der Sporthallentribüne vorgesehen. Der Zwischenbau zwischen Sport- und Turnhalle enthält Technikräume, die Dachfläche einschließlich der Treppenanlage dient gleichzeitig als die bereits erwähnte Fußgängerverbindung.

Zweigeschossig ist der Verbindungsbau zwischen den vier Turnhallen. Die Umkleide- und Sanitärräume liegen so, daß jeweils zwei Turnhallen einem Geschoß zugeordnet wurden. Die Sporthalle kann bei Veranstaltungen unmittelbar von außen über die Eingangshalle (mit Garderobe und WC-Anlage) erreicht werden. Eine zweiseitige angeordnete Treppe erschließt das Tribünengeschoß mit 880 Zuschauerplätzen. Zwischen Eingangshalle und Gaststätte besteht eine Querverbindung.

Von jeder Halle kann man direkt ins Freie zu den außerhalb liegenden Sportflächen gelangen.

Konstruktive Lösung

Für die Sport- und Schwimmhalle wurde eine individuelle Hallenkonstruktion mit Stahlstützen (Abstand: 6,0 m) und einer Stabnetzfaltwerk-Dachkonstruktion verwendet. Die Turnhallen erhielten ein Pultdach mit Stahlträgern und Deckenplatten. Alle Zwischenbauten sind monolithisch hergestellt, unter Verwendung von Stahlunterzügen und Stahlstützen als Auflager für Rundlochdeckenplatten.

In den Turnhallen und der Schwimmhalle sind untergehängte Decken eingebaut, bei der Sporthalle wurde darauf verzichtet. Der Entwurf für das Schwimmbecken basiert auf einem Wiederverwendungsprojekt Typ „Anklam".

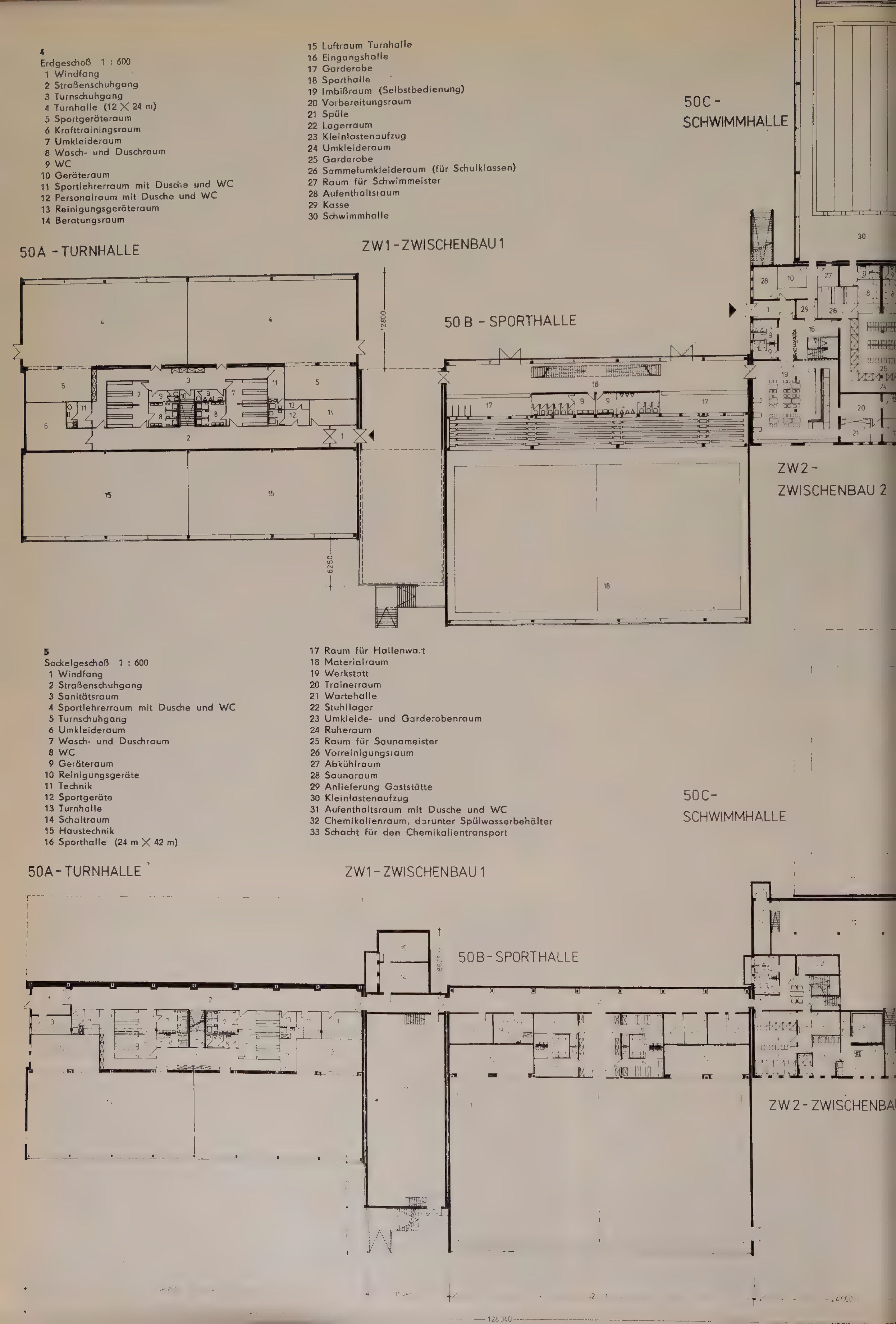
Für innenliegende Räume wurde eine Be- und Entlüftungsanlage vorgesehen.

2



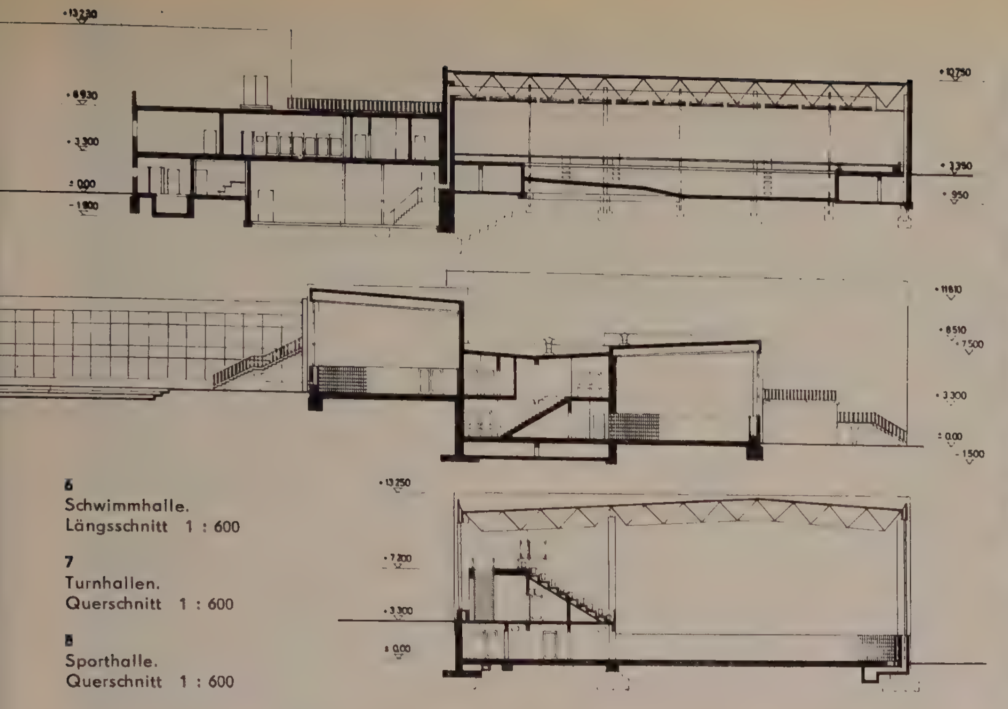
3





4
Erdgeschoß 1 : 600
1 Windfang
2 Straßenschuhgang
3 Turnschuhgang
4 Turnhalle (12 × 24 m)
5 Sportgeräteraum
6 Krafttrainingsraum
7 Umkleideraum
8 Wasch- und Duschraum
9 WC
10 Geräteraum
11 Sportlehrerraum mit Dusche und WC
12 Personalraum mit Dusche und WC
13 Reinigungsgeräteraum
14 Beratungsraum
15 Luftraum Turnhalle
16 Eingangshalle
17 Garderobe
18 Sporthalle
19 Imbißraum (Selbstbedienung)
20 Vorbereitungsraum
21 Spüle
22 Lagerraum
23 Kleinlastenaufzug
24 Umkleideraum
25 Garderobe
26 Sammelumkleideraum (für Schulklassen)
27 Raum für Schwimmeister
28 Aufenthaltsraum
29 Kasse
30 Schwimmhalle

5
Sockelgeschoß 1 : 600
1 Windfang
2 Straßenschuhgang
3 Sanitätsraum
4 Sportlehrerraum mit Dusche und WC
5 Turnschuhgang
6 Umkleideraum
7 Wasch- und Duschraum
8 WC
9 Geräteraum
10 Reinigungsgeräte
11 Technik
12 Sportgeräte
13 Turnhalle
14 Schaltraum
15 Haustechnik
16 Sporthalle (24 m × 42 m)
17 Raum für Hallenwart
18 Materialraum
19 Werkstatt
20 Trainerraum
21 Wartehalle
22 Stuhllager
23 Umkleide- und Garderobenraum
24 Ruheraum
25 Raum für Saunameister
26 Vorreinigungsraum
27 Abkühlraum
28 Saunaraum
29 Anlieferung Gaststätte
30 Kleinlastenaufzug
31 Aufenthaltsraum mit Dusche und WC
32 Chemikalienraum, darunter Spülwasserbehälter
33 Schacht für den Chemikalientransport



6
Schwimmhalle.
Längsschnitt 1 : 600

7
Turnhallen.
Querschnitt 1 : 600

8
Sporthalle.
Querschnitt 1 : 600



11

9



Kennziffern:

■ Turnhalle	
Sportfläche (Halle)	262 m²
Kraftsportraum	51 m²
Stellfläche für Sportgeräte	47 m²
Wasch- und Duschraum	32 Personen
Umkleideraum	64 Personen
■ Sporthalle	
Sportfläche (Halle)	991 m²
Stellfläche für Sportgeräte	106 m²
Wasch- und Duschraum	30 m²
Umkleideräume (4 Räume) je	15 m²
Zuschauertribüne	
Stehplätze	160 Plätze
Sitzplätze	720 Plätze
■ Schwimmhalle	
Schwimmbeckenfläche	312,5 m²
Wechselzellen	16
Garderobenschränke	108
Umkleideräume (2 Räume)	32 Personen
Sauna	30 Saunaplätze

9
Sporthalle. Innenansicht

10
Schwimmhalle. Innenansicht

11
Eingangshalle der Sporthalle mit Treppenaufgang zum Tribünengeschoß

10



1

Zur Verkehrslösung in Altstadtbereichen der Litauischen SSR

1
Blick auf das Wohngebiet Lazdynai in Vilnius

2
Großzügige Straßenführung im neuen Wohngebiet

3
Kommunikationsfreundliche Freibereiche im neuen Wohngebiet

4
Blick von der alten Burg auf die Stadt

Dr.-Ing. G. Paliulis, Prof. Dr. V. Sestokas,
Architekt A. Andriuskevicius
Hochschule für Ingenieur- und Bauwesen, Vilnius
Dipl.-Ing. Manfred Schiller, Berlin

Wie überall in der Sowjetunion nimmt auch in der Litauischen SSR der Wohnungsbau eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Städte ein. Im Mittelpunkt der Bautätigkeit steht die Errichtung neuer Wohngebiete, für die interessante und spezifische städtebaulich-architektonische Lösungen erarbeitet wurden, so daß jedes Wohngebiet ein eigenes unverwechselbares Gesicht erhielt.

Als gute Beispiele hierfür sind die in der litauischen Hauptstadt Vilnius errichteten Wohngebiete Shirmunai und Lazdynai zu nennen. Für die gute städtebauliche Konzeption des Wohngebietes Shirmunai erhielt das Architektenkollektiv eine Allunions-Anerkennung. Der Planungsstab des Wohngebietes Lazdynai erhielt für die vorbildliche architektonische Lösung den Leninpreis. Bemerkenswerte architektonische Lösungen wurden auch für das Wohngebiet Karoliskes in Vilnius, das Neubaugebiet Dainava in Kaunas, der zweitgrößten Stadt Litauens, und das Wohngebiet Baltija in Klaipeda erarbeitet.

Obwohl der Errichtung von Neubauwohn-

2



gebieten vorrangige Bedeutung zukommt, sind die Erhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion historisch wertvoller Altstadtbereiche mit ihren Wohn-, Arbeits- und Einkaufsstätten sowie den touristischen Sehenswürdigkeiten nicht weniger wichtig. In erster Linie sind das die kulturgeschichtlich bedeutsamen und architektonisch interessanten Ensembles in den Altstädten von Vilnius, Kaunas, Klaipeda und Trakai, die auf eine vielhundertjährige Stadtgeschichte zurückblicken und damit ein wertvolles Kunst- und bauhistorisches Kulturerbe sind. Allen diesen Städten gemeinsam ist der Besitz einer chronologisch gewachsenen Altstadt, die in ihrer natürlichen Gestaltung der Plätze und Gebäude verschiedenartige Bau-, Kunst- und Stilepochen widerspiegelt. Die Einbeziehung solcher Altstadtbereiche in das heutige Leben mit seinen zeitbezogenen Verkehrs- und Wohnerfordernissen bringt eine Reihe von Problemen mit sich. Diese ergeben sich aus der Beibehaltung ursprünglicher Bausubstanzen und Straßenführungen, die häufig modernen Städteplanungen gegenüberstehen. Diese Probleme sollen an Beispielen in einigen Städten Litauens näher erläutert und Vorstellungen zu deren Lösung dargestellt werden.



3

Die Altstadt von Vilnius stellt ein gut erhaltenes geschlossenes Bauensemble dar, dessen flächenhafte Ausdehnung rund 2,3 km² beträgt. Dieses historisch wertvolle Territorium nimmt sich zwar flächenmäßig im Vergleich zur Gesamtgröße der Stadt von etwa 300 km² bescheiden aus, doch sind hier ein Zehntel aller Kulturdenkmale Litauens anzutreffen. Das alte Vilnius besitzt ein sehr kompliziertes, vom mittelalterlichen Festungsbau geformtes Straßennetz, kleine in sich geschlossene Wohnbereiche mit geheimnisvollen Durchgängen und romantischen Höfen.

Der Altstadtbereich von Kaunas seinerseits bildet eine einzigartige mittelalterliche Festung, in der die meisten Straßen von einzelnen Gebäuden ausgehen und damit dem ganzen Wohnviertel strategischen Schutz gaben. Städtebaulich gesehen, besitzt der gesamte Altstadtbereich in Kaunas einen gotischen Grundriß, der von einem rechteckigen Straßennetz durchzogen ist. Eine ebenfalls interessante Lösung mittelalterlich geprägter Stadtstruktur weist der historische Stadtkern von Klaipeda auf. Das alte Straßennetz ist hier rasterartig, regelmäßig und sehr dicht auf den gesamten Altstadtbereich verteilt, weil jedes Gebäude mit seinen Anbauten für sich ein eigenes Wohnensemble bildet. Abschließend sind noch die Altstadtviertel von Trakai und Kedainiai zu erwähnen. Sie zeugen gleichfalls in eindrucksvoller Weise von der litauischen Baukunst vergangener Jahrhunderte und gehören deshalb zum Nationalgut dieses Volkes.

Funktionell bilden diese Altstadtbereiche auch heute noch in den Städten das „Zentrum", in dem nicht nur die kunsthistorischen und architektonischen Denkmale zu finden sind, sondern auch viele Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, städtische Verwaltungsbauten, Industriebetriebe und nicht zuletzt auch innerstädtische Wohnungen. Aus diesen Gründen ist die stadttechnische Erschließung der alten Gebäude wesentlicher Bestandteil der baulichen Altstadtrekonstruktion in allen litauischen Städten. Die Bereitstellung eines den neuen Wohngebieten entsprechenden Wohnkomforts läßt sich jedoch oft nur unter schwierigen Bedingungen realisieren, weil der Bau neuer Erschließungsnetze durch die verwinkelte Straßenführung und den teilweise schlechten Untergrund erschwert wird.

Ein neues funktionelles Element im ästhetischen Bild der Altstadtbereiche ist der Pkw auf den Straßen. Auf Grund der Verkehrserschließung der Altstadtbereiche durch das Auto verändert sich auch der ursprüngliche Charakter dieser Regionen. Der Ausbau von Straßen mit unterschiedlichen Fahrbahnbreiten sowie die Errichtung großer Parkplätze für den Besuchs- und Einkaufsverkehr bergen die Gefahr in sich, den alten Stadtkern zu zerteilen und ihn seiner historischen Attraktivität zu berauben. Außerdem erhöht sich die Zahl der Verkehrsunfälle in diesen oft unübersichtlichen Altstadtbereichen mit steigender Motorisierung zunehmend. Gleichermaßen ist die Umweltbelästigung dort durch Abgasemissionen der Kraftfahrzeuge im Ansteigen begriffen. Nicht zuletzt auch deshalb ist heute der Autoverkehr in den Straßen der Altstädte ein aktuelles Problem.

Eine Möglichkeit und eine bereits mehrfach praktizierte Form zur Lösung der genannten altstädtischen Verkehrsprobleme sind admi-

4





5

5
Typischer Altstadtbereich in Vilnius

6
Vorschlag für die Neugestaltung des Altstadtbereiches. Modell

7
Ausschnitt aus dem Modell

8
Vorschlag für eine großzügige Verkehrsregelung

nistrative Restriktionen, die den Fahrzeugverkehr zeitlich oder bestimmte Fahrzeuggruppen gänzlich von dem relativ kleinen historischen Altstadtkern fernhalten. Allein mit verkehrsbeschränkenden Auflagen und anderen Methoden der Verkehrsorganisation lassen sich jedoch die anstehenden Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Verkehrsdurchführung in Altstädten nicht mehr beseitigen. Um die Altstadtregionen für alle Einwohner und Besucher in ihrer historischen Attraktivität zu erhalten, ist die Verkehrserschließung dieser Bereiche unumgänglich. Damit dem, die Altstadt bedienenden Versorgungs- und Dienstleistungsverkehr ausreichend Verkehrsraum zur Verfügung steht, müssen das Straßen- und Wegenetz der Gesamtstadt rekonstruiert werden. Schließlich sind Überlegungen dahingehend zu führen, ob nicht im Kerngebiet ansässige Betriebe an die Peripherie der Stadt zu verlagern sind. Hinsichtlich der Bereitstellung von Stellflächen für den ruhenden Verkehr sind Parkplätze vorrangig für den Pkw-, Touristen- und Einkaufsverkehr am Rande der Stadtkernzone auszuwählen und einzurichten.

Die Realisierung eines solchen komplexen Programms zur Gestaltung und Modernisierung historischer Altstadtbereiche basiert auf einem, von mehreren eng miteinander verbundenen wissenschaftlichen Einrichtungen Litauens ausgearbeiteten Rekonstruktionsentwurf.

Auf der Grundlage einer solchen Ausarbeitung wurden z. B. für die litauische Hauptstadt Vilnius Rekonstruktionsprojekte für das Zentrum (Leiter des Autorenkollektivs A. Nasvytis) und den Altstadtbereich (Leiter des Autorenkollektivs A. Pilypaitis) entworfen, die dann bei der Baudurchführung wirksam werden. Ähnliche Projekte sind auch für Kaunas, Klaipeda, Kedainiai und andere Städte in Vorbereitung.

Das bereits vorliegende Rekonstruktionsprojekt für Vilnius bildet die Grundlage für ein umfangreiches Bauprogramm in der litauischen Hauptstadt, das mit einer umfassenden Straßenrekonstruktion einhergeht. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde z. B. auch ermittelt, daß wegen des insgesamt zu kleinen Straßennetzes in der Stadt Transportmehrkosten von jährlich 2,5 Millionen Rubel entstehen. Außerdem erfahren wertvolle Baudenkmale, wie die Bildergalerie (Vilniuser Dom), die Annenkirche u. a., durch Erschütterungen des schweren Autoverkehrs (Lkw, Lastzüge) Beschädigungen, weil eine Umfahrung der Altstadt nicht möglich ist. Der zudem teilweise schlechte Straßenzustand in der Altstadtzone verursacht andererseits auch häufigere Kfz-Reparaturen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß der Verkehrsablauf in den wichtigsten Altstadtbereichen der großen litauischen Städte weitgehend erforscht ist. Die sich daraus ergebenden Planungsgrundsätze für das zukünftige Straßennetz sind oder werden vorbereitet. Darüber hinaus liegen ebenfalls Untersuchungen über die Fahrwegewahl der Verkehrsströme und Fußgänger im Altstadtgebiet vor. Sie geben darüber Auskunft, zu welchem Zweck und wohin die in den Altstadtbereich gekommenen Pkws fahren, und wo sie geparkt werden. Die Forschungen zum Problem der Verkehrserschließung in Altstadtgebieten ergaben, daß eine Vielzahl der in den Altstadtbereich einfahrenden Pkws kein eigentliches Fahrziel haben, sondern diese Region lediglich durchfahren, um andere, eng mit der Altstadt verbundene und dort angrenzende Teile der Stadt zu erreichen, weil eine Umfahrung nicht möglich ist. Diese Form des vorhandenen Straßennetzes ist zugleich Bestandteil und Ergebnis einer spezifisch gestalteten architektonischen Altstadt, die sowohl von den in Litauen zeitgeschichtlich herrschenden sozialen und ökonomischen Voraussetzungen geprägt ist als auch von den zeitlich unterschiedlich wirksam gewordenen Prinzipien des Städtebaus und der dazugehörigen Baustile.

So besitzen die litauischen Altstädte mancherlei Züge feudalistischen Baustils. Als Beispiel dafür ist in Vilnius die straßenseitige Verbindung des Burgplatzes mit dem Markt und dem Dom zu nennen, die eindeutig auf die feudale Stadtstruktur zurückgeht. Die eigenartige Gebäude- und Straßenstruktur des Städtebaus im alten Litauen ergibt sich als Summe unterschiedlicher kultureller Einflußgrößen.

Das spezifische Gepräge der alten litauischen Städte wurde schließlich auch von den topographischen Gegebenheiten bestimmt. Dieses Zusammenspiel zufälliger und historisch bedingter Faktoren verleiht den Städten eine eigenartige Struktur, die es heute beim Lösen der anstehenden Verkehrs-, Bau- und territorialen Ordnungsprobleme zu beachten gilt, um die alten städtebaulich-architektonischen Bauensembles zu schützen und in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Das noch heute vorhandene Straßennetz der litauischen Altstädte entstand im wesentlichen im 14. und 15. Jahrhundert. Der historische Kern der Altstadtbereiche von Vilnius und Kaunas umfaßt etwa einen Bereich bis zu zwei km im Durchmesser. Die Grundstruktur dieser Städte veränderte sich über lange Zeit nicht. Außerdem behinderten die Verteidigungsgrenzen der Städte die bauliche Weiterentwicklung. Das hatte jedoch den Vorteil, daß alle zum städtischen Leben notwendigen Einrichtungen wie Läden und Werkstätten für die Fußgänger bequem und örtlich konzentriert erreichbar waren. Damit entwickelten sich Altstadtbereiche von selbst zu Fußgängerzonen, deren Funktionsfähigkeit jedoch heute durch den motorisierten Durchgangsverkehr behindert und teilweise sogar verhindert wird. Beständigtes Element in der Entwicklung der litauischen Altstädte sind die Straßen, deren Anlage und Verlauf in erster Linie vom Handel bestimmt wurde. Als strukturelle und funktionelle Hauptverkehrsachsen bildeten sich dabei die Wege und Straßen heraus, die in die nächste Stadt oder ins nächste Dorf führten. Die im Rahmen der Ausarbeitung von Rekonstruktionsentwürfen vorgenommenen Straßenverkehrsanalysen ergaben einen Anteil des Durchgangsverkehrs am Gesamtverkehr in der Altstadtzone von Vilnius von 65 Prozent und in Kaunas sogar von 70 Prozent. Ergänzend sei hinzugefügt, daß die bereits rekonstruierten und zumeist als Einbahnstraßen ausgebauten Verkehrswege in der Altstadt von Vilnius eine Durchlaßfähigkeit von 1000 bis 1100 Pkws je Stunde besitzen, während in Kaunas die Durchlaßfähigkeit im Altstadtbereich mit 2000 Pkws je Stunde noch höher liegt. Die zum Altstadtgebiet gehörenden Wohn- und Anliegerstraßen besitzen eine 3,30 m bis 3,50 m befestigte Fahrbahn und sind mit 120 bis 200 m Länge relativ kurz. In der Regel beträgt die Gehbahnbreite 2,60 m. Sie schwankt jedoch in Abhängigkeit von der Bebauungssituation zwischen einem halben

und acht Metern. Es wurde ferner ermittelt, daß in den Verkehrsspitzenzeiten rund 5000 Fußgänger je Stunde die Altstadt von Vilnius frequentieren. Diese Analysen treffen im Prinzip auch für die Hauptstraßennetze der Altstädte von Kaunas und Klaipeda zu. Dieser Umstand führt nicht zuletzt dazu, daß die touristische Erschließung der historischen Altstadtbereiche eine das Maß der Erträglichkeit überschreitende Behinderung erfährt. So ist es in Verkehrsspitzenzeiten beinahe unmöglich, die architektonischen Denkmale zu besichtigen, die Spezifik der Altstadt zu fühlen und einen Platz zum beschaulichen Stehenbleiben zu finden.

Eine den touristischen Anforderungen annehmbare Lösung ergibt sich erst, wenn der in den litauischen Städten geplante Bau von Ringverkehrsadern um die Stadtkernbereiche abgeschlossen ist. Das Vorhandensein derartiger Umgehungsstraßen schafft dann die Möglichkeit, das ganze System des Nahverkehrs (den inneren Verkehr) in den Altstadtbereichen anders zu gestalten und neu zu organisieren. Als mögliche Formen der innerstädtischen Verkehrserschließung werden in dem von Städtebauern, Architekten und Verkehrsplanern gemeinsam für Vilnius erarbeiteten Rekonstruktionsentwurf vorgeschlagen:

- Die von der Ringstraße abzweigenden und in das historische Stadtkerngebiet leitenden Nahverkehrsstraßen sollen direkt zu den dem Touristenverkehr vorbehaltenen Parkplätzen führen
- Straßen sind auszuschildern; die als gekennzeichnete Dienstwege direkt zu den Parkplätzen der Betriebe, Institutionen und Handelseinrichtungen führen, und für deren Benutzung eine spezielle Erlaubnis erforderlich ist
- Fußgängerstraßen sind extra auszuweisen und netzartig zu einer geschlossenen Fußgängerzone zusammenzufassen, auf denen nur zum Zwecke der Versorgung und Bedienung der Geschäfte außerhalb der Verkehrsspitzenzeiten gefahren werden darf.

Die Grundlage für diese geplante Verkehrssystematik bildet in Vilnius neben der Ringstraße eine zukünftig noch zu errichtende Hauptmagistrale. Zur Erschließung der Altstadt wird der Pkw-Verkehr auf den zu Einbahnstraßen erklärten vorhandenen Straßen geführt, ohne dabei die wichtigsten Nahverkehrsstraßen zu berühren. Für die Städte Kaunas, Klaipeda und Kedainiai ist eine ähnliche Lösung der Verkehrsbedienungsprobleme vorgesehen. Es läßt sich feststellen, daß die Ringstraßen funktionell vorrangig der Aufnahme des städtischen Durchgangsverkehrs dienen, während der Touristen- und Erschließungsverkehr der Altstädte verkehrsorganisatorisch nach den vorgenannten Lösungsvorschlägen realisiert wird. Hinsichtlich der Verkehrssituation auf den Nebenstraßen der Altstadt ergaben Verkehrszählungen in Vilnius interessante Aussagen zur Verkehrsbelegung. Sie beträgt für Wohnstraßen bis 120 m Länge 90 bis 120 Pkws je Tag. Für Anliegerstraßen bis zu 190 m Länge erhöhte sich der Wert der Verkehrsbelegung auf 150 bis 170 Pkws je Tag. Werden diese Angaben auf je 100 m Straßenlänge bezogen, beträgt die Verkehrsbelegung 80 bis 85 Pkws je Tag (anders ausgedrückt 10 Pkws je Stunde) in der Verkehrsspitzenstunde. Wenngleich mit zunehmender Motorisierung auch die Verkehrsintensität ansteigt, besitzen die Wohnstraßen im Altstadtbereich auch prognostisch gesehen noch genügend Reserven in der Durchlaßfähigkeit. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die planungs-

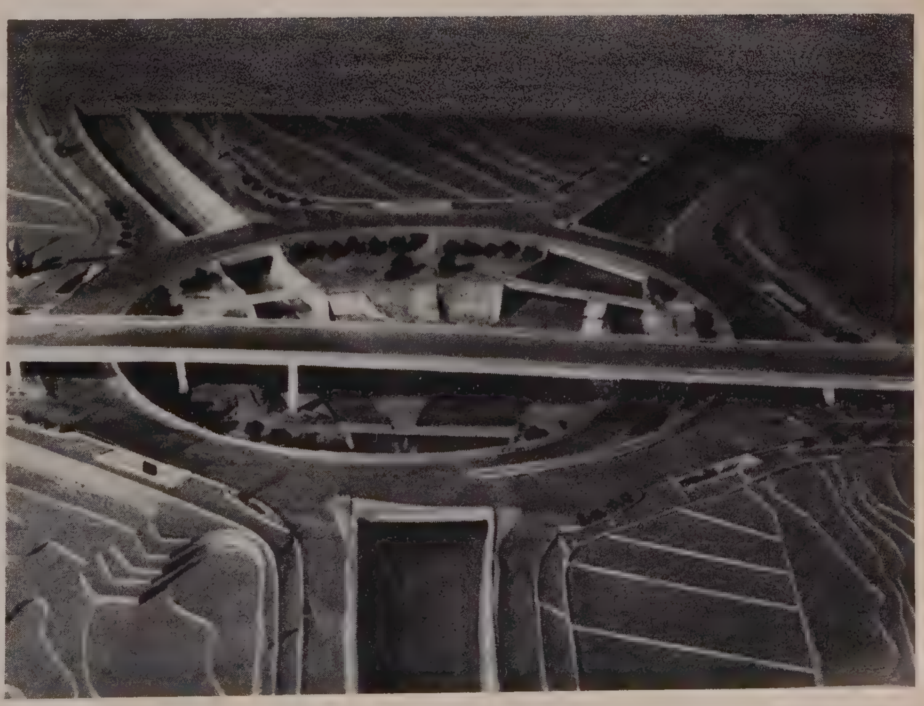


6



7

8





9 Blick auf den Altstadtbereich von Kaunas

technische Berücksichtigung und Anlage von Wendeplätzen auf Wohnstraßen, so daß diese Straßen auch für den Zweirichtungsverkehr nutzbar sind, wenn sie nicht durch den ortsfremden Durchgangsverkehr überlastet werden.

Für die Organisation des innerstädtischen Verkehrs gleichermaßen wichtig ist die Kenntnis, welches die am häufigsten genutzten Parkplätze (Zielpunkte) des Touristenverkehrs sind und wo sich die Stellplätze sowie Garagen der Anlieger befinden. Damit die für den Touristenverkehr vorgesehenen Parkplätze leicht und eindeutig erreichbar sind, wird angestrebt, daß die zu den Stellplätzen führenden Straßen nicht allzuweit von der Ringverkehrsstraße entfernt liegen. Die Einrichtung zentraler und damit größerer Parkflächen dient dem besseren Verkehrsfluß in der Altstadt und gewährleistet zudem einen zügigen Verkehrsablauf auf den Wohnstraßen. Vorteilhaft ist eine solche Parkplatzbewirtschaftung auch deshalb, weil so die vielen vorhandenen Höfe nicht zu Abstellplätzen der Pkws umfunktioniert werden, und die dort ansässigen Bewohner weitgehend von Belästigungen durch Lärm und Abgase verschont bleiben. Diese Form der Parkraumplanung ist zwar progressiv, doch ergibt sich daraus auch das Problem, unter den gegebenen Bedingungen der Altstadt einen geeigneten größeren Parkplatz flächenmäßig auszuweisen.

Die auf den Erfahrungen von Vilnius aufbauenden Grundsätze der Altstadtrekonstruktion stellen den Gedanken, daß dort vorhandene Wohn-, Arbeits- und Lebensbereiche maximale Bequemlichkeit und Funktionsfähigkeit besitzen, in den Mittelpunkt einer optimalen und sinnvollen Rekonstruktionsplanung. Das bedeutet in erster Linie, an Lösungen zu arbeiten, die den funktionellen Aufgaben des Stadtzentrums als Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Touristenzentrum gleichermaßen gerecht werden und sowohl Belange der Einwohner (Anlieger) berücksichtigen als auch den Anforderungen des Tourismus Rechnung tragen. Das gilt gerade auch für die Planung des fließenden und ruhenden Verkehrs im Altstadtgebiet, weil die Zunahme der individuellen Motorisierung das bereits schon jetzt vorhandene Stellplatzdefizit noch vergrößert. Verkehrsprognostisch werden z. B. für Vilnius und Kaunas 3000 oder 2500 Pkws angenommen, die zukünftig im Altstadtbereich beheimatet sind und einen Stellplatz erfordern. Eine Erhöhung der Stellplatzkapazität für den ruhenden Verkehr ist nur durch den Abriß historisch nicht wertvoller Gebäude möglich. Die so gewonnenen Flächen zur Schaffung neuer Parkplätze sind sowohl als unterirdische als auch als mehrgeschossige Parkhäuser auszubilden.

Gegenwärtig sind solche Projekte besonders in Vilnius, Kaunas und Klaipeda aktuell und stehen vor ihrer Realisierung. Gleichlaufend mit der Schaffung günstiger Verkehrswege und Parkplätze werden die historisch wertvollen alten Gebäude zum Teil erneuert und modernisiert, so daß die architektonischen Denkmale in den Altstädten wieder einen interessanten touristischen Anziehungspunkt bilden. Schließlich erfolgt auch die allmähliche Verlagerung der kleinen und mittleren Industriebetriebe aus der Altstadt. An ihre Stelle treten neue Läden und Kaufhäuser, die sich in ihrer äußeren Gestaltung dem historischen Gepräge der Umgebung anpassen. Im Zuge dieser Umgestaltung lassen sich in diesen Bereichen auch verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Verringerung des Pkw-Verkehrs durchsetzen. Damit wird es dann möglich, die Altstadtbereiche schrittweise in Fußgängerzonen umzuwandeln, die sowohl dem Einkaufs- und Bildungsverkehr dienen, aber auch Zonen der Ruhe und Erholung schaffen.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß die Rekonstruktion der Altstadtbereiche in den historisch wichtigsten Städten in der Litauischen SSR komplex erfolgt, indem jeweils ausgesuchte, planungsmethodisch bereits abgeschlossene Altstadtviertel umfassend analysiert, die Wohnungen renoviert und modernisiert, und die alten Gebäude intensiv restauriert werden. Nur so ist es möglich, die Altstadtzonen den Bedingungen und Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen und sie funktionsfähig zu erhalten. Aufbauend auf diesem städtebaulichen Grundprinzip und unter Berücksichtigung der im Rekonstruktionsplan festgelegten Methodik, ist der Umfang des Straßenneubaus im Bereich der Altstadt und in den angrenzenden Territorien zu erhöhen. Die bisher angewendeten Maßnahmen der Verkehrsorganisation allein, vermögen eine Zunahme der Verkehrsströme in die Altstadtzonen nicht zu verhindern.

In Zukunft werden mit Hilfe der bereits genannten Planungsrichtlinien die Altstädte in der Litauischen SSR mit ihren unschätzbaren historischen und architektonischen Denkmalen vor dem Straßenverkehr geschützt. Damit sind gute Voraussetzungen dafür geschaffen, daß unter den heutigen Bedingungen die Arbeit und die Erholung aller Einwohner und Besucher der Altstadtbereiche gewährleistet werden.

10 Blick auf den Fußgängerbereich im Stadtzentrum von Klaipeda



Initiativen des Bundes der Architekten der DDR in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR

Architekt BdA/DDR Werner Wachtel
1. Sekretär des BdA der DDR

Das Präsidium des BdA/DDR hat alle Mitglieder des Bundes und alle Architekten unserer Republik aufgerufen, die Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aktiv zu unterstützen. Mit unseren eigenen Initiativen reihen wir uns zugleich in die gesamte Wettbewerbsbewegung der Bauschaffenden „30 gute Taten der Bauleute für unsere Republik" ein.

„Verantwortungsbewußt projektieren – rationell bauen – unsere Republik schöner und wohnlicher gestalten!" –

das ist die Aufgabe, auf die der Bund der Architekten der DDR seine Aktivitäten zum 30. Jahrestag der DDR orientiert. Wie es in einem an den Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, gerichteten und von unserem Präsidenten, Prof. Dr.-Ing. Urbanski, unterzeichneten Schreiben heißt, wird der BdA der DDR dem 30. Jahrestag der DDR, diesem bedeutenden Ereignis im Leben unseres Volkes, mit Taten entgegengehen.

Unsere Aktivitäten wollen wir – ohne den Spielraum für andere Initiativen einzuengen – vor allem auf folgende wichtige Ziele richten:

- Das Wohnungsbauprogramm mit höherer Qualität und Effektivität verwirklichen
- Unsere Hauptstadt der DDR, Berlin, weiter zu gestalten
- Die Bauten der Wirtschaft rationell und mit guten Arbeitsbedingungen gestalten
- Die künftige Gestaltung der Städte und Gemeinden langfristig planen.
- Die besten Erfahrungen und neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse vermitteln

Beispielhafte architektonische Leistungen und konkrete ökonomische Ergebnisse für unsere Republik zu schaffen soll dabei unser Maßstab sein.

Aufgabe ist es jetzt, alle Organe und jedes Mitglied unseres sozialistischen Fachverbandes für diese schöne und verantwortungsvolle Aufgabe zu gewinnen und die beschlossenen Schwerpunkte in Taten zu verwandeln, die unserer Republik nutzen.

Worum geht es?
Erstens geht es um eine gute Arbeit unserer Mitglieder und Betriebsgruppen in den Baukombinaten, Büros für Städtebau sowie wissenschaftlichen Institutionen mit dem Ziel, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit konkrete Vorschläge und schöpferische Gestaltungsideen zur Verbesserung der Qualität, zur Senkung der Bau- und Nutzungskosten, zur Material- und Energieökonomie und zur Rationalisierung der Projektierungsprozesse einzubringen.

Zweitens sollten sich die Bezirks- und Kreisgruppen vor allem auf solche Wettbewerbsinitiativen konzentrieren, die helfen, wichtige Schwerpunktaufgaben für die Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie der Bezirke im Wohnungs-, Industrie- und Landwirtschaftsbau mit hohem Niveau zu lösen, das bezirkliche Angebot für den komplexen Wohnungsbau zu verbessern und die Leistungsfähigkeit der bautechnischen Projektierung zu erhöhen.

Drittens möchten wir unsere Zentralen Fachgruppen und Kommissionen aufrufen, sich Aufgaben vorzunehmen, die helfen, auf ihrem speziellen Wirkungsfeld Fortschritte anzubahnen und zu realisieren und zwar in Form von Studien, zu Themen, die im Rahmen des Planes Forschung und Technik zu lösen sind, sowie durch Mitarbeit in Konsultations- und Arbeitsgruppen.

Wir rufen alle Architekten auf, aktiv und mit eigenen Ideen in diesem Programm mitzuwirken.

Die Mitglieder des Bundes haben bereits in ihrer politisch-ideologischen und fachbezogenen Arbeit im Jahre 1977 gute Ergebnisse erzielt. Ein Höhepunkt unserer Arbeit im Jahre 1977 war der 25. Jahrestag der Gründung des Bundes der Architekten der DDR. Auf der Veranstaltung anläßlich der 25. Wiederkehr des Gründungstages des BdA/DDR in der Hauptstadt der DDR, Berlin, würdigte der Minister für Bauwesen, Genosse Wolfgang Junker, in einer Ansprache die von unserem sozialistischen Fachverband geleistete Arbeit, stellte den Architekten in der DDR weitere Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und zeichnete verdiente Mitglieder unseres Bundes mit der Medaille für hervorragende Leistungen im Bauwesen aus. An diese zentrale Veranstaltung schloß sich würdig die Bundesvorstandssitzung am 2. Dezember vorigen Jahres in Reinhardsbrunn an, auf der verdienstvolle Kollegen für ihre langjährige Tätigkeit im Bund mit der Schinkelmedaille ausgezeichnet wurden. In verschiedenen Bezirksgruppen wurden festliche Veranstaltungen aus Anlaß unseres 25jährigen Bestehens durchgeführt.

Ausgehend von den Jahresanalysen der Bezirksvorstände möchte ich über einige ausgewählte Probleme der Tätigkeit der Bezirksgruppen sowie über erreichte Ergebnisse im 2. Halbjahr 1977 berichten.

In den Analysen kam zum Ausdruck, daß in allen Bezirksgruppen die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED und des 5. Plenums des ZK der SED in Verbindung mit den Beschlüssen des 7. Bundeskongresses eine schöpferische und aktive Arbeit förderten. Im Ergebnis der Verbandsarbeit im Jahre 1977 können wir einschätzen, daß weitere Fortschritte in der politisch-ideologischen Arbeit mit den Mitgliedern erreicht wurden. Dies drückt sich unter anderem darin aus, daß unsere Mitglieder die Aufgaben im Wohnungsbau komplexer auffassen und ihre Hauptarbeit auf neue Lösungswege bzw. Verbesserungsvorschläge konzentrieren. Viele Bezirke rücken den Fragen der Monotonie zuleibe und führen den Kampf um Effektivität und Qualität auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur. In diesem Prozeß der Auseinandersetzung wurden in einer Reihe von Bezirksgruppen wie Rostock, Erfurt, Magdeburg und Cottbus gute Ergebnisse erreicht. Die Einschätzungen der Bezirke zeigen aber auch, daß viele Mitglieder unseres Bundes an die Lösung der vor dem BdA/DDR stehenden Aufgaben planmäßiger und zielstrebiger herangehen. Mit den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED wurde die Hauptrichtung für den vor uns liegenden Zeitraum zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und zur Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus bestimmt. Dabei bleibt das Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED auch weiterhin die Lösung der Wohnungsfrage in der DDR.

Als Bund der Architekten der DDR streben wir an, bei der Errichtung von Wohngebieten und bei der Rekonstruktion von Altbaugebieten eine hohe Effektivität mit einer überzeugenden städtebaulich-architektonischen und künstlerischen Gestaltung zu verbinden, die den gesellschaftlichen Lebensbedürfnissen und dem Wohlbefinden der Menschen entsprechen.

Die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse wurden Ausgangspunkt zahlreicher Initiativen der gewählten Organe unseres Fachverbandes im Jahre 1977. Gemeinsame Beratungen der Bezirksleitungen der SED mit unseren Bezirksgruppen führten zu einer hohen Qualität und Effektivität in unserer Arbeit. Eine kontinuierliche Mitwirkung des BdA/DDR in den Parteikommissionen und Arbeitsgruppen bei den Bezirksleitungen der SED und in den Räten der Bezirke ist fast überall gewährleistet. Die Bezirksgruppe Frankfurt/Oder berichtete, daß die Beschlüsse der SED-Bezirksleitung in Auswertung der 5. Tagung des ZK der SED in ihrer konkreten Arbeit eine hervorragende Rolle gespielt haben. Über die kontinuierliche Mitwirkung des Vorsitzenden der Bezirksgruppe in der beim 1. Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt/Oder der SED bestehenden Parteikommission Bauwesen wurden sehr konkrete Maßnahmen vorbereitet und umgesetzt zur Erhöhung der Qualität in der Stadtplanung, der Erzeugnisentwicklung und in der bautechnischen Projektierung. Dabei gelang es, die notwendigen Beziehungen zur Lösung der staatlichen Aufgaben in Verbindung mit unseren Betriebs- und Kreisgruppen zu verbessern. Das geschah über Problemdiskussionen, in Werkstattgesprächen, im Bezirksvorstand sowie in den Betriebsgruppen. Gleichzeitig wurden die Beziehungen zu den staatlichen Organen über konkrete Vereinbarungen im Bezirk Frankfurt/Oder vertieft.

Ausgehend von dem Arbeitsplan der Bezirksgruppe Berlin erfolgte eine Konzentration der Arbeit auf die wichtigsten Aufgaben zur Erhöhung der Qualität in Städtebau und Architektur der Hauptstadt. So wurde auf Initiative des Bezirksvorstandes eine vielfältige Arbeit zur Verbesserung der Qualität des komplexen Wohnungsbaus geleistet. Im Zuge der Projektierung des Wohngebietes Berlin-Marzahn wurden Variantenuntersuchungen durchgeführt und Lösungen zu Teilproblemen (z. B. zur Gestaltung von Eckverbindungen im 5geschossigen Wohnungsbau) entwickelt. Zur Vorbereitung der nach 1980 verstärkt einsetzenden Rekonstruktionen innerstädtischer Wohngebiete wurden von der Bezirksfach-



1. Hauptzentrum Berlin-Marzahn. Konzeptionsvariante 2 von einem Kollektiv der Bezirksgruppe des BdA/DDR

gruppe 'Wohnungs- und Gesellschaftsbau Forderungen an die Entwicklung des Ersatzwohnungsbaus erarbeitet.

Zur Verbesserung der langfristigen Planung der Hauptstadt erfolgten Untersuchungen zu den Ausgangsbedingungen und Zielvorstellungen für den Generalbebauungsplan der Hauptstadt, besonders in Zusammenarbeit der Betriebsgruppe des Magistrats mit Kollegen der Betriebsgruppe der Bauakademie der DDR und der Betriebsgruppe im WBK. Im Bereich des Industriebaus wurden zahlreiche Aktivitäten zur Rekonstruktion von Produktionsbauten entwickelt. Einen Höhepunkt in der Arbeit des Jahres 1977 stellte die Beratung des Sekretariats der Bezirksleitung der SED mit 170 Architekten und Projektanten der Hauptstadt im Februar 1977 dar. In Vorbereitung und Auswertung der 5. Tagung des ZK der SED wurden Qualitätskonferenzen und Intensivierungskonferenzen in den Kombinaten und Betrieben des Berliner Bauwesens durchgeführt. Daran hatten auch Mitglieder der Bezirksgruppe Berlin einen maßgeblichen Anteil. Durch die Arbeit mit persönlich-schöpferischen Plänen und schöpferischen Pässen trugen sie zu einer Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Jahre 1977 war die Erfüllung der Wettbewerbsverpflichtungen von BdA-Mitgliedern in den einzelnen Betrieben im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbes zu Ehren des 60. Jahrestages des Roten Oktober. In den Analysen konnten sie über gute Ergebnisse berichten, so die Bezirksgruppe Berlin, die Bezirksgruppen Rostock, Schwerin, Magdeburg, Leipzig, Gera und andere Bezirke.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Arbeit der Bezirksgruppe Magdeburg war die Mitwirkung an der Vorbereitung des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstädt, das im Rahmen des Regierungsabkommens UdSSR–DDR als Beispielplanung für den Wohnungsbau der 80er Jahre errichtet werden soll. Hierzu wurde auch mit den Architekten in Gorki ein Erfahrungsaustausch organisiert, der in Zukunft fortgesetzt werden soll. Aber auch andere Bezirksgruppen haben hervorragende Ergebnisse in der Zusammenarbeit mit Partnerstädten in der UdSSR zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit der Bezirksgruppe Erfurt mit den Architekten in Vilnius. Sehr gute Ergebnisse wurden aber auch durch den Erfahrungsaustausch mit sowjetischen Kollegen und die Anwendung der Orjoler Methode in den Bezirken Rostock, Erfurt und Leipzig erreicht.

Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen sowie mit den anderen Verbänden hat sich auf der Grundlage von Vereinbarungen vertieft und gefestigt, so gibt es Vereinbarungen zwischen Staatsorganen, BdA/DDR, KDT und der IG Bau-Holz in den Territorien.

Ausgehend von der Vereinbarung mit dem Minister für Bauwesen hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Bauwesen und unserem Bund weiter verbessert. Es ist eine kontinuierliche, auf Schwerpunkte orientierte, Zusammenarbeit entstanden. Diese gute Zusammenarbeit ist für unsere politisch-ideologische und fachbezogene Arbeit eine wertvolle Hilfe. Neben dem Abschluß von Vereinbarungen mit den Bezirksbaudirektoren und den genannten Verbänden oder Organisationen wird immer mehr die Zusammenarbeit mit den Oberbürgermeistern der Städte auf der Grundlage von schriftlichen Vereinbarungen organisiert. Von einem guten Beispiel kann die Bezirksgruppe Suhl berichten.

Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Zusammenarbeit vollzog sich mit den staatlichen Organen, dem Bund der Architekten der DDR, dem Rat der Bezirksstadt, der IG Bau-Holz, der KDT und dem Verband Bildender Künstler der DDR im Bezirk Suhl. Die seit 1972 bestehende dreiseitige Vereinbarung zwischen der KDT, Bezirksbaudirektor und BdA wurde erfolgreich realisiert und zu einer vierseitigen Rahmenvereinbarung, eingeschlossen die IG Bau-Holz, erweitert. Auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung werden gemeinsame jährliche Arbeitspläne aufgestellt. Auf Anregung des BdA und der KDT bildete der Rat des Bezirkes eine Gutachtergruppe zur Begutachtung von Vorbereitungsunterlagen für Investitionen. Die beiden Verbände wirken in dieser Gruppe mit. Der Oberbürgermeister von Suhl hat den BdA-Bezirksvorstand zur Begutachtung bestimmter Bauvorhaben hinzugezogen. Durch Baustellenbegehungen und daraus resultierenden Stellungnahmen an den Rat der Stadt Suhl, z. B. zu den Freiflächen im Stadtzentrum von Suhl, wurde durch den Bezirksvorstand auf die projektgerechte Ausführung Einfluß genommen.

Auf der Grundlage von solchen Vereinbarungen wurden auch von den Bezirksgruppen Berlin, Potsdam, Dresden, Leipzig, Neubrandenburg, Gera, Rostock, Erfurt, Karl-Marx-Stadt und Schwerin sehr gute Ergebnisse in der Zusammenarbeit erzielt. Von besonderer Bedeutung für unsere weitere Arbeit ist auch der Abschluß von Vereinbarungen zwischen den Kombinatsleitungen und unseren Betriebsgruppen. Von 12 Betriebsgruppen in Leipzig haben 4 eine schriftlich fixierte Vereinbarung mit den Kombinatsleitungen. Durch diese Vereinbarungen wird die Arbeit der Betriebsgruppen im Kombinat wesentlich unterstützt.

Im Mittelpunkt der weiteren Arbeit der Bezirksgruppen des BdA/DDR stand die Mitwirkung an der städtebaulich-architektonischen und funktionellen Gestaltung der Wohngebiete, verbunden mit Problemen der langfristigen Planung und der Steigerung der Effektivität der Projektierung. In den Bezirksgruppen Schwerin, Erfurt, Magdeburg, Rostock, Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt und Frankfurt/Oder gehörte zu den Schwerpunkten des Jahres 1977 die Mitarbeit bzw. die Weiterarbeit an der Ausarbeitung der Grundlinien zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung in Verbindung mit der Erzeugnisentwicklung der Bezirke. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Bezirksgruppen Rostock und Dresden. Hier ist ein Aufruf an alle Mitglieder unseres Verbandes in den genannten Territorien ergangen. Mit diesem Aufruf ist die Grundlinie zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung des Bezirks zur Richtschnur für die Wirkungsweise und die fachliche Arbeit aller BdA-Kollegen im Bezirk geworden.

Eine Reihe von bezirklichen und innerbetrieblichen Wettbewerben, an denen sich die Mitglieder des Bundes beteiligen, trug zur weiteren Qualifizierung städtebaulich-architektonischer Leistungen bei. Von besonderer Bedeutung für unsere Arbeit in den Bezirksgruppen war die Teilnahme am Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!". Von vielen Bezirksgruppen wurden dabei hervorragende Ergebnisse erzielt. Besonders hervorzuheben sind dabei die Bezirke Neubrandenburg, Gera, Frankfurt/O. und Erfurt.

In der politisch-ideologischen und fachlichen Weiterbildung auf zentraler und bezirklicher Ebene wurden gute Ergebnisse erzielt. Die Weiterbildung ist eine der wichtigsten Aufgaben in unserer politischen Arbeit, die im Berichtszeitraum von allen Verantwortlichen des Bundes zielstrebig vorbereitet und durchgeführt wurde. Die bezirklichen Weiterbildungsveranstaltungen werden in bewährter oder neuer Form erfolgreich durchgeführt. Die Bezirksgruppen Frankfurt/Oder und Gera führten erstmalig eine eigenständige Weiterbildung durch. Aus den ersten Veranstaltungen zogen sie Schlußfolgerungen zur Verbesserung ihrer Arbeit. Auch in der Bezirksgruppe Rostock wird über die Möglichkeit und die Form einer eigenen Weiterbildung für das Jahr 1978 beraten. In Neubrandenburg wird die Weiterbildung über die Betriebsakademie und Bezirksleitakademie durchgeführt. Alle anderen Bezirke, an der Spitze Berlin, Erfurt, Dresden,

Leipzig, Schwerin und Potsdam, haben ausgezeichnete Ergebnisse in der Weiterbildungsarbeit im Jahre 1977 erreicht.

Die Qualität der Arbeit der Vorstände der Bezirks-, Kreis- und Betriebsgruppen hat sich in bezug auf Effektivität und Kontinuität im Berichtszeitraum weiter erhöht. Dazu zwei Beispiele für viele: Der bereits bewährte Arbeitsstil der Bezirksgruppe Leipzig, die Beratungen des erweiterten Bezirksvorstandes auf den Baustellen, in den Kombinaten und in verschiedenen Städten durchzuführen, wurde weitergeführt. So wurde z. B. die Entwicklung der Kreisstadt Delitzsch, die Gestaltung der Wohnkomplexe im Nord-Osten der Stadt Leipzig, die Bauten im Sportforum anläßlich des 6. Turn- und Sportfestes der DDR, die Entwicklung der Kreisstadt Torgau, der Bau des neuen Gewandhauses, die Umgestaltung der Ostvorstadt Leipzig und die Realisierung des Wohnkomplexes Grünau durch Besichtigungen und Diskussion vor Ort beraten und Ergänzungsvorschläge hierzu unterbreitet. Auch im Jahre 1977 wurden die Vorschläge der Bezirksgruppe Magdeburg an Schwerpunkten des Bauens im Bezirk beraten. Dadurch wurde die gute Zusammenarbeit mit den Räten der Kreise, wie Stendal, Burg und Wanzleben, weiter ausgebaut. Wir müssen uns mehr als bisher auf die Kreisgruppenarbeit und dort, wo noch keine bestehen, auf deren Neubildung konzentrieren, weil sich viele Aufgaben und Aktivitäten unseres Verbandes in Zukunft auf der Kreisebene abspielen werden. So berichtete uns die Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt von einer sehr guten Arbeit der Kreisgruppe Plauen unter Leitung von Kollegen Kolbe, oder die Bezirksgruppe Magdeburg von der Kreisgruppe Halberstadt unter der Leitung von Kollegen Dr. Timme. Trotz dieser guten Erfolge schrieb uns in der Analyse die Bezirksgruppe Magdeburg: Die größten Schwierigkeiten bereiten uns zur Zeit die Leitungen der Kreisentwurfsgruppen, die die Notwendigkeit der Mitwirkung des BdA bei der Lösung ihrer Aufgaben noch nicht erkannt haben. Der Bezirksgruppe wurde jedoch Unterstützung vom Bezirksarchitekten zugesagt, um politisch-ideologische Klarheit über die Rolle unseres sozialistischen Fachverbandes bei den Leitern dieser Einrichtungen zu schaffen. Dieser Hinweis aus der Bezirksgruppe Magdeburg zeigt uns, daß wir in Zukunft solch einer wichtigen Frage noch mehr Aufmerksamkeit schenken müssen.

Sehr positiv zu vermerken ist, daß im Laufe des Jahres die Arbeit unserer Zentralen Frauenkommission beim Bundesvorstand sowie den neu gebildeten Frauenkommissionen in den Bezirken an Qualität und Kontinuität zugenommen hat. Wir können feststellen, daß alle Organe des Bundes sich dieser wichtigen Aufgabe widmen mit dem Ziel der weiteren Förderung unserer Architektinnen.

Ein Höhepunkt der Frauenarbeit war die im November 1977 in Erfurt durchgeführte Beratung der Zentralen Frauenkommission. Die Ergebnisse wurden unter anderem vom Bezirksvorstand Erfurt gründlich ausgewertet und ein Maßnahmeplan vorbereitet mit dem Ziel einer weiteren Unterstützung der Frauen in ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Qualifizierung, der Gewinnung von Frauen in Leitfunktionen sowie einer Hebung ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit. Den gleichen Stellenwert hat die Arbeit unseres Verbandes mit jungen Architekten und Absolventen. Alle Bezirksgruppenvorstände sowie die Vorstände der Betriebsgruppen müssen sich den Problemen der jungen Menschen annehmen. Über diese wichtige Frage haben wir auf unserer Bundesvorstandssitzung im April in Halle ausführlich beraten.

Noch einige Bemerkungen zur Mitgliederwerbung:

Der BdA/DDR hatte am 31. 12. 1977 3975 Mitglieder. Im Jahre 1977 wurden 217 neue Mitglieder in unseren sozialistischen Fachverband aufgenommen. In der Zwischenzeit haben wir die Zahl von 4000 Mitgliedern überschritten. Besonders erfreulich ist es, daß wir im Jahre 1977 88 Frauen in unseren Bund aufnehmen konnten. Die Bezirks-

2 Schaubild aus dem vom BdA/DDR unterstützten Ideenwettbewerb „Park an der Spree" (siehe auch S. 373 bis 375)



gruppen Gera, Potsdam, Neubrandenburg, Erfurt und Suhl haben einen Frauenanteil bei Neuaufnahmen von 50 Prozent und mehr erreicht. Die Bezirksgruppen Potsdam, Halle, Suhl und Karl-Marx-Stadt haben dagegen das vorgesehene Ziel der Mitgliederwerbung nicht erreicht.

Zusammenfassend können wir im Ergebnis unserer Arbeit des Jahres 1977 feststellen, daß sich die politisch-ideologische sowie die fachbezogene Arbeit in den Bezirksgruppen weiter verbessert hat. Die Kontinuität der Arbeit der gewählten Organe hat in unserem Verband zugenommen.

1977 wandte sich der Architektenverband der SR Vietnam an den Bund der Architekten der DDR mit der Bitte, dem Verband Diaserien zur Entwicklung des Städtebaus und des komplexen Wohnungsbaus, über den Gesellschaftsbau sowie kulturhistorische Bauten der DDR zu übersenden. Der Bundesvorstand hatte die Bezirksvorstände aufgerufen, uns Diaserien zu übersenden. Unserem Aufruf sind die Bezirksgruppen Rostock, Neubrandenburg, Frankfurt (Oder), Potsdam, Cottbus, Erfurt, Dresden, Gera, Suhl, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Berlin gefolgt. Sie alle haben den Ruf unserer vietnamesischen Freunde richtig verstanden. Diese Diaserien werden in Kürze an den Architektenverband der SR Vietnam übergeben.

Am 27. und 28. Oktober 1977 wurde in Jena ein Seminar mit dem Thema „Katalogprojektierung – Projektierungstechnologien mit hoher Effektivität" durchgeführt. Die Vorbereitung lag in den Händen des Vorsitzenden der Zentralen Kommission Projektierung, Dr.-Ing. Horst Wieland. Durch seine Tätigkeit im Institut für Projektierung und Standardisierung der Bauakademie der DDR war die zentrale wissenschaftliche Einrichtung des Bauwesens der DDR unmittelbar in die Vorbereitung des Seminars einbezogen. Mehrere Mitarbeiter des Instituts sprachen zum Themenkomplex. Im Hauptreferat arbeitete Dr. Wieland heraus, daß die Industrialisierung des Bauens für den architektonischen Schaffensprozeß neue Bedingungen schafft, auf deren Grundlage die wachsenden Anforderungen an Umfang und Qualität der Bauaufgaben zu lösen sind. Er zog die Schlußfolgerung, daß sich die Katalogprojektierung zu einer Hauptmethode der rationellen Projektierung im industriellen Bauen entwickelt hat. Sie erweitert die Grundlagen für die Erhöhung des schöpferischen Niveaus der architektonischen Gestaltung. Die folgenden Referate waren so angelegt, daß nach den grundsätzlichen Ausführungen der Mitarbeiter des Instituts Vertreter aus verschiedenen Projektierungsbetrieben darlegten, wie die Katalogprojektierung im komplexen Wohnungsbau und wie Projektierungstechnologien generell als Grundlage für die Rationalisierung der Projektierung eingesetzt werden. Darüber hinaus wurden wichtige Informationen über die Mikrofilmtechnik vermittelt. Die am 2. Seminartag durchgeführte Arbeit in drei Seminargruppen hat sich ausgezeichnet bewährt, da auf die recht unterschiedlichen Projektierungsprozesse im Industriebau, im Wohnungs- und Gesellschaftsbau und in den kreisgeleiteten Projektierungseinrichtungen eingegangen werden konnte. Das Seminar ist als wertvoller Erfahrungsaustausch einzuschätzen.

Von der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst" wurde am 14. und 15. November 1977 das 9. Seminar Architektur und bildende Kunst mit dem Thema „Licht in der Stadt" in Karl-Marx-Stadt und Dresden durchgeführt. Das Seminar wurde vorbereitet vom Vorsitzenden der ZAG, Dr.-Ing. Bruno Flierl, gemeinsam mit dem VBK der DDR. Das Seminar hatte das Ziel, die Aufgaben, Leistungen und Probleme der Lichtgestaltung als Bestandteil sozialistischer Stadtgestaltung in der DDR bewußt zu machen und davon ausgehend Anforderungen an die Beleuchtung des städtebaulichen Raumes, der Gebäude, der bildkünstlerischen Werke und Elemente zu diskutieren. Am 2. Tag erfolgte die Besichtigung der VIII. Kunstausstellung in Dresden. Das Seminar hat das gesteckte Ziel voll erreicht.

Von großer Bedeutung für unsere weitere Arbeit im Bund war die zentrale Fachtagung am 8. und 9. 12. 1977 in Leipzig zum Thema „Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete". Die Fachtagung wurde von der ZFG „Städtebau" unter der Leitung des Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Weigel, vorbereitet. Es sollten Zielstellungen, Lösungswege, Erfahrungen und Beispiele zur Vorbereitung der Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete vorgetragen werden. Dabei war auf eine Mitwirkung der Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und gesellschaftliche Bauten, und der KDT, Fachverband Bauwesen, orientiert worden. Ein besonderer Akzent wurde dadurch gesetzt, daß es uns gelungen ist, den Erzeugnisgruppenverband Baureparaturen und Modernisierung der Wohn- und Gesellschaftsbauten der DDR für die gemeinsame Durchführung der Fachtagung zu gewinnen. Im Hauptreferat legte Dipl.-Ing. Kluge, Abteilungsleiter im Ministerium für Bauwesen, die gesellschaftspolitische Zielstellung zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogrammes der 80er Jahre und zur Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete dar. Prof. Dr. Deiters, Vorsitzender der ZFG Rekonstruktion, stellte die Einbeziehung geschichtlicher Traditionen und Kulturwerke bei der innerstädtischen Umgestaltung heraus, und der Chefarchitekt der Stadt Leipzig sprach zur städtebaulichen Planung für die Leipziger Ostvorstadt. Die Schwerpunkte der anschließenden Beiträge bezogen sich auf den Einfluß der Umgestaltung, auf die städtebauliche Struktur und auf Anforderungen an die Erzeugnisentwicklung und die Technologie für Modernisierung, Rekonstruktion, Abriß und Ersatzneubau. Hierbei wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Städtebauern, Architekten und den für die Entwicklung von Erzeugnissen und Technologien verantwortlichen Ingenieuren besonders deutlich. Fragen der Weiterentwicklung von Arbeitsstätten in Altbaugebieten, Probleme des Verkehrs und der technischen Versorgung wurden mit hoher Sachkenntnis vorgetragen und Beispiele innerstädtischer Umgestaltungen aus einigen Städten gezeigt. Grundsätzliche Bedeutung hatte der Beitrag des Vertreters der Staatlichen Plankommission, Dipl.-Wirtschaftler Kretschmer, der die vorliegenden Probleme und Aufgaben aus der Sicht der Territorialplanung vortrug. Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß die interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung zu einem wertvollen Erfahrungsaustausch geführt hat. In der weiteren Auswertung erfolgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Referate in konzentrierter Form als Broschüre.

Das Büro des Präsidiums führte gemeinsam mit Vertretern der Bezirksgruppe Dresden eine Sondersitzung am 26. und 27. 1. 1978 in Dresden durch. Am ersten Tag beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Konzeption für den Wiederaufbau des kulturhistorischen Zentrums der Stadt Dresden. Der Vortrag und die Ortsbesichtigung bekräftigten bei allen Teilnehmern, daß es sich beim Wiederaufbau des kulturhistorischen Zentrums in Dresden um eine sehr komplexe und angesichts des baulichen Zustandes um eine sehr komplizierte Aufgabe handelt, die nur zufriedenstellend gelöst werden kann, wenn eine von unserer gesellschaftlichen Verantwortung abgeleitete und getragene städtebaulich-architektonische Idee und eine darauf aufbauende Gesamtkonzeption zugrunde gelegt wird.

Die gemeinsame Diskussion führte zu der generellen Schlußfolgerung, daß der Entwicklung komplexer Konzeptionen für die langfristige Gestaltung von Stadtzentren und davon ausgehend der Erzeugnisentwicklung für Umgestaltungsmaßnahmen – auch in der Arbeit des Bundes – stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. In diesem Sinne wurde auch der Bezirksgruppe Dresden vorgeschlagen, zwischen Vertretern des Büros des Präsidiums und Vertretern der Bezirksgruppe diese wichtigen Fragen weiter zu beraten. Am zweiten Tag wurde das Büro des Präsidiums des BdA/DDR vom Präsidenten des Verbandes Bildender Künstler der DDR, Prof. Sitte, dem Vizepräsidenten, Kollegen Dietel, und dem 1. Sekretär, Dr. Kolodziej, durch die VIII. Kunstausstellung geführt. Es gab zwischen den beiden Verbänden hierzu einen regen Erfahrungsaustausch. Am Schluß der Zusammenkunft mit den Vertretern des VBK-DDR wurde vom Präsidenten des VBK-DDR, Prof. Sitte, und unserem Vizepräsidenten, Prof. Gericke, eine Vereinbarung über unsere Zusammenarbeit für die Jahre 1978 bis 1980 unterzeichnet. Auf Grund des gelungenen Auftaktes in Dresden hat das Büro des Präsidiums beschlossen, weitere solche Beratungen über wichtige Aufgaben und Probleme unseres Architekturschaffens direkt mit den Kollegen in den Bezirken durchzuführen.

Gestützt auf die guten Ergebnisse und Erfahrungen in der Tätigkeit unseres Bundes, für die wir allen Mitgliedern danken möchten, wollen wir in Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR eine vielfältige und interessante gesellschaftliche Arbeit zum Wohle unserer sozialistischen Gesellschaft entwickeln. Laßt uns dabei unsere Initiativen, unser ganzes fachliches Können, unsere Begabung und Talente einsetzen für ein sozial und ökonomisch verantwortungsbewußtes Projektieren, für ein rationelles Bauen, für weitere Fortschritte in Städtebau und Architektur, für ein schöpferisches Architekturschaffen mit hohem künstlerischem Niveau.

Berichtigung

Verfasser des Beitrages über die Rekonstruktion des Schlosses Skokloster (Heft 2/78) ist der schwedische Architekt und Autor des Projektes Ove Hidemark. Durch einen Übermittlungsfehler war bedauerlicherweise ein anderer Name angegeben worden. Red.

1

Die Mitwirkung der Bezirksgruppe Berlin des BdA der DDR bei der weiteren Gestaltung der Hauptstadt der DDR – Berlin

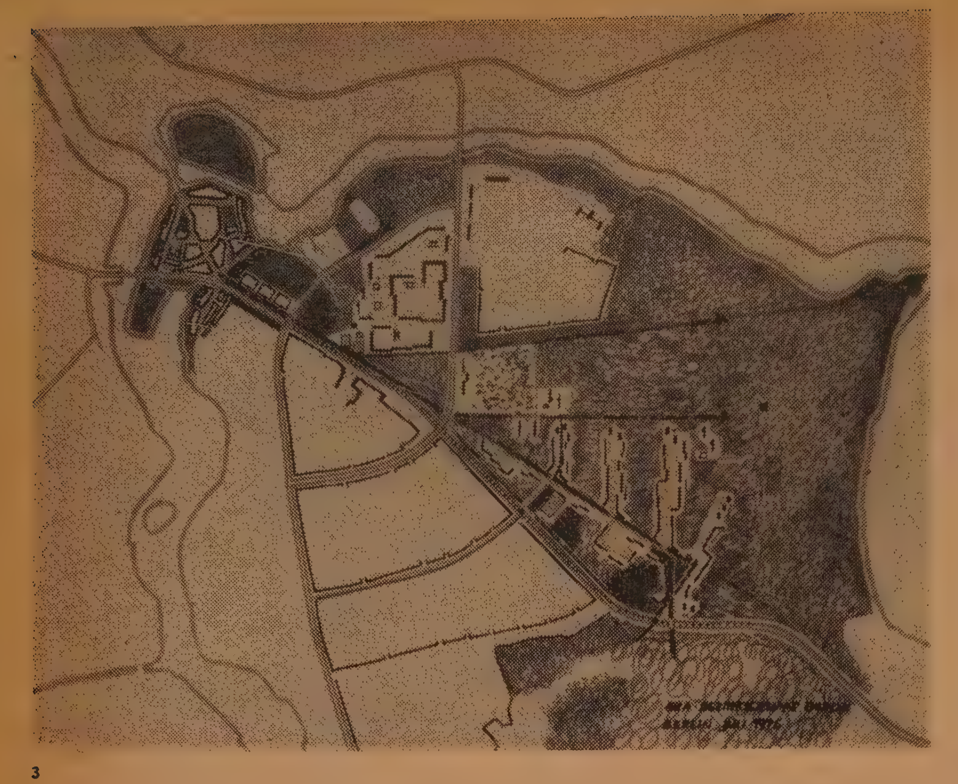
Dipl.-Jurist Harald Vogt
Sekretär der Bezirksgruppe Berlin
des BdA der DDR

1|2
Ideenwettbewerb „Park an der Spree"
Schaubild und Lageplan aus dem Entwurf eines Kollektivs der BdA-Bezirksgruppe unter Leitung von Ortwin Foth (2. Preis)

Die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, der XII. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED und des 7. Bundeskongresses des BdA der DDR enthalten eine weitgefaßte und anspruchsvolle Zielstellung für die Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin.
Der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Erich Honecker, sagte dazu in seinem Bericht an den IX. Parteitag: „Besondere Aufmerksamkeit verdient die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, durch beispielhafte Leistungen in Städtebau und Architektur, in der Qualität der Wohnungen und der Wohngebiete. Mit der Kraft unserer Republik führen wir den Aufbau in der Hauptstadt zielstrebig und in größerem Tempo weiter. Auf unsere Hauptstadt sollen alle Bürger unserer Republik mit Recht stolz sein können."
Die hohe Verantwortung des sozialistischen Fachverbandes der Architekten der DDR, insbesondere seiner Berliner Bezirksgruppe, zur Lösung dieser Aufgaben ist von Genossen Konrad Naumann, Mitglied des Politbüros und 1. Sekretärs der Bezirksleitung Berlin der SED, auf der Beratung des Sekretariates der Bezirksleitung mit 170 Architekten, Städtebauern und Projektanten im Februar 1977 hervorgehoben worden.
Ausgehend von dieser Beratung hat der Bezirksvorstand Berlin, auf der Grundlage des 5. Plenums des Zentralkomitees der SED, in Übereinstimmung mit dem zentralen Maßnahmeplan des Bundes, ein Initiativprogramm zur Mitwirkung bei der weiteren Gestaltung der Hauptstadt der DDR beschlossen.
Neben den Aktivitäten in den Betriebsgruppen, der Teilnahme von Mitgliedern der Bezirksgruppe an Beratungen des Büros für Städtebau zu grundlegenden städtebau-

2





3

lichen und architektonischen Problemen der Hauptstadt wurden zur Erfüllung des Maßnahmeplanes sechs Arbeitsergebnisse zu konkreten Berliner Aufgaben dem Magistrat der Hauptstadt übergeben, die wir kurz vorstellen möchten.

Unter der Leitung von Dipl.-Arch. Manfred Zache erarbeitete ein Kollektiv der BdA-Bezirksgruppe mit Unterstützung des Vorstandes eine **Analyse und Planungsmethodik zur Bestimmung der Qualität der Wohnbedingungen in den Wohngebieten der Hauptstadt.** Eingebunden in die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes der Hauptstadt bis 1980 wurden dazu Bewertungskriterien zur Bestimmung der Stadtgestalt der Wohngebiete formuliert und durch repräsentative Befragungen einer Reihe von Architekten, Städtebauern, Landschaftsarchitekten und Soziologen die Wichtung dieser Kriterien bestimmt. Auf diese Weise wurde es mittels der EDV möglich, qualitative Einschätzungen und Vergleiche bestehender und in Varianten geplanter Wohngebiete vorzunehmen.

Auf Initiative des Bezirksvorstandes ist in Zusammenarbeit mit dem Fachverband Bauwesen der KDT und dem VBK der DDR eine intensive Arbeit zur Verbesserung der Qualität des komplexen Wohnungsbaus in der Hauptstadt geleistet worden. In einer Wochenendklausur haben 12 Mitglieder der Bezirksgruppe aus dem WBK, dem Büro für Städtebau, der Bauakademie der DDR und dem BMK IHB unter der Leitung des Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Helmut Stingl, **Empfehlungen zur städtebaulichen Lösung des Wohngebietes Allende-Viertel-II im Stadtbezirk Berlin-Köpenick** formuliert.

Entsprechend der Forderung nach weitgehender Erhaltung des Baumbestandes im Planungsgebiet wurden sowohl eine kammerartige Bebauungsstruktur im bewußten Wechsel zu parallel geführten Waldbereichen als auch eine auf Punkthausgruppen aufgebaute aufgelockerte Bebauung zur Gestaltung dieses Wohngebietes vorgeschlagen. Anhand schriftlich fixierter Empfehlungen, zeichnerischer Dokumentationen und eines Arbeitsmodells wurden die Ergebnisse in einer Abschlußberatung dem Chefarchitekten der Hauptstadt, weiteren Mitarbeitern des Büros für Städtebau, Kollegen der KDT und dem Stadtbezirksarchitekten von Köpenick vorgestellt und diskutiert.

Wir betrachten diese Arbeitsklausur, die in einer schöpferischen Atmosphäre verlief, als eine äußerst effektive Form der Mitwirkung an Berliner Aufgaben durch unseren sozialistischen Fachverband.

Im Zuge der Projektierung des Wohngebietes Berlin-Marzahn erarbeitete die im Jahre 1976 gebildete Bezirksfachgruppe Wohnungs- und Gesellschaftsbau unter Vorsitz von Dr.-Ing. Carl Krause zwei **Lösungsvorschläge zur städtebaulichen Einordnung und Gestaltung des Hauptzentrums.**

In zwei Arbeitsgruppen (AG 1: Leitung Dipl.-Ing. J. Piesel, AG 2: Leitung Dr.-Ing. C. Krause) wurden von 10 Kollegen in insgesamt 1248 Arbeitsstunden die Ergebnisse in Zeichnungen, Bilanzen, Modellen und Perspektiven dargestellt. Neben der konsultativen Mitwirkung durch Kollegen des Bezirksvorstandes erfolgten Vorstellung und Diskussion der Varianten in einer öffentlichen Bezirksvorstandssitzung und vor der Aufbauleitung des Wohngebietes Berlin-Marzahn.

Des weiteren sind Vorschläge zur Lösung von Teilproblemen auf dem Gebiet der Erzeugnisentwicklung, z. B. **Die Aufgabenstellung für eine geschlossene Eckausbildung für die WBS 70 (5geschossig)** als Erstanwendungsobjekt im Wohngebiet Berlin-Marzahn entwickelt worden.

Die Anwendung der Ecklösung ist eine wichtige Voraussetzung zur Erhöhung der städtebaulichen Qualität in funktionell-gestalterischer, technologischer, hygienischer und gebietsökonomischer Hinsicht. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit (6 BdA-Mitglieder und 4 Kollegen der KDT) konnte eine gute Praxiswirksamkeit erreicht werden. Das Ergebnis der Arbeit wurde gemeinsam mit dem BdA durch die staatliche Leitung konkretisiert und im WBK die Festlegung getroffen, die Ecklösung auf der Grundlage der Aufgabenstellung ab 1980 zu realisieren.

Zur Zeit wird die Ecklösung in die Bebauungskonzeptionen für die Wohngebiete Berlin-Marzahn und Allende-Viertel-II eingearbeitet und die Vorteile im Territorium an diesen Beispielen nachgewiesen.

Im Hinblick auf die nach 1980 verstärkt einsetzenden Rekonstruktionsmaßnahmen innerstädtischer Wohngebiete, sind von der Bezirksfachgruppe Wohnungs- und Gesellschaftsbau **„Anforderungen an den Ersatzneubau für Berliner Umgestaltungsgebiete aus der Gründerzeit (1870–1918)“** formuliert worden.

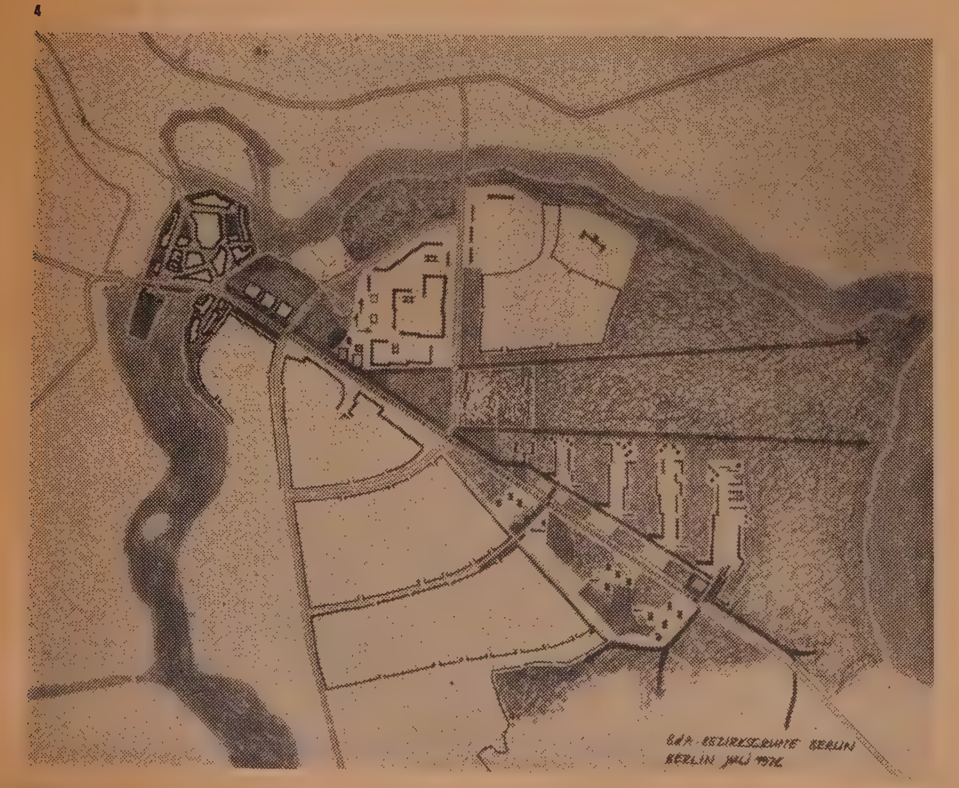
In 11 Themen wurden u. a. Aussagen zu gestalterischen, funktionellen und technologischen Erfordernissen für den Ersatzneubau getroffen und in angefügten Skizzen Prinzipienvorschläge für Segmente und Gebäudeteile dokumentiert.

Die „Anforderungen an den Ersatzneubau“ fanden eine positive Resonanz seitens des WBK und des Magistrats der Hauptstadt. Vom Oberbürgermeister, Genossen Krack, wurde das Material als ein sehr positiver Beitrag eingeschätzt, der in hohem Maße

3|4
Skizzen zur Bebauungsstruktur aus den Vorschlägen zur Gestaltung des Wohngebietes Allende-Viertel-II von einem Kollektiv der BdA-Bezirksgruppe unter Leitung des Bezirksgruppenvorsitzenden, Dipl.-Ing. Helmut Stingl

5|6
Modellfoto aus den Vorschlägen zur Gestaltung des Hauptzentrums des Wohngebietes Berlin-Marzahn, die von zwei Kollektiven der Bezirksgruppe Wohnungs- und Gesellschaftsbau (Vorsitzender Dr.-Ing. Carl Krause) erarbeitet wurden

4



5

dazu beigetragen hat, die Aufgabenstellung des Bezirksbauamtes für die Erzeugnisentwicklung des Wohnungsneubaus in Umgestaltungsgebieten zu qualifizieren.
Der Durchführung von Architekturwettbewerben in der Hauptstadt der DDR, Berlin, schenkte der Vorstand der Bezirksgruppe große Aufmerksamkeit. Eine Stellungnahme des BdA-Bezirksvorstandes bildete die Grundlage für eine Diskussion zur Qualität der Ausschreibung des **städtebaulichen Ideenwettbewerbes zur Gestaltung des Gebietes Wilhelm-Pieck-Straße.** Hinweise zum Umfang der zu erbringenden Leistungen und zur Höhe der Preise fanden ebenso wie weitere Vorschläge in der Ausschreibung Berücksichtigung.
Neben Aktivitäten zur Vorbereitung und Auswertung des **Wettbewerbes zur landschaftsgärtnerischen Gestaltung des Parkes an der Spree** durch den Bezirksvorstand beteiligte sich ein Kollektiv der BdA-Bezirksgruppe unter der Leitung von Ortwin Foth an diesem Wettbewerb und konnte mit dem 2. Preis ausgezeichnet werden (ein 1. Preis wurde nicht vergeben).
Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Initiativen der BdA-Bezirksgruppe seitens des Magistrats und der Kombinate Anerkennung gefunden haben.
Anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung unseres sozialistischen Fachverbandes wurde dies sowohl im Referat des Ministers, Genossen Junker, auf der Festveranstaltung im Ministerium für Bauwesen als auch in Schreiben des Oberbürgermeisters und der Kombinatsdirektoren an den Bezirksvorstand hervorgehoben. In Fortführung unserer bisherigen Arbeit ist auf der Grundlage unserer Vereinbarung mit dem Magistrat von Berlin – Hauptstadt der DDR, ein Arbeitsprogramm zur Mitwirkung bei der weiteren Gestaltung der Hauptstadt zu Ehren des 30. Jahrestages der DDR vom Vorstand beschlossen worden.

6

Zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Wohnumwelt auf dem Lande

Prof. Dr.-Ing. Walter Niemke
Bauakademie der DDR
Institut für Landwirtschaftliche Bauten
Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe
„Ländliches Bauen" des BdA/DDR

Der Bund der Architekten der DDR führte Anfang März 1978 in Cottbus ein Seminar zum Thema „Beitrag der Architekten zur Verbesserung der Arbeits- und Wohnumwelt auf dem Lande" durch.

Wie aus den einleitenden Worten des 1. Sekretärs des Bundes der Architekten der DDR, Werner Wachtel, hervorging, war es das Hauptanliegen des Seminars, Erfahrungen und Lösungswege zu vermitteln und an Hand von Beispielen Anregungen zur schöpferischen Arbeit zu geben. Dabei bildeten sich Schwerpunkte zu folgenden Problemkreisen heraus, die miteinander in enger Wechselwirkung stehen:

- Durchsetzung der Ziele der Agrarpolitik durch konsequente Weiterführung der sozialistischen Intensivierung als Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, verbunden mit der fortschreitenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande
- Sozialistische Rationalisierung durch noch intensivere Nutzung oder Rekonstruktion der Anlagen für die Tier- und Pflanzenproduktion.

Große Anstrengungen im Landwirschaftsbau sollen mit dazu beitragen, den Aufwand zu senken, die Materialökonomie zu verbessern und die Gebrauchswerteigenschaften der Bauten und Anlagen zu erhöhen.

- Förderung der Initiative der Bürger und Betriebskollektive, um für die Modernisierung und den Neubau von Wohnungen Reserven freizusetzen und weitsichtig zu planen, rationelle Lösungen zu finden und zu verallgemeinern. Dazu gehören auch rationelle Lösungen für die ingenieurtechnische Erschließung und die Verschönerung unserer Dörfer sowie ihrer Bauten und Freiflächen im Rahmen des Mach-mit-Wettbewerbs.
- Rolle des Bundes der Architekten und seiner Mitglieder im Zusammenwirken mit der Kammer der Technik und anderen Fachverbänden und Organisationen sowie den Räten der Städte und Gemeinden bei der schrittweisen und zielgerichteten baulichen Umgestaltung der ländlichen Siedlungen und Siedlungszentren.

Der Hauptdirektor des VEB Landbauprojekt Potsdam, Oberingenieur Schirrholz, behandelte im Hauptreferat Tendenzen und Möglichkeiten der Entwicklung im Landwirtschaftsbau aus der Sicht des VEB Landbauprojekt. In seinem Referat ging er unter anderem darauf ein, daß in der Tier- und Pflanzenproduktion die sozialistische Rationalisierung, Rekonstruktion vorhandener Produktionsanlagen und der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden wirksamer genutzt werden müssen, um auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen spürbar zu verbessern und künftig mehr zur Einsparung von Material und Kosten beizutragen.

Das Profil des Landwirtschaftsbaus wird immer mehr bestimmt durch die

- gesellschaftspolitische Entwicklung
- Errichtung neuer industriemäßiger komplexer Anlagen sowie
- Rationalisierung und Rekonstruktion.

Die Fragen der Standortplanung für industriemäßige Anlagen müssen künftig eine noch stärkere Beachtung finden.

Auch die architektonische Gestaltung der Anlagen spielt eine zunehmende Rolle. Es sind in den vergangenen Jahren spürbare Fortschritte erzielt worden, die es jedoch weiter zu vertiefen gilt. Die gestalterische Qualität der zu errichtenden Anlagen zeigt ein sehr differenziertes Bild. Es muß nach Wegen und Lösungen gesucht werden, die trotz notwendiger kostensenkender Faktoren eine bessere gestalterische Qualität ermöglichen. Das bedingt auch, ein noch flexibleres System in der Angebotsprojektierung selbst zu finden.

Es kommt künftig darauf an, vorhandene Reserven noch besser als bisher für den Landwirtschaftsbau zu nutzen. Das verlangt eine notwendige Vorausschau und das Erarbeiten von Lösungen, die praktisch angewendet werden können.

Die Landwirtschaftsbauer schließen sich der Wettbewerbsbewegung „30 gute Taten der Bauleute für unsere Republik" an.

Besonders die im VEB Landbauprojekt tätigen Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR setzen ihre Initiativen, ihr fachliches Können, ihre Begabung und Talente für ein sozial- und ökonomisch-verantwortungsbewußtes Planen und Projektieren, für ein rationelles Bauen, für weitere Fortschritte im Landwirtschaftsbau ein.

Dr. Löwe, Landwirtschaftstechnologe im VEB Landbauprojekt, erläuterte einige Wiederverwendungsprojekte mit Bausteincharakter zur Rationalisierung in der Rinderproduktion.

Zum komplexen Wohnungsbau auf dem Lande referierte Prof. Dr.-Ing. Niemke, Institut für Landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR und Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe „Ländliches Bauen" des BdA/DDR. In seinen Ausführungen ging er speziell auf die Aufgaben ein, die auf dem Lande zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990 Beachtung finden müssen. Probleme des individuellen Wohnungsbaus sowie des Wohnungsbaus für Landarbeiter und Genossenschaftsbauern standen im Mittelpunkt der Betrachtung, wobei alle Fragen aus der Sicht der Nutzung der örtlichen Reserven und der wachsenden Initiative der Bevölkerung im Mach-mit-Wettbewerb betrachtet wurden.

Konkrete Aussagen gab es zum Projektangebot unter spezieller Beachtung material- und energieökonomischer Gesichtspunkte sowie auch zu Fragen der architektonischen Gestaltung und schrittweisen Aufwertung der baulichen Umwelt auf dem Lande.

Dipl.-Ing. Picht, Institut für Landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR, berichtete über die Verbesserung der Wohnbedingungen in den Dörfern am Beispiel von vier Dörfern im Kreis Jessen. Dabei wurden auch Probleme der Funktionsteilung zwischen Dörfern und Siedlungszentren angesprochen. Insgesamt wurde deutlich, welche generellen Aufgaben auf dem Gebiet der Dorfplanung in den kommenden Jahren zu erwarten sind.

Dozent Dr.-Ing. Irmgard Schwanitz, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, erläuterte an Hand von Umgestaltungsvorschlägen für Dörfer die systematische Heranführung junger Architekten an die betreffenden Aufgaben.

Es wurde dargelegt, wie durch die Analysentätigkeit sowohl aus der historischen Situation als auch aus den gegenwärtigen Anforderungen an die Siedlung und Siedlungsstruktur Lösungsvorschläge für die Umgestaltung entwickelt und abgeleitet werden.

Dipl.-Ing. Gödecke, VEB Landbauprojekt Potsdam, informierte über das Projektangebot für Eigenheime mit Wandbaustoffen aus Holzbeton sowie über die speziellen Eigenschaften dieses Baustoffes.

Dipl.-Ing. Hentzschel, Institut für Landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR, gab einen Überblick über das Ergebnis einer Analyse des Projektangebotes für gesellschaftliche Bauten des Dorfes und leitete daraus die Besonderheiten ab, die bei der Entwicklung von Projekten für gesellschaftliche Bauten in Dörfern zu beachten sind.

Dipl.-Ing. Regen, Institut für Landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR, sprach über die Verbesserung der ingenieurtechnischen Erschließung in ländlichen Gemeinden. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen legte er auf die Erarbeitung langfristiger Kooperationen zur ingenieurtechnischen Erschließung, die als Bestandteil der Ortsentwicklungskonzeption alle Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung und ordnungsgemäßen Abwasserbehandlung enthalten müssen.

In Abrundung der Thematik berichtete Dr. Köppe, Büro des Bezirksarchitekten Dresden, über Eindrücke einer Studienreise durch die ČSSR. Er legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Einordnung landwirtschaftlicher Produktionsanlagen in die Landschaft.

Durch die beiden Filme „Rekonstruktion von Stallanlagen" und „Wohnen auf dem Lande" fand das Seminar eine inhaltliche Bereicherung.

In seinem Schlußwort konnte der Vorsitzende der ZFG „Ländliches Bauen", Prof. Dr.-Ing. Niemke, feststellen, daß der Umgestaltungsprozeß in unseren Dörfern von den Architekten, die als Städtebauer, Projektanten, Bauberatende und zum Teil auch als Bauwissenschaftler tätig sind, große Einsatzbereitschaft fordert, aber auch interessante abwechslungsreiche Aufgaben stellt. Es geht dabei um die Mitwirkung bei

- der weiteren Intensivierung im Landwirtschaftsbau
- der Herausarbeitung klarer Entwicklungskonzeptionen für ländliche Siedlungen und Siedlungszentren
- der architektonischen Gestaltung der vielfältigen Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen im Dorf, die zum Teil durch Eigenleistungen der Bürger entstehen.

Die Zentrale Fachgruppe „Ländliches Bauen" des Bundes der Architekten der DDR wird weitere Aktivitäten entwickeln, um den Umgestaltungsprozeß auf dem Lande, besonders im Hinblick auf seine architektonische Qualität, zu fördern.

Lärmschutzgerechte Planung für den Wohnkomplex IV in Wolfen-Nord

Dipl.-Ing. Ditmar Hunger
AG (B) Lärmschutz des
Bezirksverbandes Halle der KDT
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Der Wohnungsbaustandort Wolfen-Nord wurde in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Wohnzentrum des industriellen Ballungsgebietes Bitterfeld-Wolfen entwickelt. Bisher sind in den Wohnkomplexen I bis III rund 6700 Wohnungen gebaut worden.
Für die nächsten Jahre ist eine Erweiterung um etwa 6000 Wohnungen mit dem Bau des Wohnkomplexes IV vorgesehen.
In folgendem Beitrag wird anhand dieses Wohnkomplexes, speziell des 1. Bauabschnittes der Versuch einer lärmschutzgerechten Planung erläutert.

Ausgangspunkte und Grundlagen der Planung

- Mit der Ausweisung des IV. Wohnkomplexes wird eine flächenmäßige Erweiterung über den geplanten und entsprechend städtebaulich gestalteten Stadtrand hinaus (entlang des I. bzw. III. Wohnkomplexes) erforderlich.
- Die räumliche Entwicklung des WK IV wird durch die vorhandene Siebenhäuser Straße im Norden (Landstraße II. Ordnung) und die Fuhne-Aue im Süden beeinflußt.
- Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Arbeiterberufsverkehrs zu den chemischen Großbetrieben in Bitterfeld bzw. Wolfen ist eine sogenannte Berufsschnellverkehrstrasse der Deutschen Reichsbahn vorgesehen. (Zu vergleichen ist diese Trasse mit der Eisenbahnschnellverbindung zwischen Halle-Neustadt und dem Chemiekombinat Buna in Schkopau).
- Der innerstädtische öffentliche Personennahverkehr ist über die Erweiterung des Busliniennetzes abzusichern.
- Zur Bewältigung des individuellen Kfz-Verkehrs ist im Generalverkehrsplan vorgesehen, eine Haupterschließungsstraße südlich des WK III zu errichten, die zwischenzeitlich in die Wilhelm-Pieck-Allee einmündet und später durch Fortführung die direkte Verbindung zur Fernverkehrsstraße F 184 herstellen soll. Diese separate Erschließung, einschließlich der Nutzung der Siebenhäuser Straße im Norden, ergibt sich infolge der Kapazitätsauslastung bzw. der Trassierung des vorhandenen inneren Straßennetzes des WK I und III.

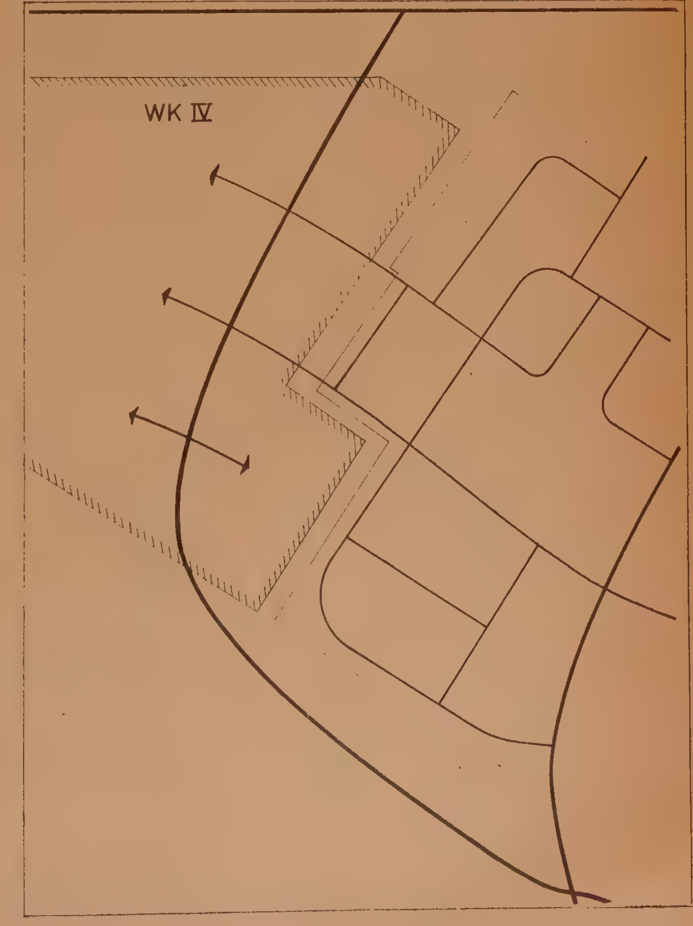
Die Sekundärerschließung des Wohnkomplexes IV sollte ursprünglich in Form einer inneren Erschließung erfolgen (Abb. 1). Außerdem war die Lage der südlichen Randstraße relativ nah zum WK III vorgesehen. Des weiteren waren zwei innere Verbindungen zum vorhandenen Straßennetz des WK III/I geplant.

Städtebauliche Gestaltungsaspekte

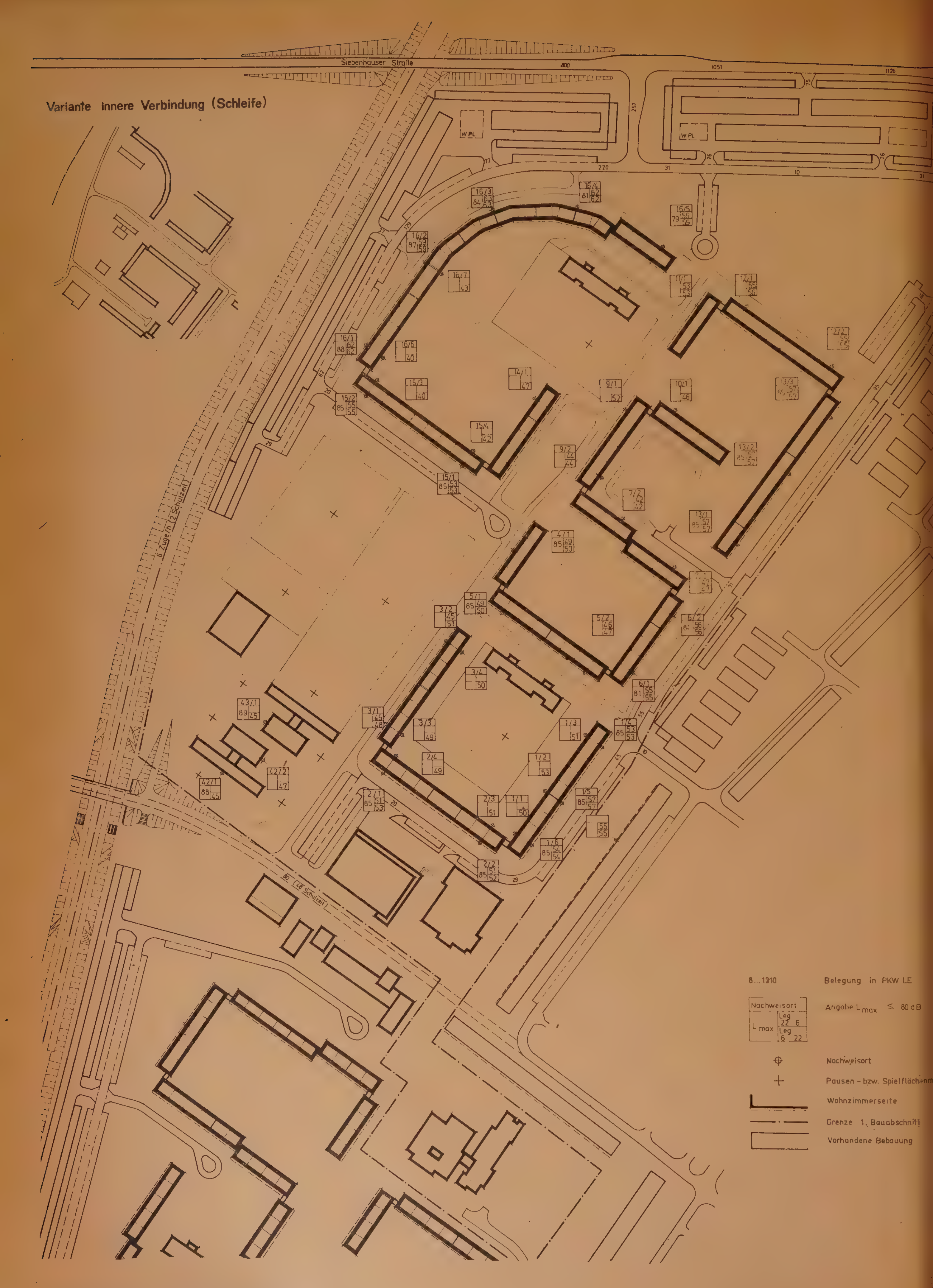
Im Interesse der gesellschaftspolitischen Zielstellung wird davon ausgegangen, daß für die Wohnbedingungen der Chemiearbeiter besonders hohe Maßstäbe bezüglich der Schaffung einer städtebauhygienisch günstigen Wohnumwelt angelegt werden müssen. Der Bereich Lärmschutz gewinnt dabei vordergründige Bedeutung, da einerseits ein hoher Anteil an Schichtarbeit besteht und andererseits Chemiearbeiter am Arbeitsplatz erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt sind.
In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Berufstätigen in der Chemischen Industrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen oft durch Mehrfachexposition (chemische Schadstoffe, nichttoxinische Staube, klimatische Bedingungen und Lärm) belastet sind.
Unter anderem aus diesen Gründen wird bei der gewählten städtebaulichen Lösung von der konsequenten Schaffung eines weitgehend fahrverkehrsfreien inneren Bereiches des Wohnkomplexes ausgegangen, wodurch fußläufige Beziehungen, insbesondere zu den gesellschaftlichen Einrichtungen und den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen, die kaum eine Beeinträchtigung durch individuellen Kfz-Verkehr erfahren (Abb. 4). Parallel dazu werden weitgehend lärmfreie Zonen geschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine äußere Haupterschließung gewählt, von der aus die einzelnen Wohngruppen zangen- bzw. stichförmig angebunden werden.
Die Zuordnung der Flächen des ruhenden Verkehrs als Quell- und Zielpunkt des fließenden Verkehrs und zugleich Schwerpunkt und Ausgangsstelle der Entwicklung des Straßenverkehrslärms (1) erfolgt dabei in Randlage der Wohnbebauung bei unmittelbarer Zuordnung zum äußeren Erschließungssystem.
Überlagert wird die äußere Straßenerschließung durch die mittige Führung der Berufsschnellverkehrsstraße (Nord-Süd) und die in Ost-West-Richtung verlaufende Buslinientrasse. Ebenso wird für den Radverkehr zur Verbindung der Wohnbereiche untereinander und zu den sonstigen Zielen ein selbständiges Radwegenetz geschaffen.
Die südliche Randstraße wird entgegen ursprünglichen Vorstellungen etwa 220 m entfernt an den Wohnkomplexen III und IV vorbeigeführt. Damit werden die Beeinträchtigungen gegenüber der Randbebauung erheblich reduziert. Außerdem ist die Anordnung eines größeren Grünraumes an den Wohngebäuden und weiterhin eine Entlastung bezüglich des ruhenden Verkehrs des Wohnkomplexes III durch die Ausweisung von Garagenkomplexen möglich. Deren unmittelbare Zuordnung zur südlichen Randstraße ermöglicht eine weitere Reduzierung der Lärmemission gegenüber der Wohnbebauung infolge Abschattung.

Planungsmethode

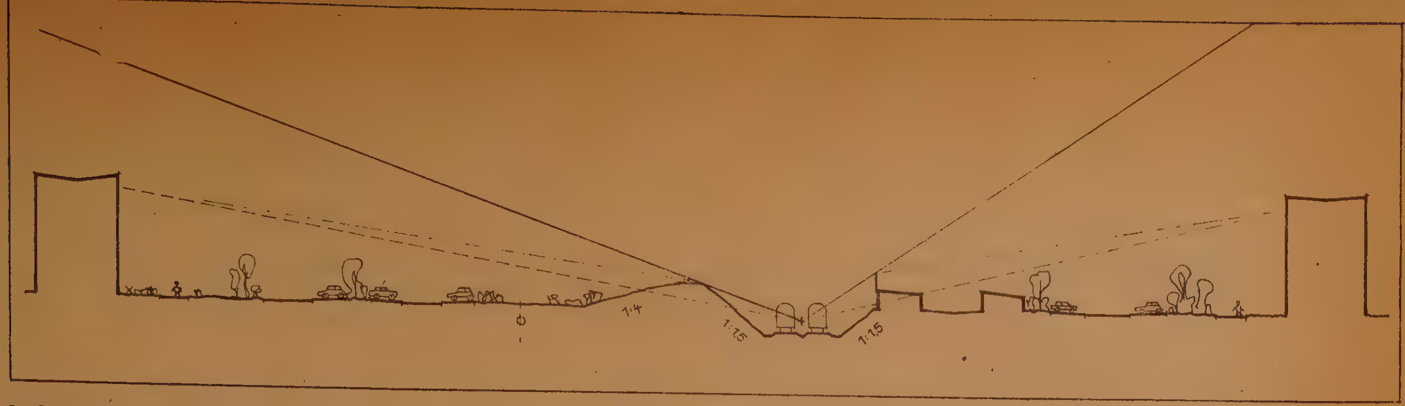
Der vorliegende Bebauungsplan (Abb. 2) mußte im Interesse der Berücksichtigung der Lärmschutzforderungen in mehreren Stufen erarbeitet werden. Einerseits war dies erforderlich um unterschiedliche Wertungen gegenüber der Bedeutung des Lärmschutzes bei den am Planungsprozeß Beteiligten in Übereinstimmung zu bringen, da noch keine allgemeingültigen Regeln bestehen, ob man in bestimmten Situationen z. B. der Besonnung, dem Lärm oder der maximalen Erreichbarkeit der Hauseingänge durch individuelle Kfz usw. den Vorrang geben soll.
Als ein Beispiel für eine Entscheidung im Sinne des Lärmschutzes sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die Wohnraumseiten an den Blöcken 4, 11, 16 u. a. dem Verkehr, somit dem Lärm zugeordnet werden, obwohl bei dieser Gebäudestellung eine geringere Besonnungsdauer im Vergleich zur Schlaf- bzw. Kinderzimmerseite erreicht wird (Abb. 2).
Andererseits standen städtebauliche, tiefbauerschließungstechnische oder Fragen der Gestaltung der Anlagen des ÖPNV im Vordergrund, deren Beachtung eine generelle Durchsetzung der Lärmschutzforderungen beeinträchtigt.
Eine nicht zu unterschätzende Beeinflussung auf die Länge der Planungsprozesse ergibt sich infolge des erheblichen Zeitaufwandes für die notwendigen Berechnungen zum Nachweis der Lärmsituation innerhalb der einzelnen Planungsschritte. Zu dieser objektiv gültigen Erkenntnis kam im konkreten Fall erschwerend hinzu, daß nur der Verantwortliche für Stadttechnik/Verkehr die Belange des Lärmschutzes zu bearbeiten hatte (was nach Kenntnis des Verfassers auch für einige andere Planungsbüros typisch ist).
Nicht nur aus der Reduzierung des Zeitaufwandes, sondern mehr noch aufgrund einer möglicherweise besseren Qualität der Lärmschutzplanung läßt sich die unbedingte Forderung ableiten, daß die Berücksichtigung der Lärmschutzforderungen innerhalb des Planungsprozesses in erster Linie die Aufgabe des Entwurfsarchitekten sein sollte, daneben natürlich auch weiterhin die des Planers des Verkehrs.
Unmittelbares Ziel einer lärmschutzgerechten Planung ist selbstverständlich das Erreichen der gesetzlich geforderten Grenzwerte zunächst auf dem „Papier", d. h., theoretisch ermittelt und verankert in den Planungsunterlagen.
Es ist aber ebenso wichtig, parallel zur Planung oder spätestens in der Phase der Diskussion der Bebauungskonzeption mit den Auftraggebern, den



1
Erschließungsschema der generellen Planung



2 Bebauungsplan mit eingetragenem Lärmpegel
Links oben: Variante mit innerer Verbindung (Schleife)



3 Querschnitt Bahntrasse und Bebauung

mit der Realisierung Beauftragten und den zukünftigen Bewohnern bzw. Nutzern, in Form einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit die Planungsabsichten und -abhängigkeiten zu erläutern. Erst dann wird es mit Sicherheit möglich, eine Lärmschutzplanung Realität werden zu lassen.

Als Beispiel seien hierfür genannt:

— Wohnungsvergabe (Schichtarbeiter)
— entsprechende Nutzung der Freiflächen und Flächen des ruhenden Verkehrs
— Abwicklung des Versorgungsverkehrs
— Fahrbahndeckenaufbau der Straßen
— Trassierungselemente und Traktionsarten des ÖPNV
— Durchsetzung geplanter Verkehrsbeschränkungen.

Verkehrssystem und Struktur des Wohnkomplexes

■ Öffentlicher Personennahverkehr

Die jeweils mittige Führung der Schnellbahn der Deutschen Reichsbahn und der Buslinien entsprechen voll den Forderungen an die Gestaltung der Anlagen der ÖPNV im Rahmen der sozialistischen Verkehrspolitik. Damit werden günstige Bedingungen für die Nutzer der Anlagen geschaffen durch:

— optimale Fußwegzeiten
— günstige Funktionsabläufe infolge Überlagerung mit dem zentralen Bereich u. a. m.

Daneben entsteht ein Attraktivitätsverlust für die Benutzung des individuellen Kfz im Berufsverkehr und somit auch ein positiver Effekt hinsichtlich der Verkehrslärmentwicklung. Zum anderen jedoch stellen die Trassen des ÖPNV nicht zu unterschätzende Lärmquellen dar.

Deshalb ist für die Schnellbahn die Lage im Einschnitt in etwa 3,5 m Tiefe vorgesehen. Dadurch wird auch eine Reduzierung der Steigungsverhältnisse an den Rampen der Straßenbrücken auf Werte unter 3% möglich, wodurch eine Erhöhung der Schallpegel infolge des Einflußfaktors „Steigung" verhindert wird (z. B. Korrekturwert ΔL_v = 3 dB bei über 3 bis 6%) (2).

Die Lage im Einschnitt garantiert trotz der vorgesehenen Tiefe noch keine wesentliche Schallpegelreduzierung infolge Abschattung, da der Einschnitt aufgrund sicherheitstechnischer und technologischer Aspekte relativ breit ist (auf die Ausbildung eines Troges wie in Halle-Neustadt muß hier verzichtet werden). Erst durch die Anordnung der Garagenzeilen mit erhöhten Rückwänden auf der Ostseite des Einschnittes wird eine akzeptable Abschirmwirkung gegenüber der benachbarten Wohnbebauung erzielt (Abb. 3).

Für die Westseite der Trasse ist dies nicht vorgesehen, da

— die Wohnbebauung weiter entfernt ist,
— Reflexionen gegenüber der östlichen Bebauung auftreten würden, weil nur nichtabsorbierendes Wandmaterial eingesetzt werden konnte und
— notwendige Abstände zu einer Trasse die Errichtung von Garagen nicht erlauben.

Deshalb wird der Einschnitt nur durch Dammschüttung erhöht (Abb. 3). Im Bereich des Haltepunktes, wo die Errichtung von Garagen nicht möglich ist, wird die Böschungskante durch flächenmäßige Anschüttung des Geländes auf ein höheres Niveau gebracht.

Die mittige Bustrasse stellt ebenfalls einen Störfaktor hinsichtlich Verkehrslärm dar, den es zu beachten gilt.

Im Planungsbeispiel wird durch die Führung zwischen gesellschaftlichen Einrichtungen bei gleichzeitiger Anordnung des Haltestellenbereiches die Beeinflussung gegenüber der Wohnbebauung gering gehalten.

■ Individueller Kfz-Verkehr

Entsprechend des städtebaulichen Gestaltungsprinzips ordnet sich das System der Sammel- bzw. Anliegerstraßen und der befahrbaren Fußwege (bautechnisch befahrbar, ohne Hochbord, bei selbständiger Führung ohne parallele Straße durch Bild 248 StVO als Gehweg mit Zusatzschild „Versorgungsverkehr und Radfahrer frei" ausgeschildert, wobei nicht alle Wege für Radfahrer freigegeben werden), die unter größtmöglicher Anwendung der „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten" (4) vorgesehen werden, der Bebauungsstruktur unter, für die weitgehend fußläufige und Kfz-verkehrsfreie Bereiche (damit relativ lärmfrei) bestimmend sind. Diese bewußte Behinderung der Freizügigkeit des individuellen Kfz-Verkehrs dürfte zu einer Reduzierung auf unbedingt notwendige Fahrten führen. Dabei sind kurze Fahrten (direkt) zwischen einzelnen Wohnbereichen zum Teil unmöglich, wodurch erhebliche Zeitvorteile für die Benutzung der „Füße" entstehen.

Durch die vollständige Randausweisung der Flächen des ruhenden Verkehrs unter Einhaltung des Richtwertes 1 Stellplatz pro Wohnung mit einem Angebot von 60% geschützter Unterbringung (Reihengaragen) und Fußwegentfernungen zwischen 15 und 250 m, ist eine wesentliche Reduzierung der Wohnungsvorfahrten zu erwarten. Dabei werden nicht nur Heimfahrten nachmittags und abends von den Wohnungen entfernt enden, vor allem aber die Fahrten aus dem Wohngebiet in der Nachtzeit früh vor 6 Uhr in großem Abstand von den Wohnungen (Schlafraumseiten) beginnen. Gerade durch den letzten Aspekt wird ein Schwerpunkt der Lärmbelästigung im Wohnbereich (5) wesentlich abgebaut.

■ Entscheidende Grundlage für die Wirksamkeit der Randausweisung des ruhenden Verkehrs ist der bewußte Entzug von Verkehrsfläche (fließend) in den parkierungsfreien Bereichen durch Anwendung von befahrbaren Fußwegen, reduzierten Straßenquerschnitten (5,0 ... 5,5 m) und Parkverboten, da dem Trend (besonders bei Bewohnern, die keine Garage besitzen), das Kfz in möglichst geringem Abstand zur Wohnung abzustellen, entgegengewirkt werden muß. Notwendig ist dieser Entzug zur Zeit auch aus ökonomischen Gründen, da sich durch die Einhaltung des Richtwertes 1 Stellplatz pro WE bei Randausweisung die Flächen- bzw. Kostenkennziffer Verkehr vergrößert.

■ Die vorgesehene Ausweisung von Garagenflächen (Reihengaragen, die durch Interessengemeinschaften selbst errichtet und unterhalten werden) belastet in geringem Maße die Flächenbilanz, reduziert jedoch nicht unwesentlich den Kapazitätsaufwand im Straßenbau und damit auch die finanziellen Fonds des komplexen Wohnungbaues. Entscheidender ist aber die Beseitigung wesentlicher Lärmquellen, welche offene Parkplätze darstellen, abgesehen von den Vorteilen für die Bürger durch die Möglichkeit der geschützten Unterbringung, besonders am Standort Wolfen-Nord. In diesem Zusammenhang sei auf die Probleme, die sich bei großen offenen Stellflächen bezüglich Ordnung und Sicherheit ergeben, hingewiesen.

Am Rande sei noch bemerkt, daß der Verfasser aufgrund von Verkehrsbeobachtungen und Befragungen ermitteln konnte, daß die Nutzungshäufigkeit garagengeparkter Pkw geringer ist als die von offen abgestellten Fahrzeugen.

■ Eine weitere wichtige Grundlage für die Wirksamkeit der Randausweisung des ruhenden Verkehrs als Maßnahme des Lärmschutzes ist seine unmittelbare Zuordnung zum netzbildenden Straßensystem, d. h., die aus der Lärmquelle „ruhender Verkehr" entstehende Lärmquelle „fließender Verkehr" ist möglichst gering zu halten. Erreicht wird dies durch unmittelbare Anbindung an das Hauptstraßennetz, indem der Verkehr über in ihrer Linienführung zügige und kurze Sammelstraßen (z. T. auch Anliegerstraßen in Randlage) abfließen kann. Entfernungsbeziehungen zwischen Lärmquelle „Straße" und Bebauung sollten dabei belegungsabhängig sein. Das gewollte, direkte Abfließen des Verkehrs von den Parkierungsanlagen zum Hauptnetz setzt aber auch voraus, daß ein Abweichen von diesem Weg über Anliegerstraßen zum Zwecke der Wohnungsvorfahrt oder der Abkürzung verhindert wird. Das bedeutet im vorliegenden Planungsbeispiel, daß das angewendete zangenförmige äußere Erschließungssystem auch nicht mit einer Querverbindung versehen worden ist.

Als entgegengesetztes Beispiel ist im Bild 2 (links oben) eine Planungsvariante dargestellt, bei der zumindest in verkehrsschwachen Zeiten (Nachtzeit) oder bei Fahrten zum Stadtzentrum von den Stellflächen an der Bahntrasse aus ein Weg quer durch den ersten Bauabschnitt und die vorhandene Bebauung des II. und III. WK gewählt worden wäre, anstatt über die Siebenhäuser Straße zu fahren. Ein ähnlicher Effekt wäre bei Anwendung der in Abb. 1 dargestellten Erschließungsstruktur entstanden.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach schleifen- bzw. stichförmiger Anordnung innerer Anliegerstraßen. Funktionell hat die Schleife Vorteile gegenüber dem Stich, z. B. für Versorgungsverkehr. Im Sinne des Lärmschutzes hat der Stich Vorteile aufzuweisen, z. B. bezüglich der geringeren Wohnungsvorfahrten oder sei es zur Verhinderung des „Rundendrehens" jugendlicher Mopedfahrer.

Daß das letztgenannte Problem nicht unbedeutend ist, beweisen zahlreiche Beschwerden bei der Volkspolizei und Diskussionen auf Einwohnerversammlungen in Halle-Neustadt.

■ Während der Planungsarbeit wurde die Frage erörtert, ob nicht der in der Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten (4) u. a. zum Ziel der Einschränkung negativer städtebauhygienischer Einflüsse angegebene Prozentsatz von 70% äußerer und 30% innerer Ausweisung des ruhenden Verkehrs ausreicht, um optimale Bedingungen für den Lärmschutz zu erreichen. Abgesehen von der Problematik, daß noch näher zu definieren wäre, was „innen" oder „außen" ist, kommt der Verfasser anhand der untersuchten Varianten und der Auswertung anderer Bebauungskonzeptionen zu der Meinung, daß ein spürbarer Fortschritt hinsichtlich der Einhaltung der Lärmschutzforderungen (äquivalenter Dauerschallpegel Leq) im städtebaulichen Planungsprozeß erst durch eine hundertprozentige Randausweisung erreicht wird. Ähnliche Erkenntnisse wurden von Arlt auf der Konferenz für Lärmbekämpfung im Oktober 1976 in Erfurt dargelegt (6). Voraussetzung dabei ist jedoch ein äußeres Erschließungssystem mit der Gewährleistung der bereits angeführten Bedingungen für die Annahme dieses Systems durch den individuellen Kfz-Verkehr. In diesem Zusammenhang erübrigt sich die Erörterung der Frage, ob eine Randausweisung bei innerer Verkehrserschließung sinnvoll ist.

Andererseits kann auch ein inneres Erschließungssystem lärmgünstig sein, wenn die Flächen des

ruhenden Verkehrs „innen“ zugeordnet sind oder durch bestimmte Zuordnung von Bauten ohne Ruheanspruch Beeinflussungen gegenüber der Wohnbebauung abgemindert werden.
Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nicht nur ein bestimmter Prozentsatz der inneren bzw. äußeren Anordnung der Parkierungsanlagen die Lärmsituation festlegt, sondern vielmehr die sich ergebenden Abhängigkeiten aus der Zuordnung (belegungs- und entfernungsabhängig) aller Verkehrsflächen gegenüber zu schützender Bebauung.

Abgesehen davon, daß nur die rechnerisch bzw. meßtechnisch ermittelte Lärmsituation eine exakte Beurteilungsgrundlage für die Einhaltung der Lärmschutzforderungen ermöglicht, wäre z. B. die Vorgabe eines Prozentsatzes für verlärmbare bzw. lärmfreie Außenwandanteile (bzw. Fassadenlängen) der Wohngebäude aussagekräftiger als ein bestimmter Anteil innerer oder äußerer Flächenausweisung des ruhenden Verkehrs.

Berechnungsgrundlagen zum Nachweis des Nachbarschaftslärms

Als Grundlage für die Berechnung des äquivalenten Dauerschallpegels L_{eq} für Außenlärm sowie der maximalen Schalldruckpegel L_{max} gelten (Nachweisort 1 m vor Gebäudefassade):
1. C-Faktor für ruhenden Verkehr, Wohngebiet c = 0,4 als Prognosewert für Tag (6.00 bis 22.00) und Nacht (22.00 bis 6.00)
2. Für Gebäude im Bahnbereich L_{max} = 90 dB (AI), gemäß Lage an Stadtschnellbahnen (3), für L_{eq} innen wird nicht so verfahren, da L_{eq} außen durch fließenden Kfz-Verkehr bzw. ruhenden Verkehr entscheidend bestimmt wird
3. Für den äquivalenten Dauerschallpegel der Berufsschnellverkehrstrasse L_{eq} = 48 + 10 lg N dB (AI) analog Vorortverkehr S-Bahn Halle-Neustadt, d. h. E-Lok mit Doppelstockpersonenwagen sowie für den $L_{max, 60}$ = 90 dB (AI) (10)
Berücksichtigt werden Schallpegelminderungen infolge Abschattung bezüglich der Bahntrasse (Tiefanlage, Garagenzeile mit Schutzwand) und der Siebenhäuser Straße (Garagenzeilen).
Bei den Garagenkomplexen selbst werden nur die zur Bebauung offenen Flächen (Ein- und Ausfahrt) als Lärmquellen bei der Berechnung berücksichtigt.
Als Nachweisorte für den Außenlärm werden repräsentative Punkte gegenüber dem Verkehrslärm sowie des Kinderlärms (Spiel-, Sport- und Pausenhofflächen) festgelegt.
Die berechneten Werte des Nachbarschaftslärms für den 1. Bauabschnitt werden unter Angabe des Nachweisortes (Block Nr./Lfd. Nr.), des L_{max} und der Werte des L_{eq} für Tag und Nacht in dB (AI) in 2 Abbildung dargestellt.
Ein Nachweis für den L_{max} gegenüber befahrbaren Fußwegen wird nicht erbracht, da nach Meinung des Verfassers ein Gleichsetzen mit der Anliegerstraße nicht gerechtfertigt erscheint (z. B. sehr geringe Nutzungsfrequenzen, Schrittgeschwindigkeit). Außerdem entstünden bei Einhaltung des gleichen Abstandes wie für Anliegerstraßen (11 m zwischen Fassade und Bord) zu große Hausvorflächen. Dabei wird die zusammenhängend nutzbare Freifläche wesentlich eingeschränkt, abgesehen von einer nicht unbedeutenden Erhöhung des Tiefbauaufwandes (z. B. 12 m² Fußwegfläche pro Hauseingang; Verlängerung der Entwässerungsanschlußkanäle zwischen Gebäude und den, infolge der erforderlichen Überfahrbarkeit der Schächte in Geh- bzw. Fahrbahnen liegenden Sammlern.
Zur Klärung dieser Frage, d. h. zur Festlegung eines lärmhygienisch möglichen und städtebauökonomisch vertretbaren Optimalabstandes sollten unbedingt nähere Untersuchungen angestellt werden. Als Diskussionsgrundlage sei ein Abstand von ≥ 5 m vorgeschlagen.

Diskussion der Pegelwerte

Als Beurteilungsgrundlage gelten die zulässigen Grenzwerte des L_{max}, des L_{eq} außen und des L_{eq} innen für Wohngebiete entsprechend Tabelle 1 und 2. Weiterhin wird herangezogen der Abschnitt 2.4.2 der Anlage zur 1. Durchführungsbestimmung zur 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz, Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmimmission, wonach eine Überschreitung der zulässigen Grenzwerte des L_{eq} für außen erlaubt ist, wenn der zulässige L_{max} sowie der zulässige L_{eq} für innen eingehalten wird (3).
Bei dieser Ausnahmeregelung kann von geschlossenen Fenstern ausgegangen werden, wobei der hygienisch erforderliche Luftwechsel garantiert werden muß (7).



4 Strukturschema des Wohnkomplexes IV

Tabelle 1 Zulässige Schallpegel Wohngebiet — Nachbarschaftslärm (3)

Zeit	Maximaler Schalldruckpegel L_{max} (dB/AI)	Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq} (dB/AI)
6 … 22	85 (90)	50
22 … 6	85 (90)	40

Tabelle 2 Zulässige Schallpegel — Innenlärm (3)

Raumfunktion	Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq} (dB/AI)	
	6 … 22	22 … 6
Wohnräume	40 (45)	30 (35)
Kinderschlafzimmer (Kikri, Kiga, Schulhorte)	40	30
Unterrichtsräume (Schulen, Aufenthaltsraum, Kiga)	40	40
Krankenzimmer	35	30

Die in den Tabellen 1 und 2 in Klammern angegebenen Werte gelten bei Lage an Hauptverkehrsstraßen (gem. TGL 21 593) und an Stadtschnellbahnen. Lage an Hauptstraßen u. Stadtschnellbahnen liegt vor, wenn der größte Einzelpegel L_{eq} (außen) bzw. L_{max} durch den fließenden Verkehr der Hauptverkehrsstraße oder Stadtschnellbahn hervorgerufen wird.

Tabelle 3 Mindestabstände zur Einhaltung des zulässigen maximalen Schalldruckpegels L_{max} — Wohngebiet (3,9)

zul. L_{max} (dB/AI)	ΔL_x (dB/AI)²)	erforderlicher Abstand (m)³): Anliegerstraße Parkplätze	Sammelstraße	Hauptstraße oder Straße im Bushaltebereich	Schnellbahn DR
85	0	7,5	15	30	120
	3	11,5	23	45	180
90¹)	0	4	7,5	15	60
	3	6	11,5	23	90

¹) wie bei Tabelle 1
²) ΔL_x infolge Reflexion
³) zwischen nächstgelegener Fahrspurachse, Gleisachse bzw. Parkplatzrand und Nachweisort

Im vorliegenden Beispiel wird dabei von Thermofenstern mit $\Delta L_F = 25$ dB (AI) ausgegangen.
Um eine weitgehendere Beurteilung der Qualität der Lärmsituation vornehmen zu können, werden zusätzlich Teilöffnungen der Fenster zu Lüftungszwecken betrachtet, wobei für 3% Öffnung in der Außenwand $\Delta L_F = 15$ dB (AI) und 10% Öffnung $L_F = 10$ dB (AI) analog (8) anzusetzen sind.
Diese zusätzliche Beurteilung ist deshalb gerechtfertigt, da der nach (7) geforderte natürliche Luftwechsel in ferngeheizten Wohnungen nicht immer gewährleistet wird, was anhand von Eingaben bzw. entsprechenden Untersuchungen in Halle-Neustadt bestätigt werden kann.

Mindestabstände zwischen Bebauung und Lärmquellen

Grundsätzlich wurden die in Tabelle 3 angegebenen Mindestabstände zur Einhaltung der Grenzwerte des maximalen Schalldruckpegels L_{max} vorgesehen.
In Bezug auf die Reichsbahntrasse wurden die Werte nach (3,10) und unter Beachtung der Schallpegelkorrektur infolge Abschattung festgelegt.
Für die Flächen des ruhenden Verkehrs (Parkplätze, Parkzeilen) wurden die über die Abstände nach Tabelle 1 hinausgehenden Forderungen des Bezirkshygieneinstituts Halle und der Staatlichen Bauaufsicht beim Rat des Bezirkes Halle von

— 15 m zwischen Stellflächenwand und Wohnzimmern
und
— 20 m zwischen Stellflächenwand und Schlaf- bzw. Kinderzimmern

berücksichtigt.
Darüber hinaus erfolgten Abstands- und Zuordnungsfestlegungen zwischen Parkstellflächen bzw. Straßen und der Bebauung unter Beachtung der Werte des äquivalenten Dauerschallpegels L_{eq}, insbesondere gegenüber Schlaf- bzw. Kinderzimmerseiten der Wohngebäude.

Beurteilung der Planungsergebnisse

■ Gesellschaftliche Einrichtungen

Einzuschätzende Objekte sind die Kindereinrichtungen, das Feierabendheim und die Schulen.
Diese Gebäude sind so angeordnet, daß sie frei von Verkehrslärm sind, das bedeutet, daß die Einhaltung der gesetzlichen Forderungen für außen und innen (bei Teilöffnung der Fenster von mindestens 10%) garantiert werden kann.
Bezüglich der beiden Schulen treten als Lärmquellen tags die Berufsschnellverkehrstrasse der Deutschen Reichsbahn, die Buslinientrasse mit Haltestellenbereich sowie der Parkplatz westlich der Kaufhalle auf. Der maximale Schalldruckpegel L_{max} wird dabei eingehalten.
Bei der südlichen Schule wird der äquivalente Dauerschallpegel L_{eq} außen um 1 dB (AI) überschritten, aber der L_{eq} innen nach der 1. Durchführungsbestimmung zur 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz, Pkt. 2.4.2 (3) eingehalten, sogar unter Voraussetzung einer Fensteröffnung von 10% der Außenwandfläche.
Abgesehen davon, daß die auf die Schulen einwirkenden Lärmquellen nicht überzubewerten sind, da die errechneten Lärmpegel nicht für die gesamte Schulzeit zutreffen, hätten aus der Sicht des Lärmschutzes günstigere Standorte gewählt werden können. Dieser Fall zeigt, daß z. B. gestalterisch-funktionelle Gesichtspunkte, wie die Wegebeziehungen zu den Wohnungen bzw. dem Schulspeisungsobjekt oder die Nutzung als zentrumsbildendes Objekt Vorrang vor dem Lärmschutz haben.

■ Wohnungsbau

Bei der Einschätzung der Wohnungen ist von der nach (3) erlaubten Überschreitung der Nachtwerte durch Verkehrslärm für außen, aber der Einhaltung für innen sowie bei den Tagwerten zusätzlich von der Einhaltung für außen infolge Kinderlärm auszugehen.
Hinsichtlich der Forderung nach Lärmschutzfenstern werden nur die Schlaf- bzw. Kinderzimmerseiten eingeschätzt, da die Lärmbelastung gegenüber der Wohnzimmerseite als relativ unkritisch angesehen wird, wenngleich der Gesetzgeber bezüglich der Einhaltung von Grenzwerten keine Unterscheidung zwischen Wohn-, Schlaf- bzw. Kinderzimmern getroffen hat.
Diese Zulassung von Überschreitungen (d. h. Einplanung) erscheint im Interesse eines ökonomischen Lärmschutzes in Bezug auf Kosten und Kapazitäten für Schallschutzfenster gerechtfertigt zu sein, wenn es sich wie im vorliegenden Fall um geringfügige Überschreitungen des Leq innerhalb kurzer Zeitbereiche handelt, so z. B. bei den Nachtwerten in der Frühspitze der Verkehrsbelegung zwischen 5.00 und 6.00 Uhr, was wohl keinesfalls einer üblichen Nutzungszeit der Wohnzimmer entspricht. Diese Herangehensweise ist allerdings nicht möglich, wenn es sich um langandauernde Verkehrslärmbelastungen handelt, wie z. B. bei Lage an Hauptnetzstraßen.
Ebenso unkritisch wird eine geringfügige Überschreitung der Tagwerte für außen infolge Kinderlärms eingeschätzt, vorausgesetzt, daß dabei die Werte für innen bei Teillüftung der Fenster eingehalten werden. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß es dem Verfasser zu hoch gefordert erscheint, daß bei Kinderlärm, der nicht täglich, dann nur stundenweise und nie nachts auftritt, eine Überschreitung der Außenwerte bei Einhaltung der Innenwerte unter der Voraussetzung geschlossener Fenster nicht erlaubt und damit z. B. dem Industrielärm gleichgesetzt wird. Demgegenüber darf bei Verkehrslärm, der oft als Dauerbelastung vorkommt, gemäß (3) der Außenpegel überschritten, d. h., von ständig geschlossenen Fenstern zwecks Einhaltung des Innenpegels ausgegangen werden.
Im weiteren sind die Wohngebäude angeführt und beurteilt, bei denen Überschreitungen der Grenzwerte auftreten könnten:

Überschreitung	Beurteilung
Bl. 1	
Nacht innen bei 20 WE (0 ... 2 dB) an Wohnzimmerseite	unbedenklich, da zwischen 5.00 und 6.00 Uhr
Tag außen bei 70 WE (0 ... 3 dB) an Kinderzimmer-/ Schlafraumseite	unbedenklich, da Einhaltung der Innenwerte bei mind. 3% Fensterlüftung gegeben
Bl. 2	
Tag außen bei 60 WE (0 ... 2 dB) an Kinderzimmer-/ Schlafraumseite	wie vor
Bl. 3	
Tag außen bei 40 WE (0 ... 1 dB) an Wohnzimmerseite	wie vor
Bl. 6	
Nacht innen bei 20 WE (0 ... 1 dB) an Wohnzimmerseite	unbedenklich, da zwischen 5.00 und 6.00 Uhr
Bl. 9	
Tag außen bei 20 WE (0 ... 2 dB) an Wohnzimmerseite	unbedenklich, da Einhaltung der Innenwerte bei mind. 3% Fensterlüftung gegeben
Bl. 13	
Nacht innen bei 110 WE (2 dB) an Wohnzimmerseite	unbedenklich, da zwischen 5.00 und 6.00 Uhr
Bl. 16	
Nacht innen bei 70 WE (4 ... 7 dB) an Wohnzimmerseite	wie vor
Nacht innen bei 140 WE (4 ... 8 dB) an Schlafzimmerseite	bedenklich, Schallschutzmaßnahmen erforderlich

Die Werte des L_{max} werden grundsätzlich eingehalten bzw. in vielen Fällen erheblich unterschritten.
Als Schutzmaßnahmen im Falle des Blocks 16 bieten sich in Abhängigkeit von der Geschoßzahl Schallschutzfenster des VVB Baufa mit $R_F = 30$ dB oder Schutzwände bzw. Dammschüttung an, die an Hand einer gesonderten Schallschutzoptimierung (Ökonomie, Realisierbarkeit) auszuwählen sind.

Schlußfolgerungen zu den errechneten Schallpegeln

Unter Beachtung der angeführten Einschränkungen ergeben sich für 140 WE kritische Überschreitungen der gesetzlichen Grenzwerte, die jedoch unter Berücksichtigung der genannten Schallschutz maßnahmen abgebaut werden könnten. Eine Entscheidung dazu, wie überhaupt eine abschließende Beurteilung der zu erwartenden Lärmsituation verlangt über die städtebauliche Planung hinausgehende Untersuchungen. So basiert z. B. die ermittelte Belegung der Verkehrsflächen in Pkw-Lärmeinheiten auf dem c-Faktor = 0,4 als Prognosewert. Es ist anzunehmen, daß speziell für den IV. Wohnkomplex, entsprechend den geplanten Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr, die ein überdurchschnittliches Angebot bringen, dem hohen Einsatzfaktor für Radverkehr in Wolfen, dem Angebot an Garagenplätzen und der extremen Arbeitskräftestruktur ein kleinerer c-Faktor auftritt und damit die Werte des äquivalenten Dauerschallpegels um einige dB (AI) niedriger liegen werden.
Durchzuführende Verkehrsbeobachtungen könnten somit u. a. ökonomische Entscheidungen erleichtern. Ähnliche Untersuchungen wurden bereits in einigen Neubauwohngebieten der DDR u. a. in Halle-Neustadt durchgeführt (11).

Hinweise zur Wohnungsvergabe

Bereits im Punkt „Planungsmethode" wurde darauf hingewiesen, daß u. a. die Wohnungsvergabe eine Grundlage für eine spätere positive oder negative Einschätzung der Bewohner zur Lärmproblematik sein kann. Entsprechend den formulierten Ausgangspunkten zur Planung wurden dem örtlichen Staatsorgan eine an den zu erwartenden Lärmimmissionen orientierte Wohnungsvergabe vorgeschlagen, die auf einer, über das Landeskulturgesetz hinausgehenden Beurteilung basiert.
Im Vordergrund steht dabei die Sicherung der Schlafzeiten im allgemeinen und die der Schichtarbeiter (für die eigentlich die Tag- und Nachtwerte für innen gleich sein sollten) im besonderen.
Demzufolge werden 4 Beurteilungskriterien vorgeschlagen, die wie folgt definiert sind:

a: besonders geeignet
für die Schlaf- und Kinderzimmerseite ist eine natürliche Fensterlüftung (mind. 3% Öffnung in der Außenwandfläche) über 24 h möglich bei Einhaltung der Innenwerte von 30 bzw. 40 dB unter Ansatz von $\Delta L_F = 15$ dB
die Außenwerte für Kinderlärm werden ebenfalls unterschritten bzw. er ist nicht vorhanden

b: geeignet
wie bei a unter Beeinflussung der Tagwerte durch Kinderlärm, aber Einhaltung der Innenwerte

c: kaum geeignet
die gesetzlichen Forderungen werden eingehalten, aber eine direkte Fensterlüftung ist nicht möglich

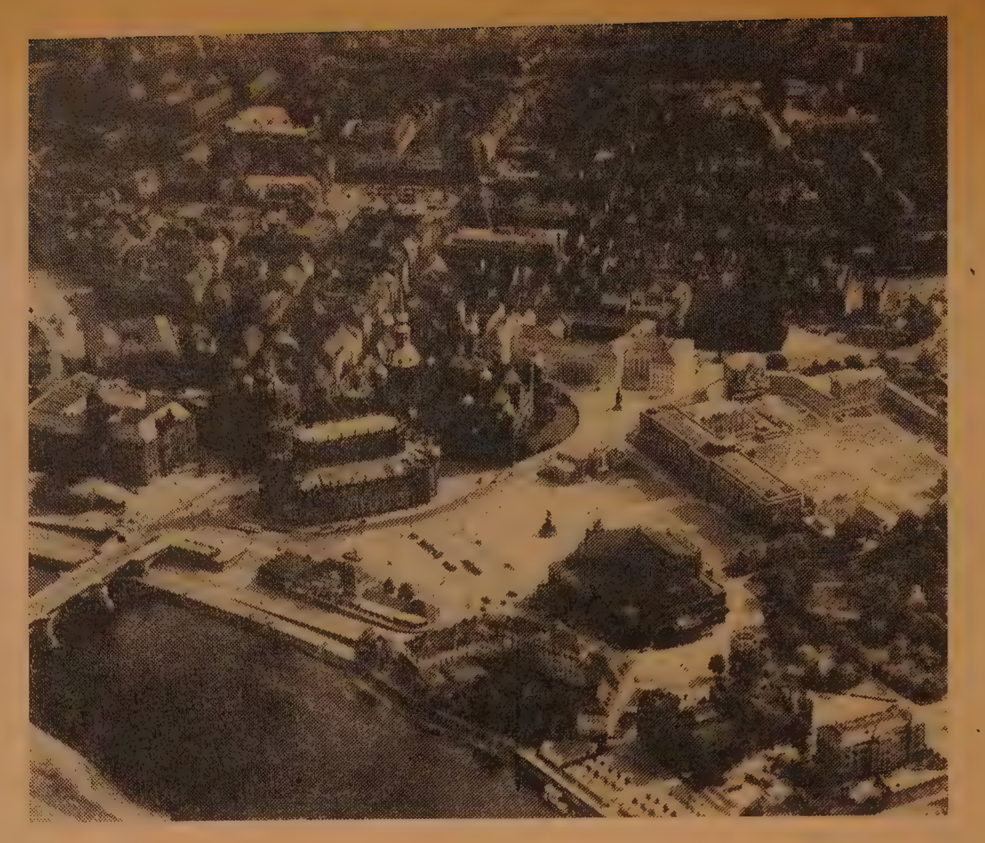
d: nicht geeignet
die gesetzlichen Forderungen werden nicht eingehalten, es sind zusätzliche Schutzmaßnahmen erforderlich.

Entsprechend den Kriterien ergibt sich die in Form einer Tabelle darstellbare Qualität der Wohnungen hinsichtlich des Lärmschutzes. Anhand solcher Einschätzungen ist nicht nur eine bessere Arbeit der mit der Wohnungsverteilung beauftragten Organe möglich, sondern auch die Vergleichbarkeit der Qualität zwischen verschiedenen Bebauungskonzeptionen gegeben.

Literatur

(1) Neuhofer, R.; Hunger, D.: Lärmkarte Halle-Neustadt. Deutsche Architektur, 1972, Heft 8
(2) TGL-Standard 10687/06; Schallschutz, Nachweis der Lärmimmission für Außenlärm (Entwurf)
(3) 1. Durchführungsbestimmung zur 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmimmission vom 20. 11. 70, GBl. d. DDR, Teil II Nr. 87
(4) Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung u. Gestaltung von Neubauwohngebieten. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Sonderheft 2
(5) Hunger, D.: Nachfahrverbot im Wohnbereich — Maßnahmen des Lärmschutzes in bestehenden Wohngebieten. Architektur der DDR, 1977, Heft 11
(6) Arlt, G.: Einfluß der Parkflächenverteilung auf die Lärmimmission in Wohngebieten. Vortrag Lärmschutzkonferenz, Erfurt 1976
(7) TGL 10 681/02: Schallschutz, zulässiger Lärm, Abs. 2.2
(8) Wohnungsbaukombinat Dresden: Werkstandard Wohngebäude, Zulässiger Straßenverkehrslärm, April 1974
(9) Arlt, G.; Petzold, H.: Berechnungsgrundlagen — Lärmschutz städtebauliche Planung. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Abt. Wohngebiete, Manuskript, Dresden Juni 1976
(10) Stuhrmann; Lehmann: Zwischenbericht über Schallpegelmessungen an S-Bahnen, 1975
(11) Arlt, G.; Hunger, D.; Neuhofer, R.: Lärmschutzgerechte Planung der Anlagen des ruhenden Verkehrs in Wohngebieten. Die Straße, Heft 12, Dezember 1976

INFORMATIONEN



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Hans-Joachim Felke, Berlin, 1. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Fritz Sauer, Erfurt, 1. Juli 1903, zum 75. Geburtstag

Architekt Baumeister Martin Scharf, Leipzig, 1. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Martin Scherdtfeger, Köthen, 3. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Gottfried Nitzsche, Karl-Marx-Stadt, 4. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Willi Neumann, Rehbrücke, 5. Juli 1913, zum 65. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Otto Richter, Berlin, 5. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Otto Albrecht, Magdeburg, 6. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Karl Kroll, Karl-Marx-Stadt, 7. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Günter Schöneberg, Dresden, 7. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Ruth Heute, Kleinmachnow, 9. Juli 1918, zum 60. Geburtstag

Architekt Werner Niemann, Leipzig, 9. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Harry Schweizer, Berlin, 10. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Horst Reinhardt, Aue, 11. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Ruth Banke, Karl-Marx-Stadt, 12. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Peter Schlopsnies, Berlin, 12. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Günther Bechstein, Halle, 13. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Willi Müller, Erfurt, 13. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Heinz Lösler, Schwerin, 14. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Georg Prinz, Erfurt, 14. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Dr. Walther Stein, Karl-Marx-Stadt, 18. Juli 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Alexander Künzer, Dresden, 19. Juli 1903, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Achim Müller, Leipzig, 24. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Ingenieur Erwin Hoffmann, Altenburg, 27. Juli 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hellmut Sprung, Karl-Marx-Stadt, 27. Juli 1913, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Karl-Heinz Wegner, Stralsund, 27. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Manfred Pflugbeil, Dresden, 30. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Günter Puhlmann, Magdeburg, 30. Juli 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Walter Stoll, Karl-Marx-Stadt, 30. Juli 1913, zum 65. Geburtstag

Bücher

Waltraud Volk

Historische Straßen und Plätze heute – Dresden

3. Auflage. VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1977
176 Seiten, 339 Abbildungen, 3 Beilagen, 26,50 M

Mit diesem nun bereits in dritter Auflage vorliegenden repräsentativen Text-Bild-Band setzen Autorin und Verlag die Editionen von Bänden über Vergangenheit und Gegenwart städtebaulicher Brennpunkte der DDR fort.

Wie der Berlinband der Autorin richtet sich auch dieses Buch über Dresden nicht nur an Fachleute, die ohnehin „in der Materie" stecken, sondern ebenso an die Leser, die mit unterschiedlichen Interessen über architektonische, kulturhistorische und soziale Aspekte des Wachsens bedeutender Städte und ihrer Kernbereiche informiert werden wollen. Dieses Anliegen wird durch einen großen Anteil an Abbildungen und Plänen unterstützt.

Dieser Konzeption folgt auch der Band über Dresden. Es ist das Anliegen der Autorin, die alte, in Jahrhunderten gewachsene Stadt dem im Vergleich dazu in relativ kurzer Zeit entstandenen neuen Stadtzentrum gegenüberzustellen.

Der Aufbau des Textteiles ist klar durchdacht und gegliedert. Fundiert gibt die Autorin zunächst einen einleitenden Überblick über die Stadtentwicklung von der Gründung Dresdens Anfang des 13. Jahrhunderts über die Entwicklung zur Residenzstadt bis hin zum Wiederaufbau der 1945 barbarisch zerstörten Großstadt. Man versteht die auch in diesem Buch eindrucksvoll dokumentierten Leistungen des Wiederaufbaus der Stadt erst richtig, wenn man erfährt, daß infolge des anglo-amerikanischen Bombenterrors in der Innenstadt auf einer Fläche von 15 km² rund 18 Millionen m³ Trümmer zu beseitigen und ein Großteil architektonisch und kulturhistorisch wertvoller Ensembles dem Erdboden gleichgemacht waren.

In logischer Reihenfolge behandelt die Autorin die städtebaulich bedeutenden Räume: Prager Straße, Altmarkt, Ernst-Thälmann-Straße, Zwinger und Theaterplatz.

Dabei erhält der Leser eine Fülle von Informationen, die über den städtebaulich-architektonischen Aspekt weit hinausgehen – z. B. über die Entwicklung der Produktivkräfte im Kurfürstentum und späteren Königreich Sachsen, über politische Einflüsse auf die bauliche Ausbildung der Residenzstadt, über das Wirken bekannter Bildhauer, Maler und genialer Handwerker (Permoser, Canaletto, Dinglinger). Auch die berühmten Namen Longuelune und Pöppelmann für das Barock und Semper für das 19. Jahrhundert nehmen in diesem Buch deutlichere Konturen an.

Dabei gelingt es der Autorin, eine Einheit zwischen wissenschaftlich fundierter Abhandlung und interessanter Reisebeschreibung zu treffen, so daß ein gut lesbarer, immer informativer Text entstand, der diesem Buch das Rückgrat gibt. Zur Lesbarkeit des Textteiles tragen auch die direkt zugeordneten kleinen Abbildungen und Pläne sowie die Zwischenüberschriften bei.

Die Bildauswahl – mit ihrem Prinzip der Gegenüberstellung von Alt und Neu – ist im wesentlichen als gelungen anzusprechen (eine Ausnahme bildet hier die Brühlsche Terrasse, S. 172 u. 173), ebenso die Bildunterschriften. Dem vom Inhalt wertvollen und zum Teil mit Fotos von Seltenheitswert ausgestatteten Bildteil würde man jedoch an mancher Stelle eine höhere Qualität des Druckes und der Gestaltung wünschen. Vielleicht bietet sich mit den begonnenen umfangreichen Rekonstruktionsmaßnahmen im kulturhistorischen Zentrum von Dresden an, die Gestaltung des Schutzumschlages neu zu überdenken.

Insgesamt liegt mit diesem Buch eine repräsentative, für viele Zwecke gern gekaufte Publikation vor, die den Leser auf anregende Weise informiert und ihm Probleme der Neugestaltung historisch gewachsener städtebaulicher Räume anschaulich nahe bringt.

gen.

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir Ihnen:

Autorenkollektiv
Architekturführer DDR – Bezirk Rostock
1. Auflage 1978, 6,– M

Beyer, H.
1 × 1 der Mauer- und Betonarbeiten
1. Auflage 1978, 8,– M

Kleber, K.
Grundlagen der Bauphysik
6., unveränderte Auflage 1978, 4,50 M

Waterstradt/Schaller/Lindegren
1 × 1 der Anstrich- und Tapezierarbeiten
2., durchgesehene Auflage 1978, etwa 8,– M

Wilcke, H.
Stuck- und Gipsarbeiten – Lehrbuch
4., stark bearbeitete Auflage, etwa 8,50 M

Wotschke/Hunger/Nadvornik
Grundlagen der Technologie im Bauwesen
6., durchgesehene Auflage 1978, 6,10 M

Kurzfassung

DK 72.092 (430.2) „1977"
Krenz, G.
Architekturwettbewerb 1977
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 329–336, 24 Abb.

Zum elften Mal hat die Zeitschrift „Architektur der DDR" den Architekturwettbewerb ausgeschrieben, in dem jährlich die besten fertiggestellten Bauwerke und Ensembles und bestätigte Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete ermittelt werden. Die Beteiligung war mit 50 Arbeiten aus 13 Bezirksgruppen des Bundes der Architekten der DDR im „Architekturwettbewerb 1977" außerordentlich gut. Die Jury entschied Anfang 1978 über die Preise und Anerkennungen: Es konnten sechs 1. Preise, sechs 2. Preise und zwölf Anerkennungen ausgesprochen werden. Die Jury konnte feststellen, daß sich gestalterische Fortschritte im Wohnungsbau, bei sozialen, medizinischen und kulturellen Einrichtungen, in der Arbeitsumweltgestaltung und bei Einrichtungen für Freizeit, Erholung und Sport zeigen.

DK 725.514
Haueisen, J.; Seifert, W.
Ferienkomplex „Roter Oktober" in Zinnowitz
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 337–341,
9 Abb., 4 Grundrisse, 1 Schnitt

Im nordwestlichen Teil des Ostseebades Zinnowitz wurde in unmittelbarer Nähe des Strandes ein neuer Ferienkomplex (mit 950 Betten) errichtet. Dem siebengeschossigen Bettenhaus ist ein dreigeschossiges, terrassiertes Gaststättengebäude zugeordnet. Gleichzeitig konnten Unterkünfte mit Versorgungseinrichtungen für das Betreuungspersonal dieses Ferienkomplexes geschaffen werden, der durch den Einbau gesundheitstechnischer Anlagen ganzjährig genutzt werden kann.

DK 725.514
Gabriel, G.; Zaglmaier, H.
FDGB-Erholungsheime „Fritz Weineck" in Oberhof und „Am Fichtelberg" in Oberwiesenthal
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 342–349,
14 Abb., 2 Lagepläne, 4 Grundrisse

Auf der Grundlage der generellen städtebaulichen Planungen für die Kurorte Oberhof und Oberwiesenthal wurden vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle Studien und Funktionslösungen für beide hier vorgestellte FDGB-Heime erarbeitet. Diese Heime in einer der landschaftlich schönsten Gegenden der DDR wurden Anfang 1976 zur Nutzung übergeben.
Unter Beachtung der Topographie entstanden die V-förmigen Bettentrakte als achtgeschossige Mittelganghäuser aus Elementen des Wohnungsbaus. Die Bettentrakte sind an einen Kern mit vier Aufzügen angeschlossen. Die Eingangshalle ist dem Kern vorgelagert und bildet den Verteiler zu allen Funktionsbereichen (Gastronomie, Aufenthaltsräume, Dienstleistungsbereiche).
Insgesamt stehen im FDGB-Heim „Fritz Weineck" rund 900 Betten und im FDGB-Heim „Am Fichtelberg" rund 1100 Betten zur Verfügung. Für die Erdgeschosse wurde in beiden Heimen eine Stützen-Riegel-Konstruktion eingesetzt, während für die Obergeschosse eine 5-Mp- bzw. eine 2-Mp-Bauweise zum Einsatz kam.

DK 725.71 + 725.75
Hoffmann, W.; Grodtke, J.
Gaststätte „Rübezahl" in Berlin
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 356–359,
9 Abb., 1 Grundriß, 1 Schnitt, 1 Lageplan

Für den kurzfristigen Neuaufbau der Ausflugsgaststätte „Rübezahl" am Müggelsee wurde ein neuer Komplex unter Einbeziehung des Wiederverwendungsprojektes Clubgaststätte Berlin errichtet. Eine vorhandene Hanglage wurde genutzt, um das Terrassenrestaurant in drei Ebenen zum See hin abgestuft anzulegen, wobei der Uferbereich die vierte Ebene bildet. Die Erschließung des Ausflugskomplexes für Naherholung und Tourismus erfolgt gleichrangig von der Land- und von der Wasserseite. Westlich vom Gaststättenhauptgebäude erstreckt sich der Wirtschaftsbereich des Komplexes mit den erforderlichen Zufahrtsstraßen und Wohnhäusern für die Angestellten.

DK 725.852 + 725.742 712.257
Hauptstock, M.
Sportkomplex im Wohngebiet Jena-Lobeda West
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 360–364,
6 Abb., 2 Grundrisse, 3 Schnitte

Im Neubaugebiet Jena-Lobeda West wurde zwischen zwei polytechnischen Oberschulen ein Sportkomplex geschaffen, der neben dem obligatorischen Sportunterricht auch als gesellschaftlicher Bereich für Bevölkerung und Sportler dient und in naher Sichtbeziehung zum Wohnkomplexzentrum steht. Durch die Anordnung der einzelnen Baukörper mit der Sporthalle als Mittelpunkt seitlicher Abschirmung durch die zweiseitig verglaste Schwimmhalle sowie durch die vor den zwei Turnhallen vorgelagerten Grünflächen wurde ein Platz geschaffen, der durch seine Absenkung gegenüber den tangierenden Verkehrsflächen der Gesamtanlage eine optische Trennung verleiht.
Der Schulsport erfolgt in den Turnhallen, der Sporthalle und der Schwimmhalle. Auch der Wohngebietssport wird außerhalb des Unterrichts in diesen Hallen abgewickelt; zusätzlich wird noch die Sauna genutzt. Öffentliche Veranstaltungen finden ebenfalls in der Sporthalle statt.

DK 711.4–168 711.523 711.553 (47 + 57)
Paliulis, G.; Sestokas, V.; Andriuskevicius, A.; Schiller, M.
Zur Verkehrslösung in Altstadtbereichen der Litauischen SSR
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, S. 364–368, 10 Abb.

Obwohl der Errichtung attraktiver Neubauwohngebiete nach wie vor erstrangige Bedeutung zukommt, werden die Erhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion historisch wertvoller Altstadtbereiche für eine vielfältige neuzeitliche Nutzung immer wichtiger. In der Litauischen SSR handelt es sich dabei um kulturgeschichtlich bedeutsame Ensembles in den Altstädten von Kaunas, Vilnius und Klaipeda. In diesem Beitrag erörtern Fachleute der Hochschule für Ingenieur- und Bauwesen Vilnius an einigen typischen Beispielen mögliche Lösungen für Altstadtbereiche. Dabei finden die Fragen der Verkehrslösungen besondere Berücksichtigung.

Содержание

УДК 72.092 (430.2) „1977"
Krenz, G.
329 **Архитектурный конкурс 1977 г.**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 329—336,
24 иллюстрации

В одиннадцатый раз журнал «Архитектур дер ДДР» вызвал на архитектурный конкурс, на основе результатов которого ежегодно определяются наилучшие из выполненных сооружений, ансамблей и утвержденных концепций для жилых районов. В архитектурном конкурсе 1977 г. участвовало 50 работ из 13 районных групп союза архитекторов ГДР, что может считаться хорошим ответом на приглашение участвия. В начале 1978 г. жюри решило дело призов и признаний: Присуждены шесть 1-х и шесть 2-х призов, кроме них еще двенадцать признаний. Жюри установило, что прогресс оформления показался в жилищном строительстве, у социальных, медицинских и культурных устройств, в оформлении рабочей среды и у устройств проведения досуга, отдыха и спорта.

УДК 725.514
Haueisen, J.; Seifert, W.
337 **Комплекс отдыха «Красный октябрь» в Цинновице**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 337—341,
9 иллюстраций, 4 плана, 1 разрез

В северо-западной части приморского курорта Цинновица построили новый комплекс отдыха (на 950 мест) в непосредственной близости берега Балтийского моря. Семиэтажный спальный дом соединен с трехэтажным, террасообразным домом гастрономии. Одновременно создали общежития с устройствами обеспечения для работников обслуживания указанного отдыхного комплекса, который может использоваться круглый год, так как он оборудован всеми устройствами здравоохранения.

УДК 725.514
Gabriel, G.; Zaglmaier, H.
342 **Профсоюзные дома отдыха «Фриц Вейнек» в г. Оберхофе и «Ам Фихтельберг» в г. Обервизентале**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 342—349,
14 иллюстраций, 2 плана расположения, 4 плана

На основе всеобщих градостроительных планирований для курортов Оберхоф и Обервизенталь бюро градостроительства и архитектуры Галленского округа разработало эскизы и функциональные решения для обоих представленных здесь домов отдыха ФДГБ. Расположенные в самых замечательных пейзажах ГДР дома отдыха были переданы в эксплуатацию в начале 1976 г. V-образные спальные тракты были возведены из элементов жилищного строительства как восьмиэтажные здания коридорного типа с учетом топографии. Спальные тракты соединены с ядром в котором работают четыре лифта. Входный зал находится перед ядром. Он действует как распределительное звено ко всем функциональным отделам, т.-е. гастрономии, помещениям пребывания, областям обслуживания. Всего дом отдыха ФДГБ «Фриц Вейнек» имеет ок. 900 мест, а дом отдыха ФДГБ «Ам Фихтельберг» ок. 1 100 мест. Для первых этажей обоих домов отдыха применили опорно-ригельную конструкцию, другие этажи были выполнены по методам 5-Мп- или 2-Мп-строительства.

УДК 725.71 + 725.75
Hoffmann, W.; Grodtke, J.
356 **Ресторан «Рюбецаль» в г. Берлине**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 356—359,
9 иллюстраций, 1 план, 1 разрез, 1 план расположения

В краткосрочной новостройке экскурсионного ресторана «Рюбецаль» на озере Мюггельзее возвели новый комплекс со включением проекта обратного пользования «Клубгастштетте Берлин». Использовали имеющийся угол откоса для того, чтобы совместить террасовый ресторан на трех плоскостях в направлении к озеру. При этом береговая область образует четвертую плоскость. Созданный таким образом комплекс экскурсионного ресторана открырает равноценные возможности пользования для целей ближнего отдыха и туризма со сторон земли и воды. На западе главного здания ресторана находится хозяйственное отделение комплекса с необходимыми подъездными путями и жилыми домами для служащих.

УДК 725.852 + 725.742 712.257
Hauptstock, M.
360 **Спортивный комплекс в жилом районе Иена-Лобеда Вест**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 360—364,
6 иллюстраций, 2 плана, 3 разреза

Между двумя политехническими средними школами в области новостройки Иена-Лобеда Вест создали спортивный комплекс. Кроме обязательных физкультурных занятий предусмотрено пользовать новый комплекс общественным центром для населения и спортсменов. Он находится в зоне видимости от центра жилого района. Расположение отдельных корпусов со спортивным залом как центром бокового экранирования остекленным на двух сторонах бассейном плавания и озеленные площади перед обоими гимнастическими залами создают площадь, понижение которой против соседних плоскостей движения вызывает впечатление оптической сепарадии. Школьный спорт имеет место в гимнастических залах, спортивном зале и в бассейне плавания. Спортивные и общественные мероприятия жилого района состоятся вне часов занктий также в этих залах. Дополнительно используется сауна.

УДК 711.4—168 711.523 711.553 (47 + 57)
Paliulis, G.; Sestokas, V.; Andriuskevicius, A.; Schiller, M.
364 **О решении проблем движения в старых частях городов Литовской ССР**
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 6, стр. 364—368, 10 илл.

Несмотря на то, что возведение привлекательных областей новостройки все еще имеет первостепенное значение, содержание в исправности, модернизация и реконструкция исторически ценных кварталов старых городов с целью многообразного современного использования приобретает все растущий вес. В Литовской ССР при этом речь идет об ансамблях высокой с точки зрения истории культуры ценности в старых частях городов Каунаса, Вильнюса и Клайпеды. Специалисты вуза инженерного дела и строительства в г. Вильнюсе в настоящей статье обсуждают возможные рещения для известных областей старых городов на основе некоторых примеров типичных с особым учетом вопросом движения.

Summary

DK 72.092 (430.2) „1977"

Krenz, G.
Contest of Architecture 1977
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 329–336,
24 illustrations

The editors of „Architektur der DDR" have harvested the results of the eleventh Contest of Architecture, instituted annually with the view to identifying the best completed structures and clusters of buildings and endorsed building concepts for housing areas. Participation was considered to have been extraordinary. Fifty entries had been submitted by 13 regional branches of Bund der Architekten der DDR (GDR National Association of Architects). Decisions on prizes were taken by the jury early 1978 and included six First Prizes, six Second Prizes, and twelve Merits. The Contest revealed that genuine progress had been achieved over the years regarding construction for housing, social services, health, entertainment, leisure, recreation, and sport, as well as in the context of vocational environment design.

DK 725.514

Haueisen, J.; Seifert, W.
„Roter Oktober" Holiday Compound in Zinnowitz
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 337–341,
9 illustrations, 4 floor plans, 1 section

A holiday compound providing space for 950 holiday-makers was opened close to the beach in the northwestern part of the Baltic resort of Zinnowitz. The actual guest house is a seven-storey building and has attached to it a three-storey terrace wing with dining spaces. Also included are accommodation and services for the personnel. The compound is furnished with all amenities and facilities for all-season use.

DK 725.514

Gabriel, G.; Zaglmaier, H.
Trade Union Holiday Hotels „Fritz Weineck", Oberhof, and „Am Fichtelberg", Oberwiesenthal
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 342–349, 14 illustrations, 4 floor plans, 2 layouts

Studies and functional solutions for the two above holiday hotels of the Confederation of Free German Trade Unions (FDGB) were prepared in the Office of Town Planning and Architecture of the Regional Administration of Halle on the basis of the general plans already in the process of implementation for the two resorts of Oberhof and Oberwiesenthal. Both hotels are located in two of the most beautiful landscapes of the GDR and were opened early 1976. The accommodation wings are eight-storey V-shaped structures with central passage for which prefabricated housing construction components have been used. They are arranged around one central block with four elevators. The entrance lobby, attached to the frontside of the tower block has connected to it access to the restaurants, common rooms, and service areas.
Capacities are 900 beds in the „Fritz Weineck" and 1,100 beds in the „Am Fichtelberg". The ground-floors of both hotels are column-tie designs, while 5-Mp or 2-Mp designs were used on the upper storeys.

DK 725.71+725.75

Hoffmann, W.; Grodtke, J.
„Rübezahl" Pub in Berlin
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 356–359,
9 illustrations, 1 floor plan, 1 section, 1 layout

A new complex was added to the „Rübezahl" pub on Müggelsee near Berlin. The Berlin Club Restaurant re-use project was used for that purpose. The sloping position of the site was used to build a terrace restaurant with three levels dropping towards the lake proper, with the beach area actually forming the fourth level. Visitors have equal access from land and water. The servicing area is west of the restaurant proper together with access roads and housing for the personnel.

DK 725.852+725.742 712.257

Hauptstock, M.
Sport Complex in Housing Area of Jena-Lobeda West
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 360–364, 6 illustrations,
2 floor plans, 3 sections

A sport complex has been completed in an area between two polytechnical secondary schools of Jena-Lobeda. It is used for sport instruction at school, the general public, and sport competitions. A visual communication exists between the sport grounds, on the one hand, and the centre of the housing area, on the other. The complex consists of several structures, with a gymnasium in the centre and a sheltered swimming pool with two sides of glass next to it. Open spaces are provided in front of the structures and optically separated by their lower level from the adjacent roads. The big and smaller gymnasiums and the swimming pool are used for school education in the morning hours, and they are available to the general public after school is over. A sauna is included. The central gymnasium can be used also for other public events.

DK 711.4-168 711.523 711.553 (47+57)

Paliulis, G.; Sestokas, V.; Andriuskevicius, A.; Schiller, M.
Traffic Solutions for Old-Town Areas in Lithuanian SSR
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 6, pp. 364–368,
10 illustrations

While priority attentions remains to be given to the completion of attractive new housing areas, growing importance is as well being attributed to the preservation, modernisation, and rehabilitation of historic Old-Town areas and to their use for all sorts of activities in modern life. In Lithuania, such important historic complexes include the Old-Town areas of Kaunas, Vilnius, and Klaipeda. Possible solutions for Old-Town areas are described, with reference to some typical examples, by experts of the School of Building and Design of Vilnius. Particular consideration is given to some aspects relating to traffic solutions.

Résumé

DK 72.092 (430.2) „1977"

Krenz, G.
329 **Concours d'architecture 1977**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 329–336,
24 illustrations

C'est pour la 11e fois que la revue «Architecture der la R.D.A.» a organisé en 1977 un concours d'architecture. Ce concours a pour but de choisir les meilleurs bâtiments et ensembles réalisés au cours de l'année ainsi que les conceptions d'aménagement optimales pour quartiers résidentiels. Avec 50 projets soumis par 13 groupes de district affiliés à l'Union des architectes de la R.D.A., on a pu enregistrer une participation extraordinairement active à ce concours en 1977. Début 1978, le jury a décidé de l'attribution des prix et approbations: six premiers prix, six deuxièmes prix et douze approbations. Le jury a pu constater que de remarquables progrès ont été faits dans les secteurs construction de logements, établissements sociaux, culturels et de Santé publique ainsi qu'aménagement de la sphère de travail, loisirs, détente, sport.

DK 725.514

Haueisen, J.; Seifert, W.
337 **Ensemble de repos «Roter Oktober» à Zinnowitz**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 337–341, 9 illustrations, 4 sections horizontales, 1 coupe

Un nouveau ensemble de repos (960 lits) vient d'être achevé au nord-ouest de la stations balnéaire de Zinnowitz, à proximité directe de la plage. L'immeuble-lits à sept étages est relié à un ensemble de restauration à trois étages aménagé en terrasses. Son également prévus des logements et centres d'approvisionnement pour le personnel du nouveau complexe de repos qui, grâce à l'implantation des installations appropriées, peut être exploité pendant toute l'année.

DK 725.514

Gabriel, G.; Zaglmaier, H.
342 **Maisons de repos «Fritz Weineck» à Oberhof et „Am Fichtelberg" à Oberwiesenthal**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 342–349,
14 illustrations, 2 tracés, 4 sections horizontales

Sur la base des plans d'aménagement généraux adoptés pour les stations balnéaires d'Oberhof et d'Oberwiesenthal, le Bureau de l'urbanisme et de l'architecture du district de Halle a élaboré des études et solutions fonctionnelles pour les deux maisons de repos appartenant à la Confédération des Syndicats libres allemands (FDGB). Les deux maisons de repos qui sont implantées dans l'une des plus belles sites de la R.D.A. ont été remises, au début 1978, à leur destination.
Compte tenu de la situation topographique de cette région, les ensembles-lits en forme de V sont des maisons à couloir central à huit étages réalisées avec des éléments tels qu'ils sont utilisés en construction de logements. Les ensembles-lits sont reliés directement à un noyau central comprenant quatre ascenseurs. Le hall d'entrée placé en amont du noyau sert de «raccord» aux autres zones fonctionnelles (restauration, salles de séjour, établissements de service).
La maison de repos «Fritz Weineck» dispose de quelque 900 lits, la maison de repos «Am Fichtelberg» compte environ 1100 lits. Les rez-de-chaussée des deux maisons sont exécutés comme une construction spéciale en piliers, les étages supérieurs sont réalisés d'après les méthodes par blocs préfabriqués de 2 et de 5 tonnes.

DK 725.71+725.75

Hoffmann, W.; Grodtke, J.
356 **Restaurant «Rübezahl» à Berlin**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 356–359,
9 illustrations, 1 section horizontale, 1 coupe, 1 tracé

C'est en relativement peu de temps que l'on a reconstruit le restaurant d'excursion «Rübezahl» au bord du lac Müggelsee. Vu la configuration particulière du terrain, on a établi, autour du restaurant, trois terrasses qui donnent directement sur le Müggelsee. L'accès à ce complexe de restauration destiné à la récréation de week-end et au tourisme peut se faire tant du côté du lac que de la forêt environnante. A l'ouest du bâtiment principal se trouvent les bâtiments d'exploitation, y compris les voies d'accès nécessaires et les logements pour le personnel.

DK 725.852+725.742 712.257

Hauptstock, M.
364 **Ensemble de sport dans la zone résidentielle Jena-Lobeda West**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 360–364, 6 illustrations, 2 sections horizontales, 3 coupes

Dans la zone résidentielle Jena-Lobeda West, on a créé un ensemble de sport entouré de deux écoles d'enseignement général et polytechnique qui sert, en plus du sport scolaire obligatoire, également à l'organisation d'activités sportives de la population de ce quartier résidentiel. Grâce à la disposition particulière des divers corps de bâtiment avec, au centre, la salle des sports et, du côté, la piscine vitrée, et grâce aussi aux espaces verts qui s'étendent devant les deux salles de gymnastique, on a réussi un ensemble harmonieux optiquement séparé des voies de circulation.
Le sport scolaire obligatoire est pratiqué dans les salles de gymnastique, la salle des sports et la piscine. Ces établissements sont ouverts, de plus, aux multiples activités des citoyens de la zone résidentielle. Une sauna en fait également partie. Des manifestations publiques sont également organisées dans la salle des sports.

DK 711.4-168 711.523 711.553 (47+57)

Paliulis, G.; Sestokas, V.; Andriuskevicius, A.; Schiller, M.
360 **Des solutions optimales pour zones de vieilles en R.S.S. de Lituanie**
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 6, pages 364–368,
10 illustrations

Bien que la réalisation d'ensembles de logements neufs joue aprés comme avant un rôle primordial, la conservation, la modernisation et la reconstruction de zones de vieilles villes de valeur historique gagnent de plus en plus d'importance. En R.S.S. de Lituanie, par exemple, ce sont des ensembles de valeur historique dans les vieilles villes de Kaunas, Vilnious et de Kaipeda qui méritent une attention particulière. Dans l'article présent, des spécialistes de l'Ecole supérieure de l'ingénierie et du bâtiment de Vilnious exposent, à l'exemple de plusieurs ensembles typiques, des solutions possibles pour zones de vieilles villes. Un accent particulier y est mis sur la résolution optimale des problèmes de transport.

Index 31 409